



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Zweiter Jahresbericht über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft

Januar 1998 bis Dezember 1999



ARBEITSUNTERLAGE DER DIENSTSTELLEN DER KOMMISSION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Zweiter Jahresbericht über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft

Januar 1998 bis Dezember 1999

ARBEITSUNTERLAGE DER DIENSTSTELLEN DER KOMMISSION
Generaldirektion Umwelt

Umschlagbild: Küste in der Normandie, Frankreich. © Eureka slide

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Bibliographische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2000

ISBN 92-828-9323-5

© Europäische Gemeinschaften, 2000
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Italy

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

Zusammenfassung

Der erste Jahresbericht über den Zeitraum 1996/97 wurde im April 1999 ⁽¹⁾ vorgelegt und bildete die Antwort auf die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ⁽²⁾ und die Entschließungen des Rates und des Europäischen Parlaments, nach der der Jahresbericht zusätzliche Informationen zu denjenigen im Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts enthalten sollte.

Dieser zweite Jahresbericht erstreckt sich über den Zeitraum 1998-1999 und folgt auf den ersten Jahresbericht; er umfasst fünf Hauptbestandteile und enthält aktualisierte Informationen über den Stand der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft: die im Anschluss an die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen; andere spezifische horizontale Aktionen; die während der Berichtszeit von IMPEL durchgeführten Arbeiten und sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2000 sowie die Einzelheiten über die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der während der Berichtszeit umzusetzenden Umweltrichtlinien der Gemeinschaft. Er umfasst ferner das Umwelt-Kapitel des 16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts ⁽³⁾.

Die Maßnahmen im Anschluss an die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft werden fortgesetzt: Der Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten wurde von der Kommission im Dezember 1998 angenommen. Der Rat, der – ebenso wie die Kommission – die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Umgestaltung der Form des Vorschlags in eine Richtlinie abgelehnt hat, hat den gemeinsamen Standpunkt am 30. März 2000 angenommen.

Die Arbeit hinsichtlich der Förderung der Kenntnisse über das Umweltrecht der Gemeinschaft wurde mit der Ausbildung von Richtern und Anwälten und der Etablierung eines Pilotprojekts für Vorlesungen über das Umweltrecht der Gemeinschaft an fünf Hochschulen in verschiedenen Mitgliedstaaten (Dänemark, Italien, Frankreich, Belgien und Griechenland) fortgesetzt.

Andere spezifische Aktivitäten schlossen die Vereinfachung des Entwurfstextes des Weißbuches zur Umwelthaftung und die Mitteilung, dass die Ausarbeitung einer Rahmenrichtlinie das letzte Ergebnis der Beratungen über das Weißbuch sein könnte, ein. 1998 wurde auch das UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung und den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten (Überein-

⁽¹⁾ SEK(1999) 592 vom 27.4.1999.

⁽²⁾ KOM(96) 500 endg. vom 22.10.1996.

⁽³⁾ KOM(1999) 301 endg. vom 9.7.1999.

kommen von Århus) in Århus, Dänemark, unterzeichnet. Alle Mitgliedstaaten haben dieses Übereinkommen unterzeichnet, und die Arbeit bezüglich der Vorbereitung der Ratifizierung schreitet schnell voran. Die Europäische Gemeinschaft hat das Übereinkommen ebenfalls unterzeichnet; bevor die Gemeinschaft das Übereinkommen ratifizieren kann, muss sie gewährleisten, dass alle einschlägigen Vorschriften der Gemeinschaft den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen. Unter diese Arbeit fällt auch die Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt.

Die Generaldirektion Umwelt ist verpflichtet zu gewährleisten, dass die Information über ihre Aktivitäten weitreichend verfügbar ist. Der Zweite Jahresbericht führt die verschiedenen die Arbeit der Generaldirektion Umwelt betreffenden Veröffentlichungen, die 1998 und 1999 erschienen sind, auf.

Im Dezember 1998 hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Die Überprüfungsklausel: Umwelt- und Gesundheitsstandards, vier Jahre nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union“ angenommen. Sie zeigt, dass der in den Beitrittsverträgen dieser drei Länder vorgesehene Überprüfungsprozess zu höheren Gesundheits- und Umweltschutzstandards in der Europäischen Gemeinschaft geführt hat.

Arbeiten, die von IMPEL durchgeführt wurden: Seit dem letzten Jahresbericht hat IMPEL (das Netzwerk der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts) seine Struktur rationalisiert, und viele seiner längerfristigen Projekte wurden fertig gestellt. Dies hat eine Bewertung der unternommenen Arbeiten ermöglicht. Die größte Leistung war zweifellos die Arbeit im Zusammenhang mit der Umweltaufsicht. Auch die eher praktischen Projekte, die unternommen wurden, können als Erfolg betrachtet werden. Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass die Kofinanzierung des Netzwerkes durch die Kommission fortgesetzt werden sollte.

Der Zweite Jahresbericht nennt wieder diejenigen **Richtlinien im Umweltbereich, die von den Mitgliedstaaten 1998 und 1999 umgesetzt hätten werden sollen**, zusammen mit Einzelheiten zu den nationalen Umsetzungsmaßnahmen. Er zeigt auch die Mitgliedstaaten auf, die es unterlassen haben, die einschlägigen Richtlinien fristgerecht umzusetzen.

Um eine umfassende Referenzarbeit im Zusammenhang mit der Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu liefern, enthält der Jahresbericht schließlich als Anhang das den Umweltbereich betreffende Kapitel des **16. Jahresberichts über das Monitoring bezüglich der Anwendung des Gemeinschaftsrechts**.

In diesem Jahresbericht werden keine neuen Strategien festgelegt, und er hat dementsprechend die Form einer Arbeitsunterlage der Dienststellen der Kommission.

Die Kommission hofft, dass dieser zweite Jahresbericht zur Verbesserung des Bewusstseins und der Transparenz im Bereich der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten beiträgt und als Beispiel dafür dient, wie die Kommission mit dem Beistand der wichtigsten Beteiligten die bedeutendsten Anregungen der Mitteilung von 1996 in die Praxis umsetzt, damit sich alle wichtigen Akteure weiterhin voll für die Verbesserung der Umwelt einsetzen können.

Inhalt

1	Einleitung	7
1.1	Hintergrund und Ziel des zweiten Jahresberichts über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft	7
1.2	Berichtszeit	7
1.3	Inhalt des Jahresberichts	7
2	Maßnahmen infolge der Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft und der damit verbundenen Entschlüssen des Rates und des Europäischen Parlaments	9
2.1	Aufsichtsaufgaben der Mitgliedstaaten – Mindestkriterien für Umweltprüfungen	9
2.2	Zugang zur Justiz, Beschwerde- und Untersuchungsverfahren der Mitgliedstaaten	11
2.3	Förderung der Kenntnis über das Umweltrecht der Gemeinschaft	11
3	Andere spezifische horizontale Maßnahmen	15
3.1	Weißbuch zur Umwelthaftung	15
3.2	UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zur Information, die Beteiligung der Öffentlichkeit am Beschlussfassungsprozess und den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten	15
3.3	Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt	17
3.4	Veröffentlichungen der Kommission über die Durchführung des gemeinschaftlichen und des internationalen Umweltrechts	19
3.5	INECE-Konferenz	23
3.6	Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens – die „Überprüfungsklausel“	24
4	IMPEL (Netz der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts)	28
4.1	Hintergrund	28
4.2	Rolle und Struktur des IMPEL bis Juni 1999	28
4.3	Neue Struktur des IMPEL	29
4.4	IMPEL-Sekretariat	29

4.5	Beteiligung anderer Länder	30
4.6	Arbeitsprojekte und Haushaltsmittel für die Jahre 1997, 1998 und 1999	31
4.7	Probleme im Zusammenhang mit den Haushaltsmitteln und Verfahren	31
4.8	Zusammenfassende Beurteilung	32
4.9	Abschluss und Ausblick	33
4.10	Arbeitsprogramm des IMPEL für das Jahr 2000	34
5	Einzelheiten über die Umsetzungsrechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die der Kommission für die in der Berichtszeit umzusetzenden Richtlinien der Gemeinschaft mitgeteilt wurden	35
6	Auszüge aus dem 16. Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (Kapitel „Umwelt“)	37
7	Schlussfolgerungen	39
Anhang 1	– Arbeitsprogramm von IMPEL für die Jahre 1997, 1998, 1999 und 2000	41
Anhang 2	– Mitgeteilte Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der im Berichtszeitraum in Kraft getretenen Gemeinschaftsrichtlinien (bis zum 30. März 2000 eingegangene Notifizierungen)	49
Anhang 3	– Kapitel „Umwelt“ des 16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts	74

Einleitung

1.1 Hintergrund und Ziel des zweiten Jahresberichts über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft

Dieser Bericht ist die Folge des *ersten Jahresberichts über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft* ⁽⁴⁾, der infolge der Annahme der Mitteilung über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die Kommission am 22. Oktober 1996 ⁽⁵⁾ („die Mitteilung“) erstellt wurde. In der Mitteilung wird die Notwendigkeit festgestellt, aktualisierte und verlässliche Informationen über den Stand der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten und einen Jahresbericht mit einem Überblick über den Stand der Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die entweder bei der Umsetzung oder der praktischen Durchführung der Richtlinien der Gemeinschaft in Verzug geraten sind, zu verbreiten.

Um Überschneidungen und Doppelarbeiten mit anderen Veröffentlichungen der Gemeinschaft im Bereich der Umwelt zu vermeiden, konzentriert sich der Jahresbericht auf die infolge der Mitteilung ergriffenen Maßnahmen, andere spezifische horizontale Maßnahmen, die Arbeiten im Rahmen des IMPEL während der Berichtszeit, das Arbeitsprogramm 2000 des IMPEL-Netzes und die Einzelheiten der Umsetzung der Umweltrichtlinien der Gemeinschaft in innerstaatliches Recht, die während der Berichtszeit in Kraft traten. Im Hinblick auf eine umfassende Quellenangabe wird auch das erweiterte Kapitel des 16. Jahresberichts der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts wiedergegeben ⁽⁶⁾.

Im Jahresbericht sind keine neuen Strategien dargelegt, und er hat deshalb die Form einer Unterlage der Dienststellen der Kommission.

1.2 Berichtszeit

Der zweite Jahresbericht erstreckt sich auf die Zeit vom Januar 1998 bis zum Dezember 1999.

1.3 Inhalt des Jahresberichts

Der Bericht gliedert sich in fünf Hauptteile:

- Fortsetzung der auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft und der damit zusam-

⁽⁴⁾ SEK(1999) 592 endg. vom 27.4.1999.

⁽⁵⁾ KOM(96) 500 endg. vom 22.10.1996.

⁽⁶⁾ KOM(1999) 301 endg. vom 9.7.1999.

menhängenden Entschlüssen des Rates und des Parlaments ergriffenen Kontrollmaßnahmen;

- sonstige spezifische Maßnahmen einschließlich des Weißbuchs über die Umwelthaftung, das UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zur Information, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung im Bereich der Umwelt und Zugang zur Justiz im Bereich der Umwelt, die Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt, die Veröffentlichungen der Kommission zur Durchführung von Gemeinschafts- und internationalen Umweltvorschriften, die INECE-Konferenz und die Überarbeitungsklausel;
- Hintergrund und Arbeiten des IMPEL-Netzes während der Berichtszeit, Beurteilung der bisher geleisteten Arbeit und Arbeitsprogramm für das Jahr 2000;
- Einzelheiten über die während der Berichtszeit von den Mitgliedstaaten umzusetzenden Richtlinien der Gemeinschaft gemäß den erhaltenen Mitteilungen;
- das erweiterte Kapitel „Umwelt“ des 16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Maßnahmen infolge der Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft und der damit verbundenen Entschließungen des Rates und des Europäischen Parlaments

2.1 Aufsichtsaufgaben der Mitgliedstaaten – Mindestkriterien für Umweltprüfungen

Im ersten Jahresbericht wurde erwähnt, dass die Kommission weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem von IMPEL im November 1997 ausgearbeiteten Papier über Mindestkriterien für Umweltinspektionen prüft. 1998 widmeten die Kommissarin und die Dienststellen der Kommission der Fortführung der Arbeiten von IMPEL auf diesem Gebiet große Aufmerksamkeit. Nach Anhörung der Nichtregierungsorganisationen und von IMPEL beschloss die Kommission, einen Rechtstext für ein nichtverbindliches Instrument – eine Empfehlung des Rates – vorzulegen. Der Vorschlag beruht weitgehend auf der Unterlage IMPEL und wurde von der Kommission am 16. Dezember 1998 angenommen ⁽⁷⁾.

Ziel des Vorschlags war die Festlegung von Leitlinien für Mindestkriterien für die Prüfung der Umweltleistungen von Industrieanlagen sowie sonstigen Unternehmen und Einrichtungen („kontrollierte Anlagen“), deren Emissionen in die Luft, Ableitungen in die Gewässer oder deren Umgang mit Abfällen nach den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft einer Genehmigung, Bewilligung oder Lizenz bedürfen. Die Leitlinien betreffen die Organisation und Durchführung solcher Prüfungen sowie die Überwachung und Bekanntmachung ihrer Ergebnisse. Das Ziel besteht in einer verbesserten Einhaltung und konsequenteren Umsetzung und Durchführung der Umweltvorschriften der Gemeinschaft in allen Mitgliedstaaten.

Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission erstreckte sich u. a. auf die Aufsicht über Kernanlagen, doch wurde dieser Teil von der Arbeitsgruppe des Rates (siehe unten) gestrichen. Im derzeitigen Stadium umfasst er keine Prüfungen der Verschmutzung aus diffusen Quellen.

Ein Eingriff der Gemeinschaft ist erforderlich, um zu gewährleisten, dass bei Umweltprüfungen der zu kontrollierenden Einrichtungen in der ganzen Gemeinschaft einheitliche Mindestnormen eingehalten werden. Angesichts der hohen Verschiedenartigkeit der Aufsichtssysteme und -mechanismen der Mitgliedstaaten hat der Vorschlag die Form eines unverbindlichen Instruments, das den Mit-

⁽⁷⁾ KOM(98) 772 endg. vom 16.12.1998.

gliedstaaten die Wahl der Verwaltungsstruktur und -systeme für die Inspektion und das Niveau, auf dem solche Strukturen und Systeme errichtet werden – auf nationaler, regionaler oder örtlicher Ebene – lässt.

Da ferner einige Mitgliedstaaten offenbar Zweifel an ihrer Fähigkeit zur effizienten Anwendung von Mindestkriterien hegen, käme eine Kofinanzierung durch die Gemeinschaft mit bereits existierenden Instrumenten der Gemeinschaft wie dem Kohäsionsfonds oder dem EFRE für bestimmte Gebiete oder Mitgliedstaaten in Frage.

Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen befürworteten den Vorschlag am 28. April ⁽⁸⁾ bzw. am 16. September 1999 ⁽⁹⁾. Das Europäische Parlament gab auf seiner Plenarsitzung vom 16. September 1999 seine Stellungnahme ⁽¹⁰⁾ zu diesem Vorschlag ab; es erachtete die Form einer Richtlinie für zweckmäßiger als eine Empfehlung. Am 3. Dezember 1999 nahm die Kommission in Anlehnung an die Stellungnahme des Parlaments einen geänderten Vorschlag an, in dem sie einigen vorgeschlagenen Änderungen im Wesentlichen Rechnung trug. Die Kommission konnte dagegen die Umgestaltung des Vorschlags in eine Richtlinie nicht annehmen.

Im zweiten Halbjahr 1999 fanden unter der finnischen Präsidentschaft mehrere Sitzungen der Arbeitsgruppe des Rates statt, wobei der Rat am 13. Dezember eine politische Einigung über einen gemeinsamen Standpunkt erzielte. Der vereinbarte Text erstreckte sich nicht, wie im ursprünglichen Vorschlag der Kommission vorgesehen, auf die Überwachung von Kernanlagen, da – wie sich während der Aussprachen in der Arbeitsgruppe des Rates zeigte – eine Mehrzahl von Mitgliedstaaten ein getrenntes Instrument aufgrund des Euratom-Vertrags hierfür für zweckmäßiger hielten. Der vereinbarte Text umfasste, wenn auch in leicht abweichender Form, mehrere Änderungen, die das Parlament in seiner Stellungnahme vorgeschlagen hatte. Ein gemeinsamer Standpunkt wurde am 30. März 2000 erreicht.

Dies ist der erste Schritt eines bereits angelaufenen Programms auf dem Gebiet der Prüfungen und der Durchsetzung. Unter Berücksichtigung der bei der Durchführung der Empfehlung gemachten Erfahrungen und auf der Grundlage weiterer Anhörungen der interessierten Parteien einschließlich des IMPEL-Netztes wird eine Erweiterung der Art, des Geltungs- und Anwendungsbereichs der Mindestanforderungen in Erwägung gezogen, insbesondere Kontrollen, die weiter gehen als diejenigen der Punkt-Emissionsquellen, auf die diese Leitlinien zugeschnitten sind, im Hinblick auf die Erfassung diffuser Verschmutzungsquellen und auf allgemeine Prüfungen von Industrieanlagen, Unternehmen und Einrichtungen auf der Grundlage der in den Mitgliedstaaten verfügbaren besten Praktiken. Unter Berücksichtigung aller dieser Erfahrungen wird schließlich die Möglichkeit ins Auge gefasst, eine umfassende Richtlinie über Umweltprüfungen im Allgemeinen zu erlassen und alle diesbezüglichen Arbeiten zu konsolidieren.

⁽⁸⁾ ABl. C 169 vom 16.6.1999.

⁽⁹⁾ ABl. C 374 vom 23.12.1999.

⁽¹⁰⁾ ABl. C 54 vom 25.2.2000, S. 56.

2.2 Zugang zur Justiz, Beschwerde- und Untersuchungsverfahren der Mitgliedstaaten

Wie im ersten Jahresbericht erwähnt, ist der Zugang zu Informationen und zu den Gerichten in Umweltbelangen im Hinblick auf eine wirksame Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft von besonderer Bedeutung. Mit dieser Zielsetzung wurde eine zweiteilige Studie über außergerichtliche Schlichtung von Konflikten und Zugang zu den Gerichten in Angriff genommen. Sie wurde vom „Conseil européen du droit de l'environnement“ (CEDE) durchgeführt. Sie umfasste einen konsolidierten Bericht von Professor Prieur von der Universität Limoges (Frankreich) unter der Schirmherrschaft von IMPEL und erschien im Mai 1998.

Die Studie brachte zum Ausdruck, dass die Beschwerde- und Untersuchungsverfahren der Mitgliedstaaten stark voneinander abweichen. Sie wird einen zweckdienlichen Ausgangspunkt für weitere Maßnahmen (mögliche Leitlinien/Empfehlungen) darstellen, insbesondere im Rahmen der vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Ratifizierung des Übereinkommens von Århus (s. Abschnitt 3.5 unten); es besteht Hoffnung, dass trotz großer Unterschiede ein einheitlicher Ansatz für die Behandlung von Beschwerden und den Zugang zur Justiz vereinbart werden kann. IMPEL wird um weitere Unterstützung dieser Arbeiten ersucht werden.

Ein Arbeitstreffen über diese Untersuchung wurde auf dem Treffen des IMPEL im Dezember 1999 in Helsinki veranstaltet und bildete die Grundlage für ein Projekt über die Behandlung von Beschwerden und den Zugang zur Justiz, das die Niederlande organisierten und das in einem Arbeitstreffen in Den Haag im Mai 2000 gipfelte.

2.3 Förderung der Kenntnis über das Umweltrecht der Gemeinschaft

a) Ausbildung von Richtern und Anwälten

Die Ausbildung von Richtern und Anwälten auf dem Gebiet des Umweltrechts stellt ein grundlegendes Element für den Zugang zu Gerichten im Bereich der Umwelt und eine wichtige Komponente für die Ausführung der Mitteilung der Kommission dar.

Das Ausbildungsprogramm für Richter und Anwälte, das 1996/97 anlief, wurde im September 1998 mit einem Seminar in Stockholm, Schweden, fortgeführt; daran beteiligten sich 38 Richter, Anklagevertreter und Regierungsbeamte, die Verantwortung im Bereich der Umwelt tragen. Alle Mitgliedstaaten mit Ausnahme Deutschlands und Luxemburgs waren vertreten. Norwegen beteiligte sich als Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums. Führende Sachverständige Belgiens, Dänemarks, Deutschlands, der Niederlande und Schwedens referierten über die wichtigsten Themen.

Das Seminar war mehr auf praktische denn auf theoretische Ziele ausgerichtet. Alle Referenten bemühten sich, die Durchführung des Umweltrechts der Ge-

meinschaft und die Praktiken der einzelstaatlichen Gerichte sowie des Europäischen Gerichtshofs in den Vordergrund zu stellen. Die Beteiligten – meist Richter hohen Ranges und höhere Verwaltungsbeamte – spielten eine aktive Rolle. Das Seminar hatte einen solchen Erfolg, dass Schweden den Kurs für schwedische Richter auf einzelstaatlicher Ebene fortsetzte.

1999 wurden keine Kurse veranstaltet: Ein in Löwen, Belgien, anberaumter Kurs wurde aus administrativen Gründen annulliert, und ein Kurs in Thessaloniki, Griechenland, wurde wegen des Rücktritts der Kommission im März 1999 annulliert. Es besteht Hoffnung, im Jahr 2000 in Belgien einen Kurs zu veranstalten.

b) Pilotprojekt für Vorlesungen über das Umweltrecht der Gemeinschaft an Hochschulen

1997 wurde ein Pilotprojekt zur Förderung der Kenntnisse des Umweltrechts der Gemeinschaft und für entsprechende Ausbildung an Hochschulen veranstaltet; das Ziel bestand darin, die Veranstaltung von Kursen über das Umweltrecht und die Umweltpolitik der Gemeinschaft an verschiedenen Hochschulen der Mitgliedstaaten – „Green Chairs“ – zu veranstalten (siehe erster Jahresbericht, Absatz 2 Ziffer 3 Buchstabe b).

Es handelt sich um ein experimentelles Projekt, das sich ursprünglich auf drei Hochschuljahre (1998, 1999 und 2000) an fünf Hochschulen verschiedener Mitgliedstaaten beschränkte, um die Fähigkeit der Hochschulen zu einer effizienten Reaktion auf eine solche Initiative zu beurteilen. Folgende Stellen waren beteiligt:

- Universität Århus, Dänemark;
- Universität Padua, Italien;
- Universität Nantes, Frankreich;
- Fondation Universitaire Luxembourgeoise, in Zusammenarbeit mit der Katholischen Universität Löwen (Belgien);
- Universität Athen, Griechenland.

Im September 1999 wurde in Padua (Italien) ein Seminar veranstaltet, das den Austausch von Erfahrungen, die Beurteilung des ersten Jahres der Projektlaufzeit und die Prüfung möglicher Verbesserungen während der kommenden Jahre zum Ziele hatte. Insgesamt war die Reaktion der Studenten an allen beteiligten Hochschulen sehr positiv. Auf dem Seminar wurden folgende Erfahrungen aus dem „Green Chair“-Projekt mitgeteilt:

In Nantes konnte dank der Einrichtung dieses Lehrstuhls der Geltungsbereich des herkömmlichen internationalen Umweltrechts auf das Umweltrecht der Europäischen Gemeinschaften ausgedehnt werden. Rund 100 Studenten nahmen an dem Kurs teil. Außerdem benutzte die Hochschule das Netz zur Verbesserung der Rechercheeinrichtungen für Doktoranden, indem sie ihnen die Erfahrungen von an diesem Projekt beteiligten ausländischen Professoren zugänglich machte.

In Padua wurde das Programm demjenigen der Abteilung „Vergleichendes Recht“ an der Fakultät für politische Wissenschaften eingegliedert. Dieses Pro-

jekt ermöglichte es der Hochschule, einen sehr realen Bedarf auf einem Gebiet zu decken, das bisher vernachlässigt wurde, d. h. die Ausbildung sowohl von professionellen Kräften als auch von Studenten. Rund 20 Personen beteiligten sich an diesen Kursen, die rund 70 Stunden dauerten; auch Professoren anderer italienischer Hochschulen nahmen daran teil. Der Kursus wurde mit einer Debatte am runden Tisch über einen spezifischen Fall – die Umweltprobleme der Lagune von Venedig und ihre Lösung mit Hilfe der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften – beendet. Der letzte Teil des Kurses erwies sich als besonders nützlich. Für 1999/2000 wird angesichts verbesserter Öffentlichkeitsarbeit und der günstigen Aufnahme des ersten Kurses eine höhere Beteiligung erwartet. Die Hochschule schätzte ferner die Leitbemühungen anderer an diesem Projekt – und insbesondere dem Themenbereich des Kurses – beteiligter Hochschulkräfte sehr. Einige Studenten erhielten Reisestipendien, die ihnen Kurse an anderen Hochschulen, eine Vertiefung ihrer Forschungen und weitere nützliche Kontakte ermöglichten.

In Athen wurde das Programm einem Magister-Kursus auf Ebene des Diploms für nachakademische Studien auf dem Gebiet des internationalen und des Gemeinschaftsrechts eingegliedert. Das Programm war für die Studenten wahlfrei; 30 Personen hatten sich eingeschrieben. Der Unterricht wurde nicht nur von Hochschuldozenten erteilt, sondern auch von Sachverständigen des öffentlichen und des Privatsektors. Der Kurs stieß auf reges Interesse und deckte eine bisher bestehende Lücke. Trotz seines wahlfreien Charakters wurde er von fast allen Doktoranden belegt. Wie in Padua wird für das Jahr 1999/2000 eine größere Beteiligung erwartet.

An der Katholischen Universität Löwen – UCL und an der Fondation Universitaire Luxembourgeoise – FUL wurde ein gemeinsames Programm unter Beteiligung beider Hochschulen beschlossen. Ein Kursus über Umweltrecht war bisher an der UCL nicht veranstaltet worden. Die rund 20 eingeschriebenen Studenten bereiteten das besondere Diplom für europäische Studien oder das Juradiplom vor. Die FUL ist dagegen ein Institut für nachakademische Studien ausschließlich auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften. Die Studenten kommen aus verschiedenen europäischen Ländern und haben bereits ein erstes Diplom erworben. Der im Rahmen des „Green Chair“-Projekts veranstaltete Kursus bildete eines der wahlfreien Themen des Magister-Kursus auf dem Gebiet der Umweltwissenschaften. Auch hier nahmen rund 20 Personen an dem Kursus teil. Zwölf Unterrichtsstunden wurden im Rahmen des „gemeinsamen“ Kursus an der UCL und zwölf Unterrichtsstunden an der FUL abgehalten. Außerdem wurden an beiden Hochschulen weitere Vorlesungen abgehalten. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Hochschulen erwies sich als sehr erfolgreich; einige Experimente (beispielsweise Unterkunftsvereinbarungen, praktische Arbeitstreffen und die Beteiligung von Professoren aus anderen beteiligten Hochschulen in anderen Mitgliedstaaten) trugen zu dem guten Ergebnis bei.

Auch die Universität Århus erzielte mit dem Projekt sehr positive Ergebnisse. Ihr Programm lief vom Frühjahr bis zum Herbst 1998 und beschränkte sich auf Studenten, die sich für einen Magisterstudiengang in Jura eingeschrieben hatten. Der Kursus umfasste 42 Vorlesungen und erreichte eine sehr hohe Teilnehmerzahl (rund 25); er entsprach somit einer eindeutigen Nachfrage. Einer der güns-

tigen Nebeneffekte des Kurses war der Beschluss, eine Arbeitsunterlage (Lehrbuch und Fallverzeichnis) zu veröffentlichen.

Bei der Beurteilung des während des akademischen Jahres 1998/99 durchgeführten Projekts bezeichneten die Teilnehmer ein Evaluierungsseminar in Padua einstimmig als einen enormen Erfolg. Die Zahl der Beteiligten hatte trotz später Veröffentlichung die Erwartungen überstiegen. Im Idealfall hätte die Veröffentlichung vor der Sommerpause stattfinden sollen. Mit einer Gesamtbeteiligung von rund 200 Studenten war das ursprüngliche Beteiligungsziel sicherlich erreicht.

Für die Zukunft wurde folgendes vereinbart:

- verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der Forschung im Rahmen des Netzes;
- Förderung des Studentenaustauschs mit der Möglichkeit von Reisestipendien;
- Kontaktaufnahmen im Hinblick auf eine Stabilisierung der verfügbaren Finanzmittel auf mittlere und lange Sicht;
- Veröffentlichung eines Lehrbuchs und eines Fallverzeichnisses (wie an der Universität Aarhus bereits geschehen).

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich das Pilotprojekt als sehr erfolgreich erwiesen hat und seine künftige Fortsetzung in Erwägung gezogen werden sollte.

Andere spezifische horizontale Maßnahmen

3.1 Weißbuch zur Umwelthaftung

Das Weißbuch zur Umwelthaftung wurde 1998 und 1999 weiter ausgearbeitet. Infolge des Rücktritts der Kommission im März 1999 wurden die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Entwurf jedoch praktisch eingestellt, da die Angelegenheit als zur neuen Politik gehörend betrachtet wurde, mit der sich die amtierenden Kommissionsmitglieder gemäß den bis zur Einsetzung der neuen Kommission festgelegten Leitlinien nicht befassen durften.

Nach Ernennung der neuen Kommission im September 1999 wurde die Arbeit im Zusammenhang mit dem Entwurf wieder aufgenommen. Es wurde beschlossen, dass das Weißbuch neu abgefasst werden sollte, um es kürzer und verständlicher zu machen. Der neu abgefasste Text hatte weniger technischen und rechtlichen Charakter und ließ zahlreiche Fragen offen, wobei die Wahl der Lösungen den künftigen Beratungen und Studien überlassen blieb. Die allgemeinen Schlussfolgerungen waren jedoch spezifischer als die vorherigen, so dass die Ausarbeitung einer Rahmenrichtlinie bevorzugt wurde.

Das öffentliche Interesse an der Ausarbeitung eines Entwurfs hielt 1998 und 1999 an. Beamte der Generaldirektion Umwelt referierten vor Zuhörern aus verschiedenen interessierten Kreisen auf zahlreichen Konferenzen und Arbeitstreffen.

Das Weißbuch wurde schließlich Anfang 2000 angenommen.

3.2 UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zur Information, die Beteiligung der Öffentlichkeit am Beschlussfassungsprozess und den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten

3.2.1 Hintergrund

Das UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zur Information, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung und den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten (das so genannte Übereinkommen von Århus) wurde auf der interministeriellen Konferenz vom 23. bis 25. Juni 1998 in Århus (Dänemark) von der Gemeinschaft und 14 Mitgliedstaaten unterzeichnet, Deutschland unterzeichnete es am 21. Dezember 1998 – dem Tag des Ablaufs der Unterzeichnungsfrist. Insgesamt wurde das Übereinkommen von 35 Parteien unterzeichnet, darunter die meisten beitrittswilligen Länder.

Das Übereinkommen ist insofern von großer rechtlicher und politischer Bedeutung, als es sich um das erste verbindliche Instrument handelt, das ausdrücklich für Institutionen der Gemeinschaft gilt. Der Ratifizierung wird hohe politische Prio-

rität beigemessen (das Inkrafttreten des Übereinkommens erfordert 16 Ratifikationen). Das Übereinkommen gliedert sich in drei so genannten „Säulen“: Zugang zur Information (erste Säule), die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung im Umweltbereich (zweite Säule) und Zugang zur Justiz (dritte Säule).

3.2.2 Ratifikation durch die Gemeinschaft

Bevor die Gemeinschaft das Übereinkommen ratifizieren kann, muss sie unter Einhaltung der üblichen Verfahrensweisen gewährleisten, dass alle einschlägigen Vorschriften der Gemeinschaft den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen. Das Übereinkommen hat hinsichtlich aller drei Säulen rechtliche Auswirkungen sowohl auf die Mitgliedstaaten als auch auf die Gemeinschaft, und auf bestimmten Gebieten müssen bereits erlassene Rechtsvorschriften geändert oder neue Rechtsvorschriften der Gemeinschaft vorgeschlagen werden. Zusammenfassend sind für die einzelnen drei Säulen folgende Maßnahmen notwendig:

i) Erste Säule (Zugang zur Information)

Verpflichtung der Mitgliedstaaten – Die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt wird zur Zeit überarbeitet, wobei den einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens von Århus Rechnung getragen wird (siehe Abschnitt 3.3 unten).

Verpflichtungen der Gemeinschaft – Gemäß Artikel 255 EG-Vertrag haben alle europäischen Staatsbürger und in der Europäischen Union wohnhaften Personen ein Recht auf Zugang zu den Dokumenten des Parlaments, des Rates und der Kommission. Die Kommission hat am 26. Januar 2000 einen Vorschlag ⁽¹⁾ für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission angenommen. Gemäß Artikel 255 soll auch jede Institution Durchführungsbestimmungen in Form von Verfahrensregeln festlegen.

ii) Zweite Säule (Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung)

Verpflichtungen der Mitgliedstaaten – Da das Übereinkommen von Århus strengere Vorschriften enthält als die Umweltrichtlinien der Gemeinschaft oder von dieser vorgeschlagene Rechtsakte, werden diese Instrumente angepasst werden müssen, um den Anforderungen des Übereinkommens von Århus voll zu entsprechen. Eine Beurteilung der EG-Umweltvorschriften wurde bereits dort vorgenommen, wo ausdrückliche Bestimmungen über die Beteiligung der Öffentlichkeit und andere sektorale Vorschriften schon existieren. Erforderlichenfalls wird die Kommission einen Vorschlag für ein Instrument zur Änderung jedweder Richtlinien wahrscheinlich im Jahr 2000 vorlegen.

iii) Dritte Säule (Zugang zur Justiz)

Verpflichtungen der Mitgliedstaaten – Auf diesem Gebiet gibt es zurzeit keine Ad-hoc-Vorschriften der Gemeinschaft, obwohl eine Empfehlung in der Mitteilung

⁽¹⁾ KOM(2000) 30 endg./2.

der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts vorgesehen war ⁽¹²⁾. Es soll eingehender geprüft werden, ob diese Empfehlung rechtlich noch notwendig ist oder ob die endgültige Ratifikation des Übereinkommens von Århus durch den Rat genügt, um die den Zugang zur Justiz betreffenden Bestimmungen in innerstaatliches Recht der Mitgliedstaaten umzusetzen.

Verpflichtungen der Gemeinschaft – Es wurden Erwägungen angestellt, ob der Vertrag im Hinblick auf die Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Übereinkommens geändert werden muss; eine solche Maßnahme würde selbstverständlich eine Genehmigung durch eine Regierungskonferenz erfordern.

3.2.3 Zeitplan für die Ratifikation

Die Arbeiten zur Ausrichtung der EG-Rechtsvorschriften für die erste und die zweite Säule sollten frühestens in etwa drei Jahren abgeschlossen werden, wobei der Tatsache Rechnung zu tragen ist, dass für sämtliche Änderungsvorschläge das Mitentscheidungsverfahren anzuwenden ist. Der Zeitplan für die Arbeiten für die dritte Säule über den Zugang zur Justiz gegen Institutionen der Gemeinschaft ist zur Zeit schwieriger vorherzusehen.

3.3 Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt

Gemäß Artikel 8 der Richtlinie 90/313/EWG „erstatten die Mitgliedstaaten der Kommission und dem Parlament vier Jahre nach dem in Artikel 9 Absatz 1 genannten Datum Bericht über ihre Erfahrungen, auf dieser Grundlage erstellt die Kommission einen Bericht an das Europäische Parlament und den Rat und fügt ihm etwaige Änderungsvorschläge bei, die sie für zweckmäßig hält“.

Die Kommission hat inzwischen Berichte von allen Mitgliedstaaten erhalten und den in Artikel 8 erwähnten Bericht zusammen mit dem Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie fast fertig gestellt. Den einzelstaatlichen Berichten ist zu entnehmen, dass die Rechtsvorschriften über den Zugang zu Informationen über die Umwelt im Zusammenhang mit der Richtlinie seit ihrem In-Kraft-Treten von Einzelpersonen und Organisationen der ganzen Europäischen Union genutzt worden sind. In ihren Berichten stellten die Mitgliedstaaten ferner die Frage nach dem Geltungsbereich und der Auslegung der Richtlinie und brachten Anregungen für Verbesserungen vor. In bestimmten Fällen, beispielsweise im Zusammenhang mit der Definition der für die Lieferung der Informationen, Festsetzung der Termine und Ausnahmen zuständigen Behörden, haben Mitgliedstaaten Rechtsvorschriften erlassen, die gegenüber den strikten Anforderungen der Richtlinie deutlich im Vorsprung sind.

Die einzelstaatlichen Berichte bringen positive Ergebnisse bei der Durchführung der Richtlinie zutage. In zahlreichen Fällen traten wenige praktische Probleme auf. Nichtsdestoweniger zeigten die von den Mitgliedstaaten bei der Anwendung

⁽¹²⁾ KOM(96) 500 endg.

der Richtlinie gesammelten Erfahrungen sowie die der Kommission eingereichten Beschwerden, dass die Mitgliedstaaten, Nichtregierungsorganisationen und um Umweltinformationen ersuchenden Personen einer Reihe von Schwierigkeiten begegneten. Die wichtigsten Probleme traten in folgenden Bereichen auf (diese stimmen mit den Bereichen überein, für die das Übereinkommen von Århus (siehe Abschnitt 3.2 oben) die Vorschriften der Richtlinie verbessert):

- Definition der offen zu legenden Informationen und der Behörden und sonstigen Stellen, denen diese Pflicht obliegt;
- praktische Vereinbarungen, um sicherzustellen, dass die Informationen wirksam verfügbar gemacht werden;
- Ausnahmen von der Pflicht, den Zugang zu gewähren;
- „Antwort“-Pflicht;
- Fristen zur Erfüllung der Pflicht;
- Verpflichtung, eine Verweigerung zu begründen;
- Verfahren zur Überprüfung von Beschlüssen, den Zugang zu Dokumenten zu verweigern;
- Gebühren;
- aktive Informationsverbreitung.

Am 26. Januar 1998 veranstaltete das Netz der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts (IMPEL) ein Arbeitstreffen über die Durchführung und Anwendung der Richtlinie. Vertreter von IMPEL, der Kommission, der Behörden und von in den Mitgliedstaaten oder den beitragswilligen Ländern im Umweltbereich tätigen Nichtregierungsorganisationen nahmen daran teil. Es bot dadurch Gelegenheit zu einem offenen Meinungsaustausch unter Berücksichtigung der von den Teilnehmern bei der Durchführung der Richtlinie gemachten Erfahrungen. Ein Bericht über das Arbeitstreffen mit Empfehlungen für die Überarbeitung der Richtlinie wurde im Mai 1998 veröffentlicht.

Bereits früher war auf der Grundlage der Aussprachen auf dem Arbeitstreffen und der binnen fünf Jahren in Zusammenarbeit mit den Sachverständigen der Mitgliedstaaten gemachten Erfahrungen ein Bericht veröffentlicht worden. Dieser enthielt eine Reihe von Empfehlungen für die Überarbeitung der Richtlinie. Allen Empfehlungen wird bei der Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG Rechnung getragen.

Ende 1999 verteilte die Generaldirektion Umwelt an alle Interessierten eine Arbeitsunterlage, in der die wichtigsten Grundsätze des neuen Vorschlags für eine Richtlinie über den Zugang zu Informationen über die Umwelt dargelegt wurden. Die Generaldirektion Umwelt schlägt Sitzungen zwecks Anhörung der interessierten Kreise zu diesem Dokument Anfang 2000 vor. Die Kommission wird anschließend einen Vorschlag zur Änderung oder zum Ersatz der geltenden Richtlinie über den Zugang zu Informationen über die Umwelt vorlegen, wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2000. Dieser Vorschlag soll die oben dargelegten Mängel beheben und dadurch zur Verstärkung der Rechtsvorschriften beitragen. Ein weiteres Ziel besteht in der Ausrichtung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft auf die Bestimmungen des Übereinkommens von Århus (siehe Abschnitt 3.2 oben), um der Gemeinschaft die Ratifikation des Übereinkommens zu ermöglichen.

3.4 Veröffentlichungen der Kommission über die Durchführung des gemeinschaftlichen und des internationalen Umweltrechts

3.4.1 Amtliche Veröffentlichungen

Die Kommission bemüht sich, hinsichtlich der wichtigsten umweltrechtlichen Regelungen eine aufbauende Rolle zu spielen, indem sie die Mitgliedstaaten unterstützt und ihnen Anleitungen zur Verfügung stellt, um eine zufrieden stellende Durchführung zu gewährleisten. Diese Anleitungen können in Form von „Leitlinien“ erteilt werden, die von der Generaldirektion Umwelt ausgearbeitet und von der Kommission angenommen wurden. Solche Leitlinien sind auf dem Gebiet des Strahlenschutzes bereits gängige Praxis; die Kommission hat diesbezügliche Mitteilungen herausgegeben, die die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinien in innerstaatliches Recht unterstützen ⁽¹³⁾. Ferner nahm die Kommission Empfehlungen über die Einhaltung der Anforderungen des Euratomvertrags an. Diese wurden in Zusammenarbeit mit der nach Artikel 31 EAG-Vertrag eingesetzten Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger ausgearbeitet.

Auf Initiative der Generaldirektion Umwelt veröffentlichte die Kommission zwei offizielle Leitlinien über die Durchführung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts im Zeitraum 1998-1999:

- Mitteilung der Kommission über die Durchführung der Richtlinie 96/29/Euratom zur Festlegung der grundlegenden Sicherheitsnormen für den Schutz der Gesundheit der Arbeitskräfte und der Bevölkerung gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen, veröffentlicht am 30. April 1998, ABl. C 133 vom 30.4.1998, S. 3;
- Empfehlung der Kommission 1999/829/Euratom über die Anwendung von Artikel 37 EAG-Vertrag, abgegeben am 6. Dezember 1999 und veröffentlicht am 16. Dezember 1999, ABl. L 324 vom 16.12.1999, S. 23.

Im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Wahrung der Transparenz ihrer Tätigkeiten und ihrer Bemühungen, den Behörden der Mitgliedstaaten, der Industrie, den Nichtregierungsorganisationen und der Öffentlichkeit möglichst umfassende Umweltinformationen zu erteilen, gibt die Kommission regelmäßig spezifische Veröffentlichungen heraus. Die nachstehenden Veröffentlichungen [die alle im Dokumentationszentrum der Generaldirektion Umwelt ⁽¹⁴⁾ oder beim Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften ⁽¹⁵⁾ verfügbar sind] wurden entweder im Zusammenhang mit Tätigkeiten, die während der Be-

⁽¹³⁾ Beispiele für die zuletzt genannten Unterlagen sind die Mitteilung 85/C347/03 der Kommission über die Durchführung der Richtlinien 80/836/Euratom und 84/467/Euratom zur Änderung der Richtlinien, mit denen die Grundnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlung festgelegt wurden, sowie die Mitteilung der Kommission 91/C103/03 über die Durchführung der Richtlinie 89/618/Euratom über die Unterrichtung der Bevölkerung über die bei einer radiologischen Notstandssituation geltenden Verhaltensmaßregeln und zu ergreifenden Gesundheitsschutzmaßnahmen.

⁽¹⁴⁾ Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel [Fax (32-2) 299 61 98].

⁽¹⁵⁾ 2, rue Mercier, L-2985 Luxembourg [Fax (352) 48 85 73].

richtszeit (oder in bestimmten Fällen vor dieser) durchgeführt wurden, oder während der Berichtszeit publiziert:

3.4.2 Allgemeine Veröffentlichungen

- Landwirtschaft und Nachhaltigkeit. Grundsätze und Empfehlungen des Europäischen Beratenden Forums für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (veröffentlicht im Februar 1999) (Agriculture and sustainability. Principles and recommendations from the European Consultative Forum on the environment and sustainable development)
- Vorsorge für unsere Zukunft: Maßnahmen für die Europäische Umwelt (veröffentlicht im Juli 1998) (Caring for our future: action for Europe's environment)

Wasser

- EU-Schwerpunkt: sauberes Wasser (veröffentlicht im August 1999) (EU Focus on clean water)
- Durchführung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser, geändert durch die Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 (veröffentlicht im April 1999)
- Im Zusammenhang mit der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen ergriffene Maßnahmen. Bericht über die Zusammenfassung der von den Mitgliedstaaten der Kommission gemäß Artikel 11 eingereichten Berichte (veröffentlicht im Juni 1998)

Luft

- Im Visier der EU: saubere Luft (veröffentlicht im August 1999) (EU Focus on clean air)
- CO₂-Emissionen aus Kraftfahrzeugen. Umsetzung des Kyoto-Protokolls durch die EU (veröffentlicht im Oktober 1998) (CO₂ emissions from cars. The EU implementing the Kyoto Protocol)
- Beitrag des Forums zur Strategie der Europäischen Union im Bereich der Klimapolitik. Europäisches Beratendes Forum für Umwelt und nachhaltige Entwicklung (veröffentlicht im August 1999)

Industrie

- Untersuchung über den Einfluss der Umweltregelung der EU auf bestimmte Indikatoren für die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie der EU. (Überarbeiteter) Schlussbericht. 3 Bände: 1 – Synthese, 2 – Datenbanken, 3 – Grafiken (veröffentlicht im März 1999) (Study on the impact of EU environmental regulation on selected indicators of the competitiveness of the EU chemical industry. Final report (revised). 3 volumes: 1-synthesis. 2-databases. 3-graphs)
- Notifikation neuer Stoffe in der Europäischen Gemeinschaft (veröffentlicht im Juni 1997) (The notification of new substances in the European Union)

- Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe in der Europäischen Union, 2 Bände (veröffentlicht im Juni 1997)
- Technische Anleitung für die Ausarbeitung von Risikominderungsstrategien (veröffentlicht im Juni 1998) (Technical guidance document on development of risk reduction strategies)

Naturschutz und biologische Vielfalt

- Übereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen. EG-Jahresbericht (veröffentlicht im Juni 1999)
- Natura 2000. Durchführung der Habitat-Richtlinie in Meeres- und Küstengebieten. Bericht über ein Seminar in Morecambe Bay, England, vom 22.-24. Juni 1997 (veröffentlicht im März 1999) (Natura 2000. Implementing the habitats directive in marine and coastal areas)
- Erster Bericht über die Durchführung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt durch die Europäische Gemeinschaft (Veröffentlichung im Mai 1998) (First report on the implementation of the convention on biological diversity by the European Community)

Rechtsvorschriften

- Leitfaden für das Netzwerk der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts (IMPEL) (veröffentlicht im November 1998) [A guide to the European Union network for the implementation and enforcement of environmental law („IMPEL“)]

Strahlenschutz, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz

- Strahlenschutz 89: Empfohlene Strahlenschutzkriterien für das Recycling von Metallen aus demontierten Kernanlagen (Recommended protection criteria for recycling of metals from dismantling of nuclear installations) (veröffentlicht 1998)
- Strahlenschutz 94: Umweltradioaktivität in der Europäischen Gemeinschaft, 1993 (veröffentlicht 1999)
- Strahlenschutz 95: Referenzniveaus für Arbeitsplätze, an denen Werkstoffe mit erhöhtem Gehalt an natürlich vorkommenden Radionukliden verarbeitet werden – Leitlinien zur Unterstützung bei der Durchführung von Titel VII der EU-Richtlinie über grundlegende Sicherheitsnormen für natürliche Strahlungsquellen [Reference levels for workplaces processing materials with enhanced levels of naturally occurring radionuclides – A guide to assist implementation of Title VII of the European basic safety standards directive (BSS) concerning natural sources] (veröffentlicht im Juli 1999)
- Strahlenschutz 102: Durchführung der Richtlinie 97/43/Euratom über den Gesundheitsschutz von Personen gegen die Gefahren ionisierender Strahlung bei medizinischer Exposition. Bericht über das internationale Arbeitstreffen vom April 1998 in Madrid (veröffentlicht im März 1999)
- Strahlenschutz 104: Radioaktive Ableitungen aus Kernkraftwerken und Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsanlagen in der Europäischen Gemeinschaft 1991-1995 (Radioactive effluents from nuclear power stations and nuclear

fuel reprocessing plants in the European Community) (veröffentlicht im April 1999)

- Strahlenschutz 105: Kriterien der EU für die Beschränkung der Lebensmittelverteilung nach einem Unfall (EU food restriction criteria for application after an accident) (veröffentlicht 1999)
- Strahlenschutz 106: Technische Empfehlungen für Messungen der Gamma-Strahlendosen in der Umwelt (Recommendations on measurements of external environment gamma radiation doses) (veröffentlicht 1999)
- Strahlenschutz 107: Festlegung von Bezugsniveaus für die gesetzliche Kontrolle von Arbeitsplätzen, an denen Werkstoffe mit erhöhten Gehalten an natürlich vorkommenden Radionukliden verarbeitet werden (Establishment of reference levels for regulatory control of workplaces where materials are processed which contain enhanced levels of naturally-occurring radionuclides) (veröffentlicht im August 1999)
- Strahlenschutz 108: ALARA und Stilllegung (ALARA and Decommissioning) – Bericht über das erste Arbeitstreffen des ALARA-Netzwerks (veröffentlicht 1999)
- Strahlenschutz 109: Leitlinien für diagnostische Referenzwerte bei medizinischen Strahlenexpositionen (veröffentlicht 1999)
- Gemeinschaftsweite Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes (veröffentlicht im Mai 1999)

Alle oben erwähnten Veröffentlichungen werden auf der Internetseite „Europa“ der Europäischen Kommission unter folgender Adresse beschrieben:

<http://www.europa.eu.int/comm/environment/pubs/home.htm>

Außerdem sind sieben Bände aller Umweltvorschriften der Europäischen Gemeinschaft, die bis Juni 1994 erlassen worden sind, in neun Sprachen verfügbar. Diese Bände bilden eine Sammlung offizieller, vom 1. Oktober 1991 bis 30. Juni 1994 veröffentlichter Texte. Vor dem 1. Oktober 1991 erlassene Rechtsvorschriften sind ferner in sieben getrennten Bänden erhältlich.

Weiterhin existiert eine Sammlung der Rechtstexte im Bereich Strahlenschutz mit dem Titel „Strahlenschutz – gemeinschaftliche Vorschriften im Bereich Strahlenschutz“, Dok. XI-3539/96, in englischer, französischer und deutscher Sprache. Sie enthält die bis August 1996 veröffentlichten Rechtsvorschriften.

3.4.3 Im Zeitraum 1998-1999 gemäß der Richtlinie 91/692/EG ausgearbeitete Berichte zur Vereinheitlichung und Rationalisierung der Berichte über die Durchführung bestimmter Umweltrichtlinien

- Der Bericht über die Durchführung der Richtlinie 82/501/EWG (Seveso-Richtlinie) wurde im ABl. C 291 vom 12.10.1999 veröffentlicht.
- Der Zwischenbericht gemäß Artikel 6 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie 94/62/EG über Verpackung und Verpackungsabfälle wurde von der Kommission am 19. November 1999 angenommen: Ref. KOM(1999) 596 endg.

- Der gemäß der Richtlinie 91/692/EWG auszuarbeitende Bericht über die Durchführung der Richtlinien 75/442, 91/689, 75/439 und 86/278 befindet sich im Stadium der formellen Annahme.
- Der Bericht über die Verordnung über die Verbringung (259/93) für den Zeitraum 1994-1996 wurde am 28. Juli 1998 in Form des Dokuments KOM(98) 475 endg. angenommen.
- Der Jahresbericht EUR 18166 über die Qualität der Badegewässer (Badesaison 1997) wurde im Mai 1998 veröffentlicht.
- Der Jahresbericht EUR 18831 über die Qualität der Badegewässer (Badesaison 1998) wurde im Mai 1999 veröffentlicht.
- Der Bericht mit dem Titel „Durchführung der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen“ wurde von der Kommission am 1. Oktober 1997 angenommen [KOM(97) 473 endg.] und vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften 1998 veröffentlicht – ISBN 92-828-1934-5.
- Der Bericht mit dem Titel „Gemäß der Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen ergriffene Maßnahmen“ wurde von der Kommission am 20. Januar 1998 angenommen [KOM(98) 16 endg.] und 1998 vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht – ISBN 92-828-3118-3.
- Der Bericht mit dem Titel „Durchführung der Richtlinie des Rates 91/271/EWG vom 21. Mai 1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser, geändert durch die Richtlinie der Kommission 98/15/EG vom 27. Februar 1998“ wurde am 15. Januar 1999 von der Kommission angenommen [KOM(98) 775 endg.] und 1999 vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht – ISBN 92-828-5869-3.

3.5 INECE-Konferenz

3.5.1 Hintergrund

Vom 16. bis zum 20. November 1998 veranstaltete das INECE (Internationales Netzwerk für die Einhaltung und Durchsetzung von Umweltvorschriften) in Monterey, Kalifornien, Vereinigte Staaten, seine fünfte Gesamtkonferenz. Je ein Vertreter der Kommission und des IMPEL-Sekretariats nahmen zusammen mit Delegierten der Mitgliedstaaten daran teil. Insgesamt beteiligten sich an der Konferenz über 250 Personen aus rund 125 Ländern und internationalen Organisationen sowie Nichtregierungsorganisationen.

Die Konferenz findet alle zwei Jahre statt. INECE bildet eine Partnerschaft von beruflich im Umweltbereich tätigen Regierungsmitgliedern, Bediensteten internationaler Organisationen und Nichtregierungsorganisationen. Es hat die Förderung der Einhaltung und die verbesserte Durchführung innerstaatlicher und internationaler Umweltregelungen durch Netzbildung, Aufbau von Kapazitäten und Zusammenarbeit bei der Durchsetzung zum Ziel. Im Rahmen der INECE-Partnerschaft werden die Errichtung und die Wirksamkeit regionaler Netzwerke zur Durchsetzung gefördert.

Den Vorsitz des INECE führt der für die Durchsetzung und Einhaltung zuständige stellvertretende Verwaltungsdirektor der Umweltagentur der Vereinigten Staaten (EPA) gemeinsam mit dem Generalinspektor für Umwelt des niederländischen Umweltministeriums (VROM) in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen. Dieser gemeinsame Vorsitz entspricht dem Ursprung des INECE, das aus einem bilateralen Austausch zwischen dem VROM und der EPA hervorging, sich jedoch schrittweise zu seiner heutigen Form eines Podiums für internationale Zusammenarbeit entwickelt hat. Die Kommission ist Mitglied des ausführenden Planungsausschusses (EPC) der Konferenz und wirkt als Co-Sponsor mit. Sie beteiligte sich 1998 mit 140 000 ECU. Die Mitgliedschaft am EPC hat sich im gleichen Maße wie das internationale Interesse an diesem Netz und seine Unterstützung fortentwickelt.

3.5.2 Programm

Die Konferenz nahm ein äußerst umfangreiches Programm an, das jeden Tag mit einer einführenden Plenartagung begann, auf die Arbeitstreffen über Themen im Zusammenhang mit denjenigen der Plenartagung folgten. Den Vorsitz der einzelnen Arbeitstreffen führten zwei „co-facilitators“; ferner wurde ein Berichterstatter eingesetzt, der für die Ausarbeitung eines Berichts über das Arbeitstreffen verantwortlich war.

In Ausübung der Präsidentschaft der EU legte der österreichische Vertreter der Plenartagung einen Bericht über IMPEL vor. Der Vertreter der Kommission berichtete der Plenartagung über das Ergebnis der am 18. und 19. November 1998 abgehaltenen europäischen regionalen Treffen (Westeuropa, Mittel- und Osteuropa und Neue Unabhängige Staaten).

3.5.3 Programmrede

Die Programmrede der Konferenz wurde von Carole M. Browner, Verwaltungsdirektorin der Umweltagentur der Vereinigten Staaten (EPA), gehalten. Sie berichtete über die unter ihrer Leitung von der EPA erzielten Erfolge und hob Folgendes besonders hervor: Der Umweltschutz stellt angesichts des Drucks, den die Schaffung von Arbeitsplätzen durch verschmutzende Industriezweige bedeutet, eine Herausforderung dar. Die Einhaltung der Umweltregelungen mindert nicht die Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Unternehmen. Eine weitere Herausforderung stellt die Bildung einer Vollzugskultur dar. Ferner betonte sie die Macht der Information, die Rolle der Staatsbürger und der internationalen Zusammenarbeit bei der Durchsetzung. Sie unterstrich die Bedeutung, die die Regierung der Vereinigten Staaten der Zusammenarbeit mit der Industrie beimisst, ohne außer Acht zu lassen, dass eine wirksame Durchsetzung mit abschreckender Wirkung ein grundlegendes Werkzeug darstellt, das die Vereinigten Staaten zur Bekämpfung der Verschmutzung ohne Zögern anwenden.

3.6 Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens – die „Überprüfungsklausel“

Am 11. Dezember 1998 nahm die Kommission eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament mit dem Titel „Die Überprüfungsklausel – Umwelt-

und Gesundheitsnormen vier Jahre nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union“ ⁽¹⁶⁾ an. Diese bringt zum Ausdruck, dass der Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union zu einer Verstärkung der Gesundheits- und Umweltschutznormen geführt hat.

Beim Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union am 1. Januar 1995 wurde eine Sonderbestimmung – die „Überprüfungsklausel“ ⁽¹⁷⁾ – in die Beitrittsakte aufgenommen, die den drei neuen Mitgliedstaaten vier Jahre lang die Beibehaltung bestimmter anders lautender Bestimmungen erlaubte, die einen höheren Umwelt- und Gesundheitsschutz gewährleisteten. Diese Frist lief am 31. Dezember 1998 ab. Während dieser Zeit überarbeitete die Europäische Union ihre eigenen Gesundheits- und Umweltnormen in enger Zusammenarbeit mit den drei neuen Mitgliedstaaten.

In fast allen Fällen führte die Überprüfung in der ganzen Union zur Annahme höherer Umweltnormen, beispielsweise für den Schwefelgehalt des Benzin, den Bleigehalt in Batterien und die Kennzeichnung gefährlicher Stoffe. In anderen Fällen werden Österreich, Finnland und Schweden ihre Normen während einer weiteren Frist beibehalten.

Mit dem Überprüfungsprozess hat sich die Europäische Union als fähig erwiesen, für die Staatsbürger Österreichs, Schwedens und Finnlands ein hohes Umweltschutzniveau und strenge Gesundheitsschutznormen aufrechtzuerhalten. Dies war ein grundlegendes Anliegen der Bürger dieser Länder und ein sehr wichtiger Teil der Beitrittsvereinbarungen. Die Staatsbürger der übrigen Mitgliedstaaten haben aus diesem Prozess ebenfalls Nutzen gezogen, da die von der Kommission gewählte Lösung in den meisten Fällen zu strengeren Schutzvorschriften geführt hat. Dieser Erfolg ist der außerordentlich guten Zusammenarbeit zwischen der Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Rat und den Mitgliedstaaten zuzuschreiben.

Die Lage in den drei Mitgliedstaaten stellt sich wie folgt dar:

Österreich

Infolge dieser Überarbeitung behält Österreich seine hohen Umwelt- und Gesundheitsschutznormen bei, und die EU hat ihre eigenen Normen in vielen Fällen erhöht.

Dem in Österreich geltenden Höchstgehalt an Schwefel im Gasöl von 0,1 % entsprechen 0,2 % gemäß den EG-Vorschriften. Die österreichische Norm wird im Rahmen einer neuen Richtlinie über die Strategie im Bereich der Versauerung in der ganzen EU anwendbar werden.

Der Höchstgehalt an Benzol im Benzin ist in Österreich auf 3 % festgelegt, in der EG-Regelung dagegen auf 5 %. Dank einer neuen Richtlinie im Rahmen des Auto-Öl-Programms wird der Benzolgehalt des Benzin gemeinschaftsweit auf 1 % vermindert.

⁽¹⁶⁾ KOM(98) 745 endg. vom 11.12.1998.

⁽¹⁷⁾ ABl. C 241 vom 29.8.1994, S. 9.

Der Höchstgehalt an Quecksilber in Alkali-Mangan-Batterien war in Österreich auf 0,001 %, in der EG dagegen auf 0,05 % festgesetzt. Inzwischen ist Quecksilber in der EG in fast allen Batterien verboten.

Österreich stellte besondere Anforderungen an die Einstufung und Kennzeichnung von rund 50 gefährlichen Stoffen, einer Reihe von gefährlichen Zubereitungen sowie Pestiziden und Pflanzenschutzmitteln. Bei der Überprüfung der Richtlinie 67/548/EWG über gefährliche Stoffe wurden fast alle österreichischen Vorschläge für Sicherheitssätze (diese geben an, was zur Vermeidung von Gesundheits- oder Umweltschäden im Zusammenhang mit gefährlichen Stoffen zu tun ist) übernommen.

In Österreich waren ferner das Inverkehrbringen und die Verwendung von Kadmium, Pentachlorphenol (PCP) und zinnorganischen Verbindungen eingeschränkt.

Die Kommission nahm die Richtlinie 99/51/EG zur Anpassung der Richtlinie 76/769/EWG an den technischen Fortschritt hinsichtlich Pentachlorphenol, Zinn und Kadmium (fünfte Anpassung) am 26. Mai 1999 an. In der Richtlinie 99/51/EG werden die zur Diskussion stehenden Fragen im Sinne der neuen Mitgliedstaaten geregelt; hiervon ausgenommen sind lediglich Kadmium und einige zinnorganische Verbindungen, die als fäulnisverhütende Anstrichmittel im Schiffbau verwendet werden. Zu diesen Zwecken wird Österreich und Schweden bis zum 31. Dezember 2002 eine Abweichung gewährt.

Zwei während der Überprüfung angenommene Richtlinien – die Richtlinie 98/97/EG zur Änderung der Richtlinie 76/116/EWG über den Kadmiumgehalt von Düngemitteln, die im ABl. L 18 vom 23. Januar 1999 veröffentlicht wurde, und die oben erwähnte Richtlinie 99/51/EG zur Anpassung der Richtlinie 76/769/EWG – enthalten Bestimmungen über eine spezifische Überprüfung der Gemeinschaftsvorschriften für Kadmium und zinnorganische Verbindungen. Die Kommission wird diese Überprüfung bis zum 31. Dezember 2001 im Zusammenhang mit der Richtlinie 98/97/EG und bis zum 31. Dezember 2002 im Zusammenhang mit der Richtlinie 99/51/EG fortsetzen, wie dies in den genannten Richtlinien festgelegt ist.

Finnland

Infolge der Überprüfung behält Finnland seine hohen Umwelt- und Gesundheitsschutznormen bei, und diejenigen der EU werden zurzeit in vielen Fällen erhöht.

Finnland stellt besondere Anforderungen an die Einstufung und Kennzeichnung von Pestiziden und Pflanzenschutzmitteln. In diesem Zusammenhang schlug die Kommission vor, alle bereits erlassenen Rechtsvorschriften über gefährliche Zubereitungen zu überarbeiten. Gleichzeitig wurde der Geltungsbereich der Rechtsvorschriften ausgedehnt; er erstreckt sich nunmehr auf Pflanzenschutzmittel und Pestizide und stellt eine Modernisierung dar, die den Anliegen Österreichs, Finnlands und Schwedens entspricht.

In Finnland gelten für das Inverkehrbringen und die Verwendung von *PCP* (*Pentachlorphenol*) strengere Vorschriften als in der EG. Nach einer vorläufigen

Überprüfung der Lage von PCP wurden Risikobeurteilungen durchgeführt, die Vor- und Nachteile evaluiert und anschließend die Rechtsvorschriften der EG überprüft. Dies führte zur Annahme der Richtlinie 99/51/EG zur Anpassung der Richtlinie 76/769/EWG an den technischen Fortschritt (siehe Bemerkungen zu Österreich). Hinsichtlich des Kadmiumgehalts in Düngemitteln nahm die Kommission die Richtlinie 98/97/EG zur Änderung der Richtlinie 76/116/EWG an (siehe „Österreich“).

Schweden

Dank der Überprüfung wird Schweden sein hohes Umwelt- und Gesundheitsschutzniveau aufrechterhalten, und die EU-Regelungen werden in einer Reihe von Fällen verschärft.

Früher war in alkalischen Manganbatterien aufgrund der EG-Vorschriften ein höherer Quecksilbergehalt als in Schweden zugelassen. Infolge der Überprüfung wurden die Normen für die ganze EU erhöht und Quecksilber in fast allen Batterietypen verboten.

In Schweden galten besondere Anforderungen für die Einstufung und Kennzeichnung von rund 67 gefährlichen Stoffen und Zubereitungen einschließlich Pestiziden. Nach Überarbeitung wurden als befriedigend betrachtete Einstufungs- und Kennzeichnungskriterien vereinbart; ferner wurden neue R-Sätze – Warnsätze, mit denen die Hersteller gefährliche Stoffe enthaltende Produkte kennzeichnen müssen – in die Richtlinie 67/548/EWG über gefährliche Stoffe aufgenommen. Schweden behält nur zwei R-Sätze. In bestimmten Gebieten schlug Schweden Tätigkeiten zur globalen Harmonisierung der Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen vor, um eine weitere Anpassung der EG-Regelung zu erörtern.

In Schweden gelten strengere Beschränkungen des Inverkehrbringens von Kadmium, Arsen, PCP und Zinnverbindungen als in der EG. Nach einer vorläufigen Prüfung wurden Risikobeurteilungen durchgeführt und die Vor- und Nachteile untersucht, und die Kommission erließ die Richtlinie 99/51/EG zur Anpassung der Richtlinie 76/769/EWG an den technischen Fortschritt (siehe Bemerkungen zu „Österreich“). Hinsichtlich des Kadmiumgehalts in Düngemitteln nahm die Kommission die Richtlinie 98/97/EG zur Änderung der Richtlinie 76/116/EWG an (siehe Bemerkungen zu „Österreich“).

IMPEL (Netz der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts)

4.1 Hintergrund

IMPEL existiert seit 1992 und ist ein informelles Netzwerk der Umweltbehörden der Mitgliedstaaten und der Kommission. Sein Ziel besteht in der Schaffung des erforderlichen Antriebs für eine wirksamere Anwendung des Umweltrechts in der Europäischen Gemeinschaft. Dieses Netz fördert den Austausch von Informationen und Erfahrungen sowie eine weiter gehende Übereinstimmung der Methoden zur Durchführung, Anwendung und Durchsetzung des Umweltrechts unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft. Eine vollständige Beschreibung der Entstehung dieses Netzes findet sich im ersten Jahresbericht (Abschnitt 3.5.1, S. 14).

Seit der Veröffentlichung des ersten Jahresberichts hat sich IMPEL in mehrfacher Hinsicht geändert. Seine Struktur wurde rationalisiert, und zahlreiche IMPEL-Projekte wurden vervollständigt oder stehen kurz vor ihrer Vollendung. In diesem zweiten Jahresbericht wird die neue Struktur von IMPEL beschrieben; ferner enthält er eine detaillierte Beurteilung dieser Projekte sowie Einzelheiten über den Mittelaufwand der verschiedenen Projekte während der Jahre 1997, 1998 und 1999 (Anhang 1). Ferner ist in diesem zweiten Jahresbericht das Arbeitsprogramm von IMPEL für das Jahr 2000 festgelegt.

4.2 Rolle und Struktur des IMPEL bis Juni 1999

Bis 1997 konzentrierte IMPEL seine Tätigkeiten auf die Regelkette im Bereich der Industrieanlagen und ihrer Auswirkungen auf die Umwelt, was darauf zurückzuführen war, dass seine Mitglieder Inspektoren und Verantwortliche für die Durchsetzung des Umweltrechts in den Mitgliedstaaten waren. 1997 beschloss IMPEL in Übereinstimmung mit der Mitteilung der Kommission und den entsprechenden Entschlüssen des Rates und des Europäischen Parlaments, seine Struktur zu ändern, eine umfassendere Rolle zu übernehmen und seinen Tätigkeitsbereich auszudehnen. In der Folge wurden zwei ständige Ausschüsse eingesetzt, einer für Rechtsstrategie und Durchführung und der andere für Aufsicht und Fragen der praktischen Durchführung und Durchsetzung. Der Zweitgenannte befasst sich auch mit technischen Fragen und Umweltmanagement (einschließlich der Ausbildung und des Austauschs von Inspektoren innerhalb der EG und der beitragswilligen Länder). Die ständigen Ausschüsse konnten zur Prüfung spezifischer Fragen Arbeitsgruppen einsetzen, an denen nicht zwangsläufig alle Mitgliedstaaten teilnehmen. Diese Arbeitsgruppen waren nur von beschränkter Dauer und wurden nach Beendigung ihrer Aufgaben wieder aufgelöst. Die ständigen Ausschüsse legten die Mandate dieser Ad-hoc-Arbeitsgruppen einschließlich ihrer Aufgaben und der zu erzielenden konkreten Ergebnisse,

wie Berichten und Seminaren, der Teilnehmer, des Vorsitzes und des Sekretariats, der Sitzungen (Anzahl, Dauer, Ort, Arbeitssprachen) und der finanziellen Vereinbarungen fest.

Verwaltungsgrundlage des IMPEL war eine alle zwei Jahre stattfindende Plenartagung, an der Vertreter aller Mitgliedstaaten und der Kommission (Generaldirektion Umwelt) teilnahmen. Den Vorsitz führten gemeinsam die Kommission und der Vertreter des mit der EU-Präsidentschaft befassten Mitgliedstaates.

Die Plenartagung war das wichtigste Organ für strategische Aussprachen und endgültige Beschlüsse, ferner oblag ihr die formelle Verantwortung für die Tätigkeiten und Produkte des IMPEL. Die Plenartagung genehmigte die Arbeitsprogramme der ständigen Ausschüsse und die Berichte und entschied über ihre Verbreitung. Ferner genehmigte sie die Verwendung der für IMPEL verfügbaren Finanzierungsmittel.

4.3 Neue Struktur des IMPEL

In den Jahren 1997-1998 zeigte es sich, dass die damalige Struktur des IMPEL – im Wesentlichen zwei ständige Ausschüsse (SA1 „rechtliche Aspekte“ und SA2 „technische Aspekte“) und eine oder zwei Plenartagungen pro Jahr – nicht ausreichend effizient war. Zahlreiche Punkte wurden auf den Sitzungen der beiden ständigen Ausschüsse behandelt. Auf der Plenartagungen im Dezember 1998 in Wien wurde vereinbart, 1999 eine neue Form zu erproben, bei der auf die Sitzungen der ständigen Ausschüsse verzichtet wird und Arbeiten, die normalerweise auf diesen Sitzungen durchgeführt worden waren, auf den zwei Plenartagungen pro Jahr behandelt werden.

Auf der Plenartagung des IMPEL im Juni 1999 in Berlin wurde diese neue Form erprobt, und es wurde vereinbart, IMPEL-Tagungen (die die ursprünglichen Funktionen der beiden ständigen Ausschüsse und der Plenartagung vereinigten) künftig zweimal jährlich (in der Regel im Juni und im Dezember) zu veranstalten und die zu erörternden Punkte künftig weit flexibler zu gestalten. Ferner wurde vereinbart, dass das Sekretariat eine aktivere Rolle spielen soll, indem es insbesondere bei der Behandlung von Finanzierungsanträgen mitwirkt und gewährleistet, dass die Projekte rechtzeitig und auftragsgemäß abgewickelt werden. Diese erweiterte Rolle wurde begrüßt und hat sich bereits auf die Einhaltung von Fristen einzelner Projekte sowie auf ihre Qualität positiv ausgewirkt. Die letzte IMPEL-Sitzung in der neuen Form fand im Mai 2000 in Porto statt.

4.4 IMPEL-Sekretariat

Das Sekretariat bildet das Rückgrat des IMPEL-Netzwerks. Es erhält die Kontakte mit den einzelstaatlichen Koordinatoren und anderen Mitgliedern des Netzwerks aufrecht. Es unterstützt die Vorsitzenden der IMPEL-Tagungen und -Arbeitsgruppen. Es übermittelt dem Netz Informationen der Kommission und bildet das Verbindungsglied zur Kommission. Wie oben erwähnt, spielt es seit Juni 1999 eine aktivere Rolle, indem es gewährleistet, dass Projekte frist- und auftragsgemäß abgewickelt werden. Ferner beteiligte es sich eingehend an der Ausarbeitung von Finanzierungsanträgen für IMPEL-Projekte, die 1999 (siehe Kapi-

tel 4.7 unten) wegen der Überarbeitung des Kofinanzierungsverfahrens auf Schwierigkeiten stießen.

Die Kommission hat das Sekretariat in ihren Dienststellen in Brüssel eingerichtet; es umfasst in der Regel einen von der Verwaltung eines Mitgliedstaats abgestellten Sachverständigen (END). Je nach Verfügbarkeit steht diesem während sechs Monaten ein Praktikant aus einem Mitgliedstaat zur Seite. Der erste vollzeitbeschäftigte END wurde vom niederländischen Umweltinspektorat entsandt (1996-1999); der derzeitige (drei Jahre ab 1999) ist britischer Staatsangehöriger und gehört der Umweltagentur für England und Wales an. Die Praktikantenstelle für sechs Monate wurde im Januar 2000 von einem Schweden besetzt.

4.5 Beteiligung anderer Länder

a) Mittel- und osteuropäische Länder, Zypern und Malta; Zusammenarbeit mit AC-IMPEL

Das parallele Netzwerk für die zwölf beitrittswilligen Länder, das so genannte AC-IMPEL, wurde im Mai 1998 in Vilnius, Litauen, errichtet. Es arbeitet zur Unterstützung der Beitrittskandidaten eng mit IMPEL zusammen und befasst sich dabei mit Fragen der Durchführung und Durchsetzung des EU-Umweltrechts in der Zeit vor dem Beitritt. Es unterscheidet sich von IMPEL insoweit, als die Mitgliedsländer noch nicht über den gemeinschaftlichen Besitzstand auf dem Gebiet des Umweltrechts verfügen. Mit ihrem Beitritt zur EU werden sie Vollmitglied des IMPEL, so dass das AC-IMPEL-Netzwerk nach Beitritt aller Kandidatenländer aufgelöst wird. AC-IMPEL verfügt ebenfalls über ein bei der Kommission eingerichtetes Sekretariat.

Obwohl sie an den IMPEL-Sitzungen nicht teilnehmen, werden Beamte aus den beitrittswilligen Ländern zur Teilnahme an den Seminaren und Arbeitstreffen oder Ad-hoc-Arbeitsgruppen eingeladen, wenn dies für zweckmäßig erachtet wird. Diese Beamten beteiligten sich ferner an Austauschprogrammen im Bereich der Inspektionen (siehe unten) und haben dies für sehr hilfreich erachtet.

Für die zwölf beitrittswilligen Länder werden in den kommenden Jahren besondere Ausbildungsprogramme über Durchführungs- und Durchsetzungsfragen veranstaltet, um sie bei der Angleichung ihrer Umweltrechtsvorschriften an diejenigen der Gemeinschaft zu unterstützen. Ferner wurde ein AC-IMPEL-Austauschprogramm aufgestellt, an dem sich auch IMPEL-Mitglieder beteiligen.

Die bisherigen Ergebnisse des AC-IMPEL schließen Folgendes ein:

- Prüfung der Durchsetzungsstrukturen und -praktiken im Umweltbereich in Estland und Polen;
- Prüfung der Genehmigungs-, Monitoring- und Durchsetzungskapazität der tschechischen Umweltverwaltung;
- Mini-Bibliothek, die die wichtigsten und einschlägigen IMPEL-Berichte und -Unterlagen enthält;
- Vor-Ort-Training von Inspektoren im Rahmen des AC-IMPEL (drei Berichte: Polen, Ungarn und Lettland).

b) Andere europäische Länder (EWR)

Die nicht zur Europäischen Union gehörenden Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) (Norwegen, Island und Liechtenstein) werden zur Teilnahme an Arbeitsgruppen eingeladen, wenn ihre Beteiligung als wünschenswert erachtet wird. Norwegen hat sich bereits an der Arbeitsgruppe für die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen beteiligt. Da diese EWR-Länder den gemeinschaftlichen Besitzstand an Umweltrecht ebenfalls übernehmen, wurde auf dem IMPEL-Treffen im Juni 1999 in Berlin vereinbart, dass auch diese Länder eingeladen werden sollten, sich an IMPEL-Sitzungen als Beobachter zu beteiligen. Norwegen und das EFTA-Sekretariat nahmen am IMPEL-Treffen im Dezember 1999 in Helsinki teil. Norwegen nahm ebenso am IMPEL-Treffen im Mai 2000 in Porto teil.

4.6 Arbeitsprojekte und Haushaltsmittel für die Jahre 1997, 1998 und 1999

Bis 1997 wurden sämtliche IMPEL-Projekte von den Mitgliedstaaten selbst finanziert. Mit der erweiterten Rolle des IMPEL nach der Mitteilung der Kommission und den diesbezüglichen Entschlüssen des Europäischen Parlaments und des Rates wurden Mittel der Kommission bereitgestellt. Selbst bei diesen von der Kommission mitfinanzierten Projekten übernahmen die Mitgliedstaaten jedoch einen Teil der Kosten selbst. Bestimmte Projekte werden sogar ganz von den Mitgliedstaaten finanziert, wie aus den Tabellen in Anhang 1 hervorgeht.

1997 wurde zum ersten Mal vereinbart, 500 000 ECU aus den Haushaltsmitteln der Generaldirektion Umwelt für IMPEL bereitzustellen. Hiervon wurden insgesamt 437 346 ECU verschiedenen Projekten zugeleitet. 1998 wurde ebenfalls ein Betrag von 500 000 ECU bereitgestellt, von denen 374 100 ECU bewilligt wurden; von den 1999 verfügbaren 400 000 EUR wurden 383 000 EUR für verschiedene Projekte bewilligt. Der Finanzierungsbeitrag der Kommission aus dem Haushalt von 1997, 1998 und 1999 ist zusammen mit den Arbeitsprojekten, für die diese Mittel eingesetzt wurden, in den Tabellen in Anhang 1 wiedergegeben.

4.7 Probleme im Zusammenhang mit den Haushaltsmitteln und Verfahren

Bei der Zuteilung der seit 1997 für IMPEL-Projekte jährlich durch die Generaldirektion Umwelt bereitgestellten Mittel sind verschiedene Probleme aufgetreten. Ein größeres Problem stellte sich 1998 infolge eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 12. Mai 1998 (Vereinigtes Königreich und Irland gegen die Kommission, Rechtssache C-106/96), das zum Ausdruck brachte, dass jede Mittelbindung für Projekte einschließlich derjenigen, die von IMPEL durchgeführt werden, zu ihrer Rechtfertigung einer Rechtsgrundlage bedarf. Dies bedeutete, dass zahlreiche, 1998 vorgelegte Projekte neu überdacht oder ihr Mandat neu abgefasst werden musste, was in einzelnen Fällen beträchtliche Verzögerungen der Finanzierung zur Folge hatte. Dies ist einer der Gründe, warum 1998 nur rund 374 100 ECU von den 500 000 ECU bereitgestellter Mittel tatsächlich zugeteilt wurden.

Von 1997 bis 1999 wurde ein Verfahren für eine gemeinsame Finanzierung durch die Kommission gewählt. Dieses System funktionierte langsam, und das auszufüllende Formular war komplex.

Für das Jahr 2000 wurde eine andere Handhabungsweise des Systems für IMPEL-Projekte vereinbart, und es besteht die Absicht, in Zukunft ein ähnliches System anzuwenden.

4.8 Zusammenfassende Beurteilung

4.8.1 Die Mitteilung von 1996 und die diesbezüglichen Entschlüsse des Rates und des Europäischen Parlaments erstreckten sich auf verschiedene Tätigkeitsbereiche des IMPEL, das sich seither bemüht, sich bei der Festlegung seiner Arbeitsprojekte auf diese Bereiche zu konzentrieren. Berichte, die bislang von IMPEL angefertigt wurden, schließen die folgenden ein:

- Mindestkriterien für Umweltinspektionen
 - allgemeine Grundregeln,
 - Häufigkeit der Inspektionen,
 - Prüfer-Selbstmonitoring,
 - Planen von Inspektionen und Berichte;
- Bericht über die Beziehung zwischen IVU-, UVP- und Seveso-Richtlinie und EMAS-Verordnung;
- IMPEL-Referenzbuch für Umweltinspektionen;
- Bericht über ein Arbeitstreffen zu den Lizenzierungs- und Durchsetzungspraktiken in einem Zementwerk beim Gebrauch alternativer Brennstoffe;
- Berichte über die aus Unfällen gelernten Lektionen.

Diese Berichte sind auf der IMPEL-Internetseite unter **<http://europa.eu.int/comm/environment/impel>** zu finden.

4.8.2 Die größte Leistung des IMPEL war bisher zweifellos seine Arbeit auf dem Gebiet der Aufsicht, was angesichts seines Ursprungs und der Tatsache, dass die Mitglieder fast ausschließlich aus dem Aufsichtsbereich stammen, nicht erstaunlich ist. Das Programm zum Austausch von Inspektoren wurde in allen 15 Mitgliedstaaten bis Ende 1999 durchgeführt und ermöglichte einen Einblick in die verschiedenen in den Mitgliedstaaten angewandten Systeme. Es ermöglichte ferner wertvolle Kontakte zwischen Inspektoren nicht nur der Mitgliedstaaten, sondern auch der Mitgliedsländer von AC-IMPEL. Es diente den AC-IMPEL-Ländern zum Ausbau ihrer Aufsichtssysteme, die in den meisten Fällen noch zu wenig entwickelt sind (ferner stellte es für die Mitgliedstaaten mit weniger entwickelten Systemen eine Hilfe dar).

Ein weiterer Aspekt der Inspektionsarbeiten war die Vorlage von vier Berichten über Inspektionen. Das Dokument über Mindestkriterien für Umweltinspektionen (November 1997) bildete die Grundlage für den Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates über das Thema, für das der gemeinsame Standpunkt im Rat Mitte 2000 Gegenstand einer zweiten Lesung im Europäischen Parlament sein wird (siehe Abschnitt 2.1 oben). Ohne die Kenntnisse der IMPEL-

Sachverständigen hätte die Kommission nicht die für einen solchen Vorschlag erforderlichen Erfahrungen zur Verfügung gehabt; dies ist ein gutes Beispiel für Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten bei der Abfassung von Rechtsvorschriften der Gemeinschaft in geteilter Verantwortung. Vielleicht werden die drei weiteren Berichte über die Aufsicht ebenfalls als Grundlage für einen Rechtsakt verwendet werden (möglicherweise für eine umfassende Richtlinie über Aufsichtstätigkeiten), der der Empfehlung und allen im Anschluss an diese geleisteten Arbeiten Rechnung trägt.

4.8.3 Mehrere Projekte eher „rechtlicher“ Natur (der CEDE/Prieur-Bericht über den Zugang zur Justiz, der Metro-Bericht über strafrechtliche Durchsetzung und das Arbeitstreffen über den Zugang zur Umweltinformation) haben Ergebnisse gebracht, die für die in der Folge der Mitteilung von 1996 durchgeführten Arbeiten für die Kommission von besonderem Nutzen sind. Der CEDE/Prieur-Bericht wird sich als Ausgangspunkt für die Vereinheitlichung der Klageverfahren in den Mitgliedstaaten sowie als Grundlage für sämtliche Aktionen im Bereich des Zugangs zu den Gerichten als nützlich erweisen, insbesondere im Zusammenhang mit den vorbereitenden Arbeiten im Hinblick auf die Ratifizierung des Übereinkommens von Århus. Auch der Bericht über die Richtlinie 90/313/EWG im Anschluss an das Arbeitstreffen von Utrecht war für die Kommission im Hinblick auf die Ausarbeitung ihres Berichts und ihres Vorschlags zur Änderung der Richtlinie 90/313/EWG nützlich.

4.8.4 Eher praktische Projekte wie das Arbeitstreffen in Österreich über die Lizenzerteilungs- und Durchsetzungspraktiken in einer mit Alternativbrennstoffen betriebenen Zementfabrik, PEEP und IMPEL Inspect können ebenfalls als Erfolge betrachtet werden, insbesondere weil sie den Inspektoren vor Ort Hilfe und Anleitungen zur Verfügung stellen. Projekte dieser Qualität sollen grundsätzlich gefördert werden.

4.8.5 Zu den weiteren Leistungen zählen die Ausarbeitung einer Internetseite für IMPEL (verbunden mit der Internetseite der Generaldirektion Umwelt). Dies ermöglicht es IMPEL, seine Tätigkeiten einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und zu gewährleisten, dass auch seine Berichte einem breiteren Personenkreis verfügbar gemacht werden. Die IMPEL-Berichte waren in der Regel von guter Qualität (beispielsweise die vier Berichte über die Inspektionsreihen); eines der Probleme bestand darin, sicherzustellen, dass die Berichte den betroffenen Personen zugänglich sind. Die Internetseite wird ein nützliches Werkzeug zur Lösung dieses Problems darstellen.

4.9 Abschluss und Ausblick

Die meisten Leistungen des IMPEL-Netzwerks können sicherlich als Erfolg und die von der Kommission bereitgestellten Mittel in den meisten Fällen als zweckmäßig eingesetzt betrachtet werden, da sie zur Verbesserung der Durchsetzung des gemeinschaftlichen Umweltrechts in den Mitgliedstaaten beigetragen haben.

Seit 1997 haben jedoch Schwierigkeiten bei den Finanzierungsverfahren die Durchführung bestimmter Projekte verzögert und bei den Mitgliedstaaten verständlichen Ärger und Enttäuschung hervorgerufen.

Um neue Ideen hervorzubringen und künftige Arbeitsprojekte in die Wege zu leiten, ist nunmehr ein neuer Anstoß notwendig. Die Einsetzung der neuen Kommission bietet Gelegenheit, den erforderlichen Anstoß auszulösen und sich auf die Arbeitsprojekte zu konzentrieren, die für die Kommission einen höheren Mehrwert haben.

4.10 Arbeitsprogramm des IMPEL für das Jahr 2000

Die Schlussfolgerungen der IMPEL-Tagung vom 1.-3. Dezember 1999 über das IMPEL-Arbeitsprogramm für das Jahr 2000 sind als Anhang 1 wiedergegeben.

Einzelheiten über die Umsetzungsrechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die der Kommission für die in der Berichtszeit umzusetzenden Richtlinien der Gemeinschaft mitgeteilt wurden

Richtlinien der Gemeinschaft werden in den Mitgliedstaaten in der Regel durch Umsetzung in innerstaatliches Recht angewandt. Eine fristgerechte und korrekte Umsetzung ist für die praktische Anwendung einer Richtlinie von grundlegender Bedeutung. Im Hinblick auf eine bestmögliche Transparenz der Durchführung des Gemeinschaftsrechts und dadurch auf die genaue Unterrichtung der Staatsbürger darüber, wie die Richtlinien der Gemeinschaft in innerstaatliches Recht umgesetzt wurden, enthält der Jahresbericht Einzelheiten über die Umsetzungs-vorschriften der Mitgliedstaaten, die der Kommission für die während der Berichtszeit umzusetzenden Richtlinien mitgeteilt wurden. Anhang 2 enthält eine Tabelle mit den Einzelheiten der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die für die Richtlinien der Gemeinschaft oder Teile von solchen, deren Umsetzung vom Januar 1998 bis Dezember 1999 erforderlich war, mitgeteilt wurden:

- Richtlinie 96/54/EG zur 22. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (Frist: 31.5.1998)
- Richtlinie 96/56/EG zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (Frist: 1.6.1998)
- Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) (Frist: 16.3.1998)
- Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität (Frist: 21.5.1998)
- Richtlinie 97/49/EG zur Änderung der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Frist: 30.9.1998)
- Richtlinie 97/68/EG zur Angleichung der Rechtsvorschriften über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte (Frist: 30.6.1998)
- Richtlinie 97/69/EG zur 23. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (Frist: 16.12.1998)
- Richtlinie 98/15/EG zur Änderung der Richtlinie 91/271/EWG über kommunales Abwasser (Frist: 30.9.1998)

- Richtlinie 96/82/EG zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (Frist: 3.2.1999)
- Richtlinie 97/11/EG zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (Frist: 14.3.1999)
- Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (Frist: 30.10.1999)
- Richtlinie 98/73/EG zur 24. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Frist: 31.10.1999)
- Richtlinie 98/101/EG zur Anpassung der Richtlinie 91/157/EWG des Rates über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren an den technischen Fortschritt (Frist: 31.12.1999)
- Richtlinie 98/70/EG des Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Benzin und Gasöl zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates (Frist: 1.7.1999)

Aus den Tabellen in Anhang 2 geht deutlich hervor, dass nicht alle Mitgliedstaaten der Kommission die zur Umsetzung dieser Richtlinien erlassenen Rechtsvorschriften mitgeteilt haben oder dass die Mitgliedstaaten in Fällen, wo sie diese Vorschriften mitgeteilt haben, sie erst nach Ablauf des Umsetzungstermins notifiziert haben mögen. Im Hinblick auf eine korrekte Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft müssen die Mitgliedstaaten ihren diesbezüglichen Verpflichtungen unbedingt nachkommen, und zwar nicht nur durch eine rechtzeitige Umsetzung, sondern auch durch Mitteilung aller Einzelheiten über die Umsetzungsvorschriften an die Kommission. Die Kommission wird weiterhin die in Artikel 226 EG-Vertrag festgelegten Verfahren gegen solche Mitgliedstaaten anwenden, die die Richtlinien der Gemeinschaft nicht rechtzeitig oder nicht korrekt umsetzen.

Auszüge aus dem 16. Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (Kapitel „Umwelt“)

Damit der Jahresbericht auch als Nachschlagewerk dienen kann, wurde das Kapitel „Umwelt“ des „16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts“ ⁽¹⁸⁾ darin aufgenommen, das in Anhang 3 wiedergegeben ist.

Der Auszug aus dem 16. Jahresbericht beschreibt, wie die Kommission die Durchführung des Gemeinschaftsrechts überwacht, indem sie im Wesentlichen drei Aspekten Rechnung trägt:

Überwachung der Mitteilung der innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen, Prüfung der innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen auf Übereinstimmung mit den entsprechenden Richtlinien und Überwachung der praktischen Durchführung der Richtlinien und Verordnungen. Ist ein Mitgliedstaat in Verzug, so werden Verfahren gemäß Artikel 226 (ex-Artikel 169) EG-Vertrag eingeleitet.

Die Probleme sind in allen drei Kontrollbereichen ähnlich wie in den früheren Jahren. Verzögerungen bei der Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen an die Kommission sind in der Regel auf Verzögerung beim Erlassverfahren zurückzuführen, die ihrerseits den innerstaatlichen institutionellen und Verwaltungsstrukturen der Mitgliedstaaten, Umsetzungsmethoden, Schwierigkeiten in besonders empfindlichen Gebieten (beispielsweise im Bereich Chemikalien, Biotechnologie) usw. zuzuschreiben sind. Zahlreiche Vertragsverletzungsverfahren für mangelnde oder verspätete Umsetzung ließen sich vermeiden, wenn die betreffenden Mitgliedstaaten genau feststellten, inwieweit das Gemeinschaftsinstrument einer Umsetzung bedarf. In einigen Fällen mögen die bereits erlassenen Vorschriften ausreichen.

Im Bereich „unzulänglicher praktischer Durchführung von Richtlinien und Verordnungen“ wird die Kommission oft durch Beschwerden von Nichtregierungsorganisationen, der Öffentlichkeit oder Mitgliedern des Europäischen Parlaments über etwaige Vertragsverletzungen unterrichtet. Wegen der hohen Zahl solcher Beschwerden bereitet ihre effiziente Behandlung der Kommission zunehmend Schwierigkeiten; diese Zahl nahm 1998 noch zu, während in den beiden vorangegangenen Jahren ein Rückgang zu verzeichnen war. Eine Analyse der 1998 eingegangenen Beschwerden nach Hauptkategorien ergibt, dass jede zweite Klage den Naturschutz betraf und jede vierte die Umweltverträglichkeitsprüfung,

⁽¹⁸⁾ KOM(99) 301 endg. vom 9.7.1999.

während Probleme im Zusammenhang mit Abfällen höchstens in einem von zehn Fällen auftraten; dasselbe gilt für die Luft- und die Wasserverschmutzung.

Angesichts aller dieser Probleme bemühte sich die Kommission, ihre eigenen Regeln zur Behandlung der Vertragsverletzungsverfahren zu überarbeiten, um sie zu beschleunigen und wirksamer zu gestalten.

1998 leitete die Kommission nach dem damaligen Artikel 169 EG-Vertrag 15 Verfahren gegen Mitgliedstaaten beim Europäischen Gerichtshof ein [eines davon auf der Grundlage des Artikels 228 (ex-Artikel 171)] und versandte 118 ursprüngliche oder ergänzende „mit Gründen versehene Stellungnahmen“ (vier davon auf der Grundlage von ex-Artikel 171). Im Vergleich hierzu wurden 1997 37 Verfahren vor dem Gerichtshof eingeleitet und 69 „mit Gründen versehene Stellungnahmen“ abgegeben.

1998 machte die Kommission Umweltfälle weiterhin aufgrund des damaligen Artikels 171 EG-Vertrag wegen Nichteinhaltung der Umweltregelungen beim Europäischen Gerichtshof anhängig; dieser Artikel ermöglicht es der Kommission, einen Mitgliedstaat wiederum beim Gerichtshof zu verklagen, wenn er einem aufgrund des damaligen Artikels 169 abgegebenen Urteil nicht nachgekommen ist, und eine Geldstrafe zu beantragen. Der damalige Artikel 171 hat sich als sehr effizientes Werkzeug bestätigt: die meisten eingeleiteten Verfahren konnten beigelegt werden (sieben von zehn Fällen, in denen die Kommission seit Januar 1997 Geldstrafen beantragt hatte).

In der Zeit zwischen Erstellung dieses Arbeitsdokuments und seiner offiziellen Annahme als Dokument SEC(2000) 1219 wurde der 17. Jahresbericht über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts von der Kommission beschlossen [KOM(2000) 92]. Er kann auf der Europa-Website unter http://www.europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/infringements/report99_en.htm gefunden werden. Das Umweltkapitel (2.12) beginnt auf Seite 59.

Schlussfolgerungen

Die im ersten Jahresbericht beschriebene Arbeit ist im Zeitraum 1998/99 fortgeführt und zahlreiche der in der Mitteilung der Kommission von 1996 enthaltenen Empfehlungen sind verwirklicht worden. Besonders erfreulich ist der Fortschritt im Bereich des Vorschlags für eine Empfehlung des Rates über Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten, da eine frühzeitige Anwendung der Leitlinien eine einheitlichere Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten zur Folge haben wird.

Eine Bewertung der Ergebnisse des Fünften Aktionsprogramms der Gemeinschaft für den Umweltschutz hat ergeben, dass sich die Umweltqualität trotz einiger positiver Ergebnisse und trotz des dreißigjährigen Bestehens von Umweltvorschriften im Allgemeinen nicht verbessert hat. Einer der Gründe hierfür ist die Tatsache, dass die Durchführung der Umweltvorschriften oft zu wünschen übrig lässt. Dies äußert sich deutlich in der hohen Zahl der Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten. Die künftigen Anstrengungen sollten sich auf die Durchführung konzentrieren, wenn auch neue Rechtsvorschriften sicherlich erforderlich sind: In erster Linie ist sicherzustellen, dass die einzelstaatlichen Verwaltungen ihren Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und ihren moralischen Verpflichtungen gegenüber den Staatsbürgern nachkommen. Staatsbürger, Industrie und Nichtregierungsorganisationen haben ebenfalls eine Rolle zu spielen. Mit dieser Zielsetzung wird die Kommission weiterhin versuchen, mit den in diesem Bericht beschriebenen Mitteln (gegebenenfalls einschließlich der Unterstützung durch IMPEL) die Durchführung des bereits erlassenen Umweltrechts zu gewährleisten, das Bewusstsein der Öffentlichkeit für Umweltbelange zu wecken und eine möglichst weitgehende Teilnahme der Öffentlichkeit an der Debatte über die Verbesserung und den Ausbau der Umweltpolitik sicherzustellen. Der wichtigste Grundsatz des Fünften Aktionsprogramms für den Umweltschutz – die Notwendigkeit der Integration, der Ausweitung der Instrumentarien und die Einbeziehung aller Akteure auf allen Niveaus – hat weiterhin Geltung und nichts an Bedeutung eingebüßt. Der Ansatz muss nunmehr im Sechsten Aktionsprogramm, das zur Zeit geprüft wird, vertieft werden, um eine stärkere Anteilnahme und Verantwortung im Umweltbereich herbeizuführen.

ANHANG 1

Arbeitsprogramm von IMPEL für die Jahre 1997, 1998, 1999 und 2000

Arbeitsprogramm von IMPEL 1997

(Stand vom Dezember 1999)

(Gleiche Nummerierung der Projekte in den Arbeitsprogrammen für 1997, 1998 und 1999)

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln 1997 (ECU)	Begünstigter	Bemerkungen
1. Wechselbeziehungen zwischen integrierter Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, Umweltverträglichkeitsprüfung und den Seveso-Richtlinien und der Verordnung über das Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung	29 087 (nicht angenommen wegen Anlaufverzögerung)	Italien	Projektbeginn bis 1998 verzögert. Der Bericht wurde im Dezember 1998 vorgelegt und anschließend veröffentlicht.
2. Entwicklung integrierter Genehmigungen und Inspektionen von Industrieanlagen in der Europäischen Union („Bohne“-Projekt)	40 096	Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	Dieses Projekt umfasste eingehende Befragungen der Mitgliedstaaten, Behörden, Akteure und von Beamten der Kommission. Ein Zwischenbericht wurde veröffentlicht; der Schlussbericht sollte Anfang 2000 vorliegen.
3. Praktischer Leitfaden für die Durchführung des EG-Umweltrechts	29 211	Berater	Dieses Projekt hätte von der Kommission zu 100 % finanziert werden sollen. Es wurde wegen Konkurses des Beraters gestrichen.
4. Arbeitstreffen über den Zugang zu Umweltinformationen	27 448	Nichtregierungsorganisation	Dank diesem Arbeitstreffen wurde ein Bericht erstellt, der als eine der Unterlagen des Berichts „Empfehlungen für die Prüfung und Überarbeitung der Richtlinie 90/313“ verwendet wurde.
5. Studie/Seminar über den Zugang zur Justiz	36 566	Berater	100%ige Finanzierung durch die Kommission. Der Bericht wurde für die Kommission abgefasst, doch sind die diesbezüglichen Änderungen als IMPEL-Unterlagen zu verabschieden.
6. Beschwerden	39 598	Berater	
7. Rechtsstatus gemäß dem Gemeinschaftsrecht	23 658	Universität	
8. IMPEL Inspect (Quellenverzeichnis für Inspektoren)	31 435	Niederlande	Der Bericht wurde im Juni 1999 angenommen und wird demnächst veröffentlicht.

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln 1997 (ECU)	Begünstigter	Bemerkungen
9. Projekt über Durchsetzungspraktiken im Bereich der Umwelt (PEEP) (Ergänzung zum Programm für den Austausch von Inspektoren)	40 520	Niederlande	Die Pilotphase und die erste Phase sind abgeschlossen, und der Bericht wurde im Juni 1999 angenommen. Die zweite Phase läuft zurzeit an, und ein Bericht wird zu gegebener Zeit vorgelegt; geeignete Mandate werden in Helsinki erteilt.
10. Programm für den Austausch von Inspektoren – EU MS	84 254	Niederlande	Fortsetzung der Serie von Austauschprogrammen, die vor 1997 in anderen Mitgliedstaaten anliefen. Abschluss mit dem griechischen Programm im November 1999.
11. Leitfaden für die praktische Durchführung	13 602	Eurocities/ Rotterdam (Berater)	
12. Strafrechtliche Durchsetzung des Umweltrechts (Projekt „Metro“)	12 991	Dänemark	Die Sitzung der Gruppe fand im April 1997 und September 1998 statt. Der Bericht (Metro-Bericht) ist demnächst abgeschlossen und dürfte im Dezember 1999 in Helsinki angenommen werden.
13. Arbeitstreffen über Lizenzerteilungs- und Durchsetzungspraktiken in einer mit Alternativbrennstoffen befeuerten Zementanlage	22 765	Österreich	Das Arbeitstreffen fand im Mai 1998 statt, und ein Bericht wurde angenommen und veröffentlicht.
14. Kleine und mittlere Unternehmen und Umwelt	6 115	Luxemburg	Die Sitzung in Luxemburg führte zu Konferenzen des Vereinigten Königreichs über kleine und mittlere Unternehmen im Jahr 1998.
Gesamtbetrag	437 346		

NB: Mehrere größere Projekte, beispielsweise das Austauschprogramm „Inspections' Cluster Minimum Criteria for Inspections“ und das Programm für den Austausch von Inspektoren liefen vor 1997 an und wurden 1997 abgeschlossen oder fortgesetzt.

Arbeitsprogramme von IMPEL 1998

(Stand vom Dezember 1999)

(Gleiche Nummerierung der Projekte in den Arbeitsprogrammen für 1997, 1998 und 1999)

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln 1998 (ECU)	Begünstigter	Bemerkungen
1. Wechselbeziehungen zwischen integrierter Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung, Umweltverträglichkeitsprüfung und den Seveso-Richtlinien und der Verordnung über das Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung	34 061	Italien	Arbeitstreffen vom 4./5. Juni, 17./18. September, 26./27. November. Annahme des Berichts im Dezember 1998, anschließend Veröffentlichung.
2. Entwicklung integrierter Genehmigungen und Inspektionen von Industrieanlagen in der Europäischen Union („Bohne“-Projekt)	44 000 (zweite Phase) 41 586 (dritte Phase)	Hochschule für Verwaltungs- wissenschaften Speyer	Zweite und dritte Phase kombiniert. Zwischenbericht vorgelegt. Der Schlussbericht soll Anfang 2000 fertig gestellt werden.
12. Strafrechtliche Durchsetzung des Umweltrechts (Projekt „Metro“)			Eine Sitzung der Gruppe fand im April 1998 in Helsinki statt.
15. Seminar über nachhaltige industrielle Entwicklung	25 000	Frankreich	Ein Seminar fand am 26./27. Mai statt.
16. Programm für den Austausch von Inspektoren (Serie von Austauschprogrammen)	40 000	Spanien	EP: 22.-28. März
17. Programm für den Austausch von Inspektoren (Serie von Austauschprogrammen)	39 761	Schweden	EP: 14.-18. Juni
18. Inspektions-„Cluster“ (einschließlich Mindestkriterien, Planung, Überwachung und Berichterstattung, Inspektionshäufigkeit und Anleitungen für die Selbstüberwachung)	50 000	Vereinigtes Königreich	1998 wurde der Bericht „Mindestkriterien“ angenommen. Dieser Beitrag trug zur Finanzierung der Aufnahme der Arbeiten über andere Berichte dieser Serie bei.
19. KMU: Information und Bildung	3 000	Vereinigtes Königreich	Ein Arbeitstreffen über KMU wurde im Juni 1998 als Folge des oben erwähnten Luxemburger Projekts veranstaltet.
20. Programm für den Austausch von Inspektoren (in der Reihe der Austauschprogramme)	39 887	Italien (ANPA)	EP: 4.-9. Oktober 1998

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln 1998 (ECU)	Begünstigter	Bemerkungen
21. Diffuse Emissionen	29 305 (nicht angelaufen)	Niederlande	Das Anlaufen des Projekts wurde bis 1999 verzögert.
22. Aus Unglücksfällen gezogene Lektionen	27 500	Frankreich	Wegen mangelnder Beteiligung zurückgezogen. Das Projekt wurde auf 1999 vertagt, als das Seminar auf Kosten der französischen Regierung veranstaltet wurde.
Gesamtbetrag	374 100		

Arbeitsprogramme von IMPEL 1999

(Stand vom Dezember 1999)

(Gleiche Nummerierung der Projekte in den Arbeitsprogrammen für 1997, 1998 und 1999)

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln (EUR)	Begünstigter	Bemerkungen
2. Entwicklung integrierter Genehmigungen und Inspektionen von Industrieanlagen in der Europäischen Union („Bohne“-Projekt)	Keine weitere Zuteilung von Mitteln	Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer	Der Bericht soll Anfang 2000 fertig gestellt werden.
12. Strafrechtliche Durchsetzung des Umweltrechts (Projekt „Metro“)			Eine Schlussitzung der Arbeitsgruppe fand im Oktober 1999 statt. Der Bericht soll im Dezember in Helsinki angenommen werden.
18. Planung und Berichterstattung über Inspektionen	5 600	Vereinigtes Königreich	Der Bericht wurde im Juni angenommen und ist veröffentlicht worden.
20. Diffuse Emissionen	Keine weitere Zuteilung von Mitteln	Niederlande	Entwurf des Berichts im Dezember 1999 zur Diskussion im Januar.
23. Zugang zur Justiz — Arbeitstreffen	Ganz von den Niederlanden finanziertes Projekt		Auf einem Sachverständigentreffen im Januar werden die im Prieur-Bericht enthaltenen Länderberichte endgültig ausgearbeitet – siehe Projekte 5, 6, und 7 des endgültigen Arbeitstreffens im April.
24. Änderungen industrieller Betriebsvorgänge (im Rahmen der Richtlinie über integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung)	14 000	Finnland	Fragebögen wurden im Dezember verteilt, und ein Arbeitstreffen wurde im Dezember abgehalten. Der Bericht ist Anfang 2000 fällig.
25. Anwendung allgemeiner verbindlicher Regeln (aufgrund der Richtlinie über integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung dürfen die Mitgliedstaaten allgemeine verbindliche Regeln nach eigenem Ermessen erlassen)	40 000	Vereinigtes Königreich	Das Projekt soll im Dezember anlaufen; der Bericht wird bis Dezember 2000 erstellt werden.
26. Beteiligung der Öffentlichkeit im Umweltbereich	46 000	Italien	Die Arbeitsgruppe soll später in diesem Monat und im Frühjahr 2000 zusammentreten.
27. Arbeitstreffen über integrierte Genehmigung	16 800	Irland	Ein Fragebogen wurde verteilt; Anträge auf fiktive Genehmigungen im Hinblick auf integrierte Verminderung und Vermeidung der Umweltverschmutzung werden zurzeit ausgearbeitet. Arbeitstreffen im April 2000.

Name des Projekts	Zuschuss aus IMPEL-Mitteln (EUR)	Begünstigter	Bemerkungen
28. Datenblätter für KMU: Druckindustrie	10 000	Schweden	Ein Fragebogen wird zurzeit verteilt. Ein Arbeitstreffen wird im April 2000 stattfinden; die Datenblätter sollen im Juni vorliegen.
29. Arbeitstreffen über den Einsatz chlorierter Kohlenwasserstoffe	35 000	Österreich	Das Arbeitstreffen soll im März 2000 stattfinden.
30. Beste Praxis bei der Überwachung der Einhaltung	9 600	Vereinigtes Königreich	Eine Sitzung zur Festlegung des Geltungsbereichs dieses Projekts soll im Dezember stattfinden.
31. Programm für den Austausch von Inspektoren (letzte Serie von Austauschprogrammen)	86 000	Griechenland	Das Austauschprogramm soll Mitte November stattfinden.
32. Vergleichsprojekte für Inspektoren (es handelt sich um die Fortsetzung des Austauschprojekts – siehe 10, 16, 17, 20 und 31 oben)	20 000	Dänemark und Niederlande	Das dänische Programm wurde im Oktober durchgeführt; das niederländische wird bis April verschoben (d. h., dass nächstes Jahr ein neuer Finanzierungsantrag gestellt werden wird).
33. Erfahrungen aus Unglücksfällen (2)	Ganz von Frankreich finanziertes Projekt		Ein Seminar fand im April statt; ein Bericht soll im Dezember in Helsinki angenommen werden.
34. Konferenz über Einhaltung und Durchsetzung	100 000	Österreich	Arbeiten über diese Konferenz, die im Oktober in Österreich stattfinden soll, sind angelaufen.
Gesamtbetrag	383 000		

Schlussfolgerungen der Sitzung des IMPEL vom 1. bis 3. Dezember 1999 für das Arbeitsprogramm von IMPEL im Jahr 2000

(Kursiv gedruckte Projekte werden aus 1999 übertragen)

Nr.	Mitglied- staat	Titel	Finanzielle Anforderung an die Haushaltsmittel von IMPEL im Jahre 2000 (EUR) Die fett gedruckten Beträge entsprechen den Projektkosten insgesamt
1	NL	<i>Zugang zur Justiz</i>	
2	FIN	<i>Änderungen industrieller Betriebsvorgänge/ Überwachung des Umweltschutzes</i>	
3	UK	<i>Anwendung allgemeiner verbindlicher Regeln/ Überwachung des Umweltschutzes</i>	
4	I	<i>Beteiligung der Öffentlichkeit</i>	
5	I	<i>Seminar über die Wechselbeziehungen zwischen verschiedenen Instrumenten</i>	
6	IRL	<i>Arbeitstreffen über integrierte Genehmigungserteilung</i>	
7	D	<i>Entwicklung der integrierten Genehmigungserteilung</i>	
8	A	<i>Konferenz über Einhaltung und Durchsetzung</i>	
9	S	<i>Datenblätter für KMU</i>	
10	A	<i>Arbeitstreffen über die Verwendung chlorierter Kohlenwasserstoffe</i>	
11	UK	<i>Beste Praktiken zur Überwachung der Einhaltung</i>	
12	S	<i>Austausch und Ausbildung</i>	
13	NL	<i>Diffuse Emissionen</i>	
14	NL	<i>Lehrgangsverzeichnis</i>	
15	NL	TFS	Angelaufene und vorgeschlagene TFS-Projekte, jedoch wird keine Finanzierung aus IMPEL-Mitteln beantragt.
16	NL	Vergleichsprojekt für Inspektoren	36 000 60 000
17	I	Genehmigungserteilung und Durchsetzung in dem der Öffentlichkeit zugänglichen Teil von Flughäfen	Das Mandat ist unter Berücksichtigung der Erweiterung des Projektbereichs neu abzufassen.
18	UK	Projekt über Durchsetzungspraktiken im Bereich der Umwelt (PEEP)	30 000 50 000
19	EL	Einhaltung und Durchsetzung des EU-Umweltrechts durch Industriebetriebe der Lebensmittelherstellung und -verarbeitung	66 000 110 000

Nr.	Mitglied- staat	Titel	Finanzielle Anforderung an die Haushaltsmittel von IMPEL im Jahre 2000 (EUR) Die fett gedruckten Beträge entsprechen den Projektkosten insgesamt
20	FIN	Vergleichsprojekt für Inspektoren	25 000 42 000
21	F	Aus Unglücksfällen erhaltene Erfahrungen	
22	NL	Seminar über 4 Instrumente (gemeinsam mit AC-IMPEL)	
23	Zu ent- scheiden	Ausbildung und Qualifikation von Inspektoren	Vom „Cluster“ 1 (Ausbildung und Austausch) abzufassendes Mandat
24	UK	Freiwillige Regelung für die Prüfungs- und Aufsichtspraxis	
Insgesamt zu beantragende Mittel der Kommission			157 000

ANHANG 2

Mitgeteilte Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der im Berichtszeitraum in Kraft getretenen Gemeinschaftsrichtlinien (bis zum 30. März 2000 eingegangene Notifizierungen)

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31-35 Umsetzungsfrist: 16.3.1998
Belgien	<ol style="list-style-type: none">01. Besluit van de Vlaamse regering van 24 maart 1998 tot wijziging van het besluit van de Vlaamse regering van 1 juni 1995, Belgisch Staatsblad van 30 april 199802. Arrêté du gouvernement wallon relatif à l'élimination des polychlorobiphényles et des polychloroterphényles. Référence: <i>Moniteur belge</i> du 22.5.1999, p. 18254. SG(1999)A/1599803. Arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale relatif à la planification de l'élimination des polychlorobiphényles et des polychloroterphényles. Référence: <i>Moniteur belge</i>, 4.8.1999, p. 29104. SG(1999)A/1599804. Arrêté ministériel établissant un plan régional d'élimination et de décontamination des PCB/PCT05. Besluit van de Vlaamse regering van 17 december 1997 tot vaststelling van het Vlaams reglement inzake afvalvoorkoming en -beheer (VLAREA), Belgisch Staatsblad van 16 april 1998, blz. 11299
Dänemark	<ol style="list-style-type: none">01. Bekendtgørelse nr. 718 af 9. oktober 1986 om begrænsninger i anvendelse af pcb og pct. Miljøministeriet, j.nr. D 86-27001-14. Lovtidende A 1986, hæfte nr. 78, udgivet den 25. oktober 1986 s. 277402. Bekendtgørelse af 13. december 1998 om pcb, pct og erstatningsstoffer herfor. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. 3014-0012. Lovtidende A, hæfte udgivet den 28. december 1998.03. Bekendtgørelse om håndtering af affald af elektriske og elektroniske produkter. Statstidende nr. 1067 af 22. december 1998. SG(99)A/1229204. Bekendtgørelse om affald. Ref: Statstidende nr. 299 af 30. april 1997. SG(99)A/12292
Deutschland	Bislang keine Notifizierung
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	<ol style="list-style-type: none">01. Real Decreto 1378/1999, de 27 de agosto, por el que se establecen medidas para la eliminación y gestión de los policlorobifenilos, policloroterfenilos y aparatos que los contengan
Frankreich	<ol style="list-style-type: none">01. Loi n° 96-151 du 26 février 1996 relative aux transports, Journal officiel du 27 février 1996, p. 309402. Arrêté ministériel du 10 octobre 1996 relatif aux installations spécialisées d'incinération et aux installations de coïncinération de certains déchets industriels spéciaux, Journal officiel du 16 octobre 1996, p. 1509803. Décret n° 87-59 du 2 février 1987 relatif à la mise sur le marché, à l'utilisation et à l'élimination des polychlorobiphényles et polychloroterphényles, Journal officiel du 4 février 1987, p. 127204. Décret n° 92-1074 du 2 octobre 1992 relatif à la mise sur le marché, à l'utilisation et à l'élimination de certaines substances et préparations dangereuses, Journal officiel du 4 octobre 1992, p. 13806

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31-35 Umsetzungsfrist: 16.3.1998
	05. Décret n° 97-503 du 21 mai 1997 portant mesures de simplification administrative, Journal officiel du 22 mai 1997, p. 7690
Irland	01. The Waste Management Act, 1996, No 10 of 1996 02. The Waste Management (Licensing) Regulations, 1997, Statutory Instruments No 133 of 1997 03. The Dumping at Sea Act, 1981
Italien	01. Legge, disposizioni per l'adempimento di obblighi derivanti dall'appartenenza dell'Italia alle Comunità europee (legge comunitaria 1995-1997, del 24 aprile 1998, n. 128, Supplemento ordinario n. 88/L alla Gazzetta ufficiale, serie generale, del 7 maggio 1998, n. 104. 02. Decreto legislativo 22 maggio 1999, n. 209. Attuazione della Direttiva 96/59/CE relativa allo smaltimento dei policlorodifenili e dei policlorotrifenili. In GURI, serie generale, n. 151 del 30 giugno 1999.
Luxemburg	01. Règlement grand-ducal du 24 février 1998 — concernant l'élimination des polychlorobiphényles et des polychloroterphényles (PCB et PCT) — portant septième modification de l'annexe 1 de la loi modifiée du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses, <i>Mémorial A</i> , p. 400
Niederlande	01. Regeling van de minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer van 30 juli 1998 houdende implementatie van Richtlijn 96/59/EG van de Raad van de Europese Unie betreffende de verwijdering van polychloorbifenylen en polychloorterfenylen (PCB's/PCT's) (PB L 42) (Regeling verwijdering PCB's).
Österreich	01. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über das Verbot von halogenierten Biphenylen, Terphenylen, Naphthalinen und Diphenylmethanen, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 210/1993, ausgegeben am 23. März 1993 02. Bundesgesetz vom 6. Juni 1990 über die Vermeidung und Behandlung von Abfällen, mit dem das Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987, das Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965, die Gewerbeordnung 1973, BGBl. Nr. 50/1974, das Altlastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetz, BGBl. Nr. 79/1987, und das Umweltfondsgesetz, BGBl. Nr. 567/1983, geändert werden (Abfallwirtschaftsgesetz – AWG), Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 325/1990 03. Bundes-Abfallwirtschaftsplan
Portugal	01. Decreto-Lei n.º 277/99, de 23 de Julho. Diário da República, J-170, 23 de Julho de 1999, p. 4604.
Finnland	01. Valtioneuvoston päätös PCB:n ja PCT:n käytön rajoittamisesta / Statsrådets beslut om begränsning av användningen av PCB och PCT (1071/89) 30.11.1989 SG(1999)A/16022 02. Valtioneuvoston päätös pentakloorifenolin sekä monometyylitetraklooridifenyyylimetaanin, monometyylidiklooridifenyyylimetaanin ja monometyylibromidifenyyylimetaanin markkinoille luovuttamisen ja käytön rajoittamisesta / Statsrådets beslut om begränsning av introduktion på marknaden och användning av pentaklorfenol samt monometyltetrakloridifenylmetan, monometyldikloridifenylmetan och monometyldibromidifenylmetan (846/93) 23.9.1993 SG(1999)A/16022 03. Valtioneuvoston päätös ongelmajätteiden poltosta / Statsrådets beslut om förbränning av problemavfall (842/97) 28.8.1997 04. Valtioneuvoston päätös PCB:n ja PCB-laitteistojen käytöstä poistamisesta sekä PCB-jätteenkäsittelystä / Statsrådets beslut om tagande ur bruk av PCB och PCB-utrustning samt behandling av PCB-avfall (711/98) 24.9.1998 SG(1999)A/16022

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) ABl. L 243 vom 24.9.1996, S. 31-35 Umsetzungsfrist: 16.3.1998
	05. Valtioneuvoston päätös ongelmajätteistä annettavista tiedoista sekä ongelmajätteiden pakkaamisesta ja merkitsemisestä / Statsrådets beslut om uppgifter som skall lämnas om problemavfall samt om förpackning och märkning av problemavfall (659/96) 06. Jätelaki/Avfallslag (1072/93) 3.12.1993 07. Merensuojelulaki/Havsskyddslag (1415/94) 29.12.1994 08. Ympäristölupamenettelylaki / Lag om miljötillståndsförfarande (735/91) 09. Ympäristömenettelyasetus / Förordning om miljötillståndsförfarande (772/92) 10. Landskapslag om renhållning (3/81) 8.1.1981, med senaste ändring (91/98) 4.9.1998, Ålands författningssamling 11. Landskapsförordning om PCB-avfall (110/98) 12.11.1998, Ålands författningssamling 12. Landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av ett statsrådsbeslut om förbränning av farligt avfall (94/98) 29.9.1998, Ålands författningssamling 13. Landskapsförordning om ändring av landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av riksförfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (107/98) 12.11.1998
Schweden	01. Förordning om bortskaffande av PCB m.m., Svensk författningssamling (SFS) 1998:122 02. Förordning om farligt avfall, Svensk författningssamling (SFS) 1996:971 03. Förordning om PCB m.m., Svensk författningssamling (SFS) 1985:837 04. Lag om förbud mot dumpning av avfall i vatten, Svensk författningssamling (SFS) 1971:1154 05. Förordning om förbränning av farligt avfall, Svensk författningssamling (SFS) 1997:692
Vereinigtes Königreich	Bislang keine Notifizierung

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität ABl. L 296 vom 21.11.1996, S. 55-63 Umsetzungsfrist: 21.5.1998
Belgien	01. Arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 25 novembre 1993 relatif au contrôle du respect des dispositions légales et réglementaires en matière d'environnement, <i>Moniteur belge</i> du 4.12.1993 02. Loi du 28 décembre 1964 relative à la lutte contre la pollution atmosphérique, <i>Moniteur belge</i> du 15.1.1965 03. Arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 18 juillet 1996 portant création d'un service scientifique au sein de l'Institut bruxellois pour la gestion de l'environnement: le Laboratoire de recherche en environnement — Besluit van de regering van het Brussels Hoofdstedelijk Gewest van 18 juli 1996 tot de oprichting van een wetenschappelijke dienst binnen het Brussels Instituut voor milieubeheer: het Laboratorium voor milieuonderzoek, <i>Moniteur belge</i> du 27.11.1996, p. 29844 04. Arrêté du 6 décembre 1996 du ministre de l'environnement et de la politique de l'eau, de la rénovation, de la conservation de la nature et de la propreté publique — Besluit van 6 december 1996 van de minister van Leefmilieu en Waterbeleid, Renovatie, Natuurbehoud en openbare Netheid, <i>Moniteur belge</i> du 10.1.1997, p. 550 05. Arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 23 juin 1994 relatif aux conditions générales et à la procédure d'agrément de laboratoires pour la Région de Bruxelles-Capitale, <i>Moniteur belge</i> du 15.7.1994 06. Accord de coopération du 18 mai 1994 entre les Régions de Bruxelles-Capitale, flamande et wallonne en matière de surveillance des émissions atmosphériques et de structuration des données, <i>Moniteur belge</i> du 24.6.1994 07. Besluit van de Vlaamse regering van 24 maart 1998 tot wijziging van het besluit van de Vlaamse regering van 1 juni 1995, Belgisch Staatsblad van 30 april 1998
Dänemark	Bislang keine Notifizierung
Deutschland	Bislang keine Notifizierung
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	Bislang keine Notifizierung
Frankreich	01. Loi n° 96-1236 du 30 décembre 1996 sur l'air ambiant et l'utilisation rationnelle de l'énergie, Journal officiel du 1 ^{er} janvier 1997 02. Décret n° 98-360 du 6 mai 1998 relatif à la surveillance de la qualité de l'air et de ses effets sur la santé et sur l'environnement, aux objectifs de la qualité de l'air, aux seuils d'alerte et aux valeurs limites, Journal officiel du 13 mai 1998, p. 7196 03. Décret n° 98-361 du 6 mai 1998 relatif à l'agrément des organismes de surveillance de la qualité de l'air, Journal officiel du 13 mai 1998 04. Décret n° 98-362 du 6 mai 1998 relatif aux plans régionaux pour la qualité de l'air, Journal officiel du 13 mai 1998 05. Décret n° 74-415 du 15 mai 1974 relatif au contrôle des émissions polluantes dans l'atmosphère et à certaines utilisations de l'énergie thermique, Journal officiel du 20 avril 1996, p. 6083 06. Accord-cadre du 9 octobre 1995 — Laboratoire central de surveillance de la qualité de l'air
Irland	01. Environmental Protection Agency Act, 1992 (Ambient Air Quality Assessment and Management) Regulations, 1999, statutory Instruments No 33 of 1999
Italien	01. Decreto legislativo 4 agosto 1999, n. 351. Attuazione della direttiva 96/62/CE in materia di valutazione e di gestione della qualità dell'aria ambiente. In GURI, serie generale, n. 241, del 13 ottobre 1999.
Luxemburg	01. Loi du 17 mars 1998 modifiant la loi modifiée du 21 juin 1976 relative à la lutte contre la pollution de l'atmosphère, <i>Mémorial A</i> du 3.4.1998, p. 403

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität ABl. L 296 vom 21.11.1996, S. 55-63 Umsetzungsfrist: 21.5.1998
	02. Règlement grand-ducal du 17 mars 1998 portant application de la directive 96/62/CE du Conseil du 27 septembre 1996 concernant l'évaluation et la gestion de la qualité de l'air ambiant, <i>Mémorial A</i> du 3.4.1998, p. 404 03. Règlement grand-ducal du 17 mars 1998 portant exécution de la décision 97/101/CE du Conseil du 27 janvier 1997 établissant un échange réciproque d'informations de données provenant des réseaux et des stations individuelles mesurant la pollution de l'air dans les États membres, <i>Mémorial A</i> du 3.4.1998, p. 407 04. Texte coordonné du 3 avril 1998 de la loi du 21 juin 1976 relative à la lutte contre la pollution de l'atmosphère, telle qu'elle a été modifiée par: 1) la loi du 10 août 1992 concernant: la liberté d'accès à l'information en matière d'environnement; le droit d'agir en justice des associations de protection de la nature et de l'environnement; 2) la loi du 27 juillet 1993 attribuant des compétences nouvelles et modifiant les compétences actuelles de l'administration des douanes et accises concernant la fiscalité indirecte et les attributions policières; 3) la loi du 29 juillet 1993 concernant la protection et la gestion de l'eau; 4) la loi du 17 mars 1998 modifiant la loi modifiée du 21 juin 1976 relative à la lutte contre la pollution de l'atmosphère, <i>Mémorial A</i> du 3.4.1998, p. 408
Niederlande	01. Wet van 26 maart 1998 tot wijziging van de wet Milieubeheer en de wet inzake de luchtverontreiniging, Staatsblad nr. 221 van 1998 02. Besluit van 24 april 1998, houdende uitvoering van de EG-kaderrichtlijn luchtkwaliteit (Besluit uitvoering EG-kaderrichtlijn luchtkwaliteit), Staatsblad nr. 271 van 1998
Österreich	01. Bundesgesetz zum Schutz vor Immissionen durch Luftschadstoffe, mit dem die Gewerbeordnung 1994, das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen, das Berggesetz 1975, das Abfallwirtschaftsgesetz und das Ozongesetz geändert werden (Immissionsschutzgesetz – Luft, IG-L), Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 115/1997, ausgegeben am 30. September 1997
Portugal	01. Decreto-Lei n.º 276/99, de 23 de Julho. Diário da República, J.170, 23 de Julho de 1999, p. 4599. 02. Portaria n.º 29-B/98 de 15 de Janeiro de 1998. Estabelece as regras de funcionamento dos sistemas de consignação aplicáveis às embalagens reutilizáveis e às não reutilizáveis, bem como as do sistema integrado aplicável apenas às embalagens não reutilizáveis. Revoga a Portaria n.º 313/96, de 29 de Julho, Diário da República, I Série A, n.º 12 de 15 de Janeiro de 1998, p. 168-(2)
Finnland	01. Ilmansuojelulaki/Luftvårdslag (69/82) 25.1.1982, Suomen säädöskokoelma / Finlands författningssamling 29.1.1982 02. Ilmansuojeluasetus/Luftvårdsförrdning (716/82) 24.9.1982, Suomen säädöskokoelma / Finlands författningssamling 29.9.1982 03. Laki ilmatieteen laitoksesta / Lag om meteorologiska institutet (585/67) 22.12.1967, Suomen säädöskokoelma / Finlands författningssamling 29.12.1967 04. Asetus ilmatieteen laitoksesta / Förrdning om meteorologiska institutet (212/95) 17.2.1995, Suomen säädöskokoelma / Finlands författningssamling 22.2.1995 05. Landskapslag om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften (32/91) 2.4.1991, Ålands författningssamling 25.4.1991
Schweden	01. Hälsoskyddslag, Svensk författningssamling (SFS) 1982:1080 02. Hälsoskyddsförrdning, Svensk författningssamling (SFS) 1983:616 03. Förrdning om luftförrdning genom ozon, Svensk författningssamling (SFS) 1997:693 04. Förrdning om miljö kvalitetsnormer, Svensk författningssamling (SFS) 1998:897 05. Miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 1998:808
Vereinigtes Königreich	Bislang keine Notifizierung

Mitgliedstaat	<p>Richtlinie 96/54/EG der Kommission vom 30. Juli 1996 zur zweiundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>ABl. L 248 vom 30.9.1996, S. 1-230</p> <p>Umsetzungsfrist: 31.5.1998</p>
Belgien	<p>01. Arrêté royal du 25 novembre 1999 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement</p> <p>02. Arrêté royal du 14 décembre 1998 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 mei 1982 houdende reglementering van het in de handel brengen van stoffen die gevaarlijk kunnen zijn voor de mens of voor zijn leefmilieu, <i>Moniteur belge</i> du 16.1.1999, p. 1290</p> <p>03. Arrêté royal du 15 janvier 1999 modifiant l'arrêté royal du 11 janvier 1993 réglementant la classification, l'emballage et l'étiquetage des préparations dangereuses en vue de leur mise sur le marché ou de leur emploi — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 11 januari 1993 tot regeling van de indeling, de verpakking en het kenmerken van gevaarlijke preparaten met het oog op het op de markt brengen of het gebruik ervan, <i>Moniteur belge</i> du 24.2.1999, p. 5416</p>
Dänemark	<p>01. Bekendtgørelse nr. 800 af 23. oktober 1997 om ændring af bekendtgørelse om anmeldelse af nye kemiske stoffer. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. M 7014-0010</p> <p>02. Bekendtgørelse nr. 829 af 6. november 1997 af listen over farlige stoffer</p> <p>03. Bekendtgørelse nr. 801 af 23. oktober 1997 om klassificering, emballering, mærkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. M 7014-0004</p>
Deutschland	<p>01. Bekanntmachung einer Änderung der Liste der gefährlichen Stoffe und Zubereitungen nach § 4 a der Gefahrstoffverordnung vom 7. März 1997, Bundesanzeiger Nr. 110 a vom 19. Juni 1997</p> <p>02. Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung vom 18. Oktober 1999, BGBl. I S. 2059 SG(1999)A/16003</p>
Griechenland	<p>01. Décision ministérielle n° 590/1997 du 9 mars 1998, FEK B n° 294 du 26 mars 1998, p. 2869</p> <p>02. Décision ministérielle n° 455/1998 du 22 décembre 1998, portant modification de la décision n° 378/94 — FEK B n° 1314 du 31 décembre 1998, p. 15533</p>
Spanien	<p>01. Orden de 30 de junio de 1998 por la que se modifican los anexos I, III y IV del Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo. <i>Boletín Oficial del Estado</i> número 160 de 6 de julio de 1998, página 22374 (marginal 16039)</p>
Frankreich	<p>01. Arrêté ministériel du 8 juin 1998, modifiant l'arrêté ministériel du 20 avril 1994 définissant les critères de classification et les conditions d'étiquetage et d'emballage des substances dangereuses, Journal officiel du 3 juillet 1998</p>
Irland	<p>01. European Communities (Classification, Packaging, Labelling and Notification of Dangerous Substances) (Amendment) Regulations, 1998, Statutory Instruments No 317 of 1998</p> <p>02. European Communities (Classification, Packaging and Labelling of Dangerous Preparations) (Amendment) Regulations, 1998, Statutory Instruments No 354 of 1998</p>
Italien	<p>01. Decreto ministeriale del 28 aprile 1997, attuazione dell'articolo 37, commi 1 e 2, del decreto legislativo 3 febbraio 1997, n. 52, concernente classificazione, imballaggio ed etichettatura delle sostanze pericolose, Supplemento ordinario n. 164 alla Gazzetta ufficiale, serie generale, del 19 agosto 1997, n. 192, pag. 3</p>
Luxemburg	<p>01. Règlement grand-ducal du 19 juin 1998 modifiant et complétant les annexes de la loi du 15 juin 1994 relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses, modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses, <i>Mémorial A</i>, n° 49, du 30.6.1998, p. 730</p>

Mitgliedstaat	<p>Richtlinie 96/54/EG der Kommission vom 30. Juli 1996 zur zweiundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>ABl. L 248 vom 30.9.1996, S. 1-230</p> <p>Umsetzungsfrist: 31.5.1998</p>
Niederlande	<p>01. Kennisgevingsbesluit Wet milieugevaarlijke stoffen (Stb. 1993, 583; Stb. 1994, 424)</p> <p>02. Regeling inrichting register Wet milieugevaarlijke stoffen (Stcrt 1994, 109)</p> <p>03. Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten (Stb. 1994, 287)</p> <p>04. Nadere regels verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten (Stcrt 1994, 112)</p>
Österreich	<p>01. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot von 1,1,1-Trichlorethan und Tetrachlorkohlenstoff, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 776/1992, ausgegeben am 9. Dezember 1992</p> <p>02. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der weitere Verbote und Beschränkungen des Inverkehrsetzens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Chemikalien und damit behandelter Fertigwaren erlassen werden und mit der die Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot von 1,1,1-Trichlorethan und Tetrachlorkohlenstoff geändert wird, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 461/1998, ausgegeben am 30. Dezember 1998</p>
Portugal	<p>01. Decreto-Lei n.º 330-A/98, de 2 de Novembro de 1998, Diário da República, I Série A, n.º 253 (Suplemento), de 2 de Novembro de 1998.</p>
Finnland	<p>01. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön päätös kemikaalien luokitusperusteista ja merkintöjen tekemisestä / Social- och hälsovårdsministeriets beslut om grunderna för klassificering samt märkning av kemikalier (979/97)</p> <p>02. Landskapsförordning om ändring av 3 § landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av riksförfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (41/98) 23.4.1998, Ålands författningssamling</p> <p>03. Sosiaali- ja terveystieteiden ministeriön päätös vaarallisten aineiden luettelosta / Social- och hälsovårdsministeriets beslut om en förteckning över farliga ämnen (164/98) 24.2.1998, Suomen säädöskokoelma / Finlands författningssamling 10.3.1998</p>
Schweden	<p>01. Kemikalieinspektionens föreskrifter om ändring i föreskrifterna (KIFS 1994:12) om klassificering och märkning av kemiska produkter, Kemikalieinspektionens författningssamling (KIFS) 1997:5</p>
Vereinigtes Königreich	<p>01. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations (Northern Ireland) 1997, Statutory Rules of Northern Ireland No 398 of 1997</p> <p>02. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations 1997, Statutory Instruments No 1460 of 1997</p>

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. September 1996 zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe ABl. L 236 vom 18.9.1996, S. 35 Umsetzungsfrist: 1.6.1998
Belgien	01. Arrêté royal du 14 décembre 1998 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 mei 1982 houdende reglementering van het in de handel brengen van stoffen die gevaarlijk kunnen zijn voor de mens of voor zijn leefmilieu, <i>Moniteur belge</i> du 29.12.1998, p. 41442
Dänemark	01. Bekendtgørelse nr. 800 af 23. oktober 1997 om ændring af bekendtgørelse om anmeldelse af nye kemiske stoffer. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. M 7014-0010 02. Bekendtgørelse nr. 829 af 6. november 1997 om listen over farlige stoffer 03. Bekendtgørelse nr. 801 af 23. oktober 1997 om klassificering, emballering, mærkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. M 7014-0004
Deutschland	01. Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung vom 18. Oktober 1999, BGBl. I, S. 2059
Griechenland	01. Décision ministérielle n° 482/98 du 22 décembre 1998, FEK B n° 1316 du 31 décembre 1998, p. 15549
Spanien	01. Real Decreto 700/1998, de 24 de abril, por el que se modifica el Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo, <i>Boletín Oficial del Estado</i> número 110 de 8 de mayo 1998, página 15464 (marginal 10726)
Frankreich	01. Arrêté ministériel du 8 juin 1998, modifiant l'arrêté ministériel du 20 avril 1994 définissant les critères de classification et les conditions d'étiquetage et d'emballage des substances dangereuses, <i>Journal officiel</i> du 3 juillet 1998
Irland	01. European Communities (Classification, Packaging, Labelling and Notification of Dangerous Substances) (Amendment) (Amendment) Regulations, 1998, Statutory Instruments No 317 of 1998
Italien	01. Decreto legislativo del 3 febbraio 1997 n. 52, attuazione della direttiva 92/32/CEE concernente classificazione, imballaggio ed etichettatura delle sostanze pericolose, Supplemento ordinario n. 53/L alla Gazzetta ufficiale, serie generale, dell'11 marzo 1997, n. 58, pag. 5
Luxemburg	01. Loi du 19 février 1997 modifiant la loi du 15 juin 1994 relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses et modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses, <i>Mémorial grand-ducal A n° 15</i> du 21.3.1997, p. 718
Niederlande	01. Regeling van de staatssecretaris van Volksgezondheid, Welzijn en Sport van 20 januari 1997 (Wijziging Nadere regels verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten), <i>Staatscourant</i> van 23 januari 1997, nr. 16, blz. 12
Österreich	Bislang keine Notifizierung
Portugal	01. Decreto-Lei n.º 330-A/98, de 2 de Novembro de 1998, <i>Diário da República</i> , I, Série A, n.º 253 (Suplemento) de 2 de Novembro de 1998
Finnland	01. Asetus kemikaaliasetuksen muuttamisesta / Förordning om ändring av kemikalieförordningen (287/98) 24.4.1998 02. Landskapslag om tillämpning i landskapet Åland av riksföfattningar om kemikalier (32/90) 9.4.1990, ändrad genom (60/95) 03. Landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av riksföfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (5/96) 23.1.1996
Schweden	01. Kemikalieinspektionens föreskrifter om klassificering och märkning av kemiska produkter, Kemikalieinspektionens författningssamling (KIFS) 1994:12
Vereinigtes Königreich	01. The Motor Vehicles (EC Type Approval) (Amendment) Regulations 1997, Statutory Instruments No 191 of 1997 02. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations (Northern Ireland) 1997, Statutory Rules of Northern Ireland No 398 of 1997 03. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations 1997, Statutory Instruments No 1460 of 1997

Mitgliedstaat	Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1997 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte ABl. L 59 vom 27.2.1998, S. 1-86 Umsetzungsfrist: 30.6.1998
Belgien	01. Arrêté royal du 3 février 1999 relatif à la protection de l'atmosphère contre les émanations de gaz et de particules des engins mobiles non routiers — Koninklijk besluit betreffende de bescherming van de atmosfeer tegen de uitstoot van gassen en deeltjes door niet voor de weg bestemde mobiele machines, <i>Moniteur belge</i> du 31.3.1999, p. 10773
Dänemark	01. Bekendtgørelse nr. 667 af 14. september 1998 om begrænsning af luftforurening fra mobile ikke-vejgående maskiner
Deutschland	01. Achtundzwanzigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren — 28. BImSchV) vom 11. November 1998, Bundesgesetzblatt, Teil I, Seite 3411
Griechenland	01. Décision ministérielle n° D13e/9321/98 du 1 ^{er} octobre 1998, FEK B n° 1218 du 30 novembre 1998, p. 143
Spanien	01. Orden de 28 de julio de 1998 del Ministerio del Industria y Energía por la que se actualizan los anexos I y II de las normas para la aplicación de determinadas directivas de la CE, relativas a la homologación de tipos de vehículos automóviles, remolques y semirremolques, así como de partes y piezas de dichos vehículos
Frankreich	01. Arrêté relatif à la réception des moteurs destinés à être installés sur les engins mobiles non routiers, en ce qui concerne les émissions de gaz et de particules polluants
Irland	01. European Communities (Control of Emissions of Gaseous and Particulate Pollutants from Non-road Mobile Machinery) Regulations, 1999.
Italien	01. Decreto ministeriale 20 dicembre 1999. Attuazione della direttiva 97/68/CE concernente i provvedimenti da adottare contro l'emissione di inquinanti gassosi e particolato inquinante prodotti da motori a combustione interna destinati all'installazione su macchine mobili non stradali. In GURI, Supplemento ordinario n. 32, serie generale del 9 febbraio 2000.
Luxemburg	01. Règlement grand-ducal du 13 octobre 1998 complétant le règlement grand-ducal du 3 février 1998 portant exécution de directives des Communautés européennes relatives à la réception des véhicules à moteur et de leurs remorques ainsi que des tracteurs agricoles et forestiers à roues, <i>Mémorial A</i> , p. 2394
Niederlande	01. Besluit van 6 augustus 1998 houdende uitvoering van Richtlijn 97/68/EG — Besluit typenkeuring luchtverontreiniging motoren voor mobiele machines, Staatsblad 1998, nr. 516 02. Regeling van de minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer nr. 98101876 van 27 oktober 1998 — Regeling houdende uitvoering van het besluit typekeuring luchtverontreiniging motoren voor mobiele machines, Staatscourant van 2 november 1998, nr. 209
Österreich	01. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte, Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 24.6.1999, Nr. 185, 1015. SG(99)A/09684
Portugal	01. Decreto-lei n.º 432/99
Finnland	01. Valtioneuvoston päätös liikkuviin työkoneisiin asennettavien polttomoottoreiden pakokaasu- ja hiukkaspäästöjen rajoittamisesta / Statsrådets beslut om begränsning av utsläpp av gas- och partikelformiga föroreningar från förbränningsmotorer som skall monteras i mobila maskiner (408/98) 4.6.1998
Schweden	01. Förordning om ändring i förordningen (1988:518) med instruktion för Statens naturvårdsverk, Svensk författningssamling (SFS) 1998:416 02. Lag om åtgärder mot buller och avgaser från mobila maskiner, Svensk författningssamling (SFS) 1998:1707 03. Förordning om avgaskrav för vissa förbränningsmotordrivna mobila maskiner, Svensk författningssamling (SFS) 1998:1709
Vereinigtes Königreich	01. The Non-road Mobile Machinery (Emission of Gaseous and Particulate Pollutants) Regulations 1999, Hansard 1053, 26.4.1999

Mitgliedstaat	Richtlinie 97/49/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 zur Änderung der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten
	ABl. L 223 vom 13.8.1997, S. 9
	Umsetzungsfrist: 30.9.1998
Belgien	Keine Notifizierung notwendig
Dänemark	Keine Notifizierung notwendig
Deutschland	Keine Notifizierung notwendig
Griechenland	01. Décision ministérielle n° 294283 du 23 décembre 1997, FEK B n° 68 du 4 février 1998, p. 673
Spanien	Keine Notifizierung notwendig
Frankreich	Keine Notifizierung notwendig
Irland	Keine Notifizierung notwendig
Italien	Keine Notifizierung notwendig
Luxemburg	Keine Notifizierung notwendig
Niederlande	01. Vogelwet 1936 (Stb. 1936, 700)
Österreich	01. Gesetz, mit dem das Wiener Naturschutzgesetz erlassen und das Wiener Umweltschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr. 25/1993 in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 36/1996, das Wiener Baumschutzgesetz, LGBl. für Wien Nr. 27/1974 in der Fassung LGBl. für Wien Nr. 54/1996, sowie das Wiener Nationalparkgesetz, LGBl. für Wien Nr. 37/1996, geändert werden, Landesgesetzblatt für Wien, Nr. 45/1998, ausgegeben am 31.8.1998
Portugal	01. Decreto-Lei n.º 140/99.
Finnland	01. Metsästyslaki/Jaktlag (615/93) 28.6.1993, muutokset/ändringar (1268/93) 17.12.1993, (1399/95) 8.12.1995 02. Metsästysasetus/Jaktförordning (666/93) 12.7.1993, muutokset/ändringar (81/94) 31.1.1994, (1289/95) 17.11.1995, (1400/95) 8.12.1995; (869/98) 27.11.98 03. Jaktlag för landskapet Åland (31/85) 5.7.1985, ändring (68/95) 12.9.1995 04. Jaktförordning för landskapet Åland (69/95) 12.9.1995 05. Luonnonsuojelulaki/Naturvårdslag (1096/96) 20.12.1996 06. Laki rakennuslain muuttamisesta / Lag om ändring av byggnadslagen (1097/96) 20.12.1996 07. Laki maa-aineslain 1 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 1 § marktäktslagen (1098/96) 20.12.1996 08. Laki ympäristölupamenettelylain 2 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 2 § lagen om miljötillståndsförfarande (1099/96) 20.12.1996 09. Laki yleisistä teistä annetun lain 19 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 19 § lagen om allmänna vägar (1100/96) 20.12.1996 10. Laki yksityisistä teistä annetun lain muuttamisesta / Lag om ändring av lagen om enskilda vägar (1101/96) 20.12.1996 11. Laki kiinteän omaisuuden ja erityisten oikeuksien lunastuksesta annetun lain 5 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 5 § lagen om inlösen av fast egendom och särskilda rättigheter (1102/96) 20.12.1996 12. Laki kaivoslain 71 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 71 § gruvlagen (1103/96) 20.12.1996 13. Laki erämaailain 2 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 2 § ödemarkslagen (1104/96) 20.12.1996 14. Laki vesilain muuttamisesta / Lag om ändring av vattenlagen (1105/96) 20.12.1996 15. Laki rikoslain 48 luvun 5 §:n muuttamisesta / Lag om ändring av 48 kapitel 5 § strafflagen (1108/96) 20.12.1996 16. Metsälaki/Skogslag (1093/96) 12.12.1996 17. Luonnonsuojeluasetus (160/97) 14.2.1997, Suomen säädöskokoelma 20.2.1997 18. Laki kestäväen metsätalouden rahoituksesta / Lag om finansiering av hållbart skogsbruk (1094/96) 12.12.1996, Suomen säädöskokoelma 27.12.1996

Mitgliedstaat **Richtlinie 97/49/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 zur Änderung der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten**

ABl. L 223 vom 13.8.1997, S. 9

Umsetzungsfrist: 30.9.1998

Schweden

19. Asetus metsästysasetuksen muuttamisesta / Förordning om ändring av jaktförordningen (1374/96) 30.12.1996
20. Landskapslag om ändring av 47 § jaktlagen för landskapet Åland (68/95) 12.9.1995
21. Landskapslag om naturvård (41/77) 23.5.1977
22. Ålands landskapsstyrelses beslut angående särskilt skyddsvärda arter av vilda djur (18/92) 20.2.1992
23. Landskapförordning om naturvård nr 113/98. (Ålands författningssamling)
01. Naturvårdslag, Svensk författningssamling (SFS) 1964:822
02. Naturvårdsförordning, Svensk författningssamling (SFS) 1976:484, ändrad genom (SFS) 1996:203 och (SFS) 1996:1657
03. Lag om skötsel av jordbruksmark, Svensk författningssamling (SFS) 1979:425
04. Skogsvårdslag, Svensk författningssamling (SFS) 1979:429
05. Lag om hushållning av naturresurser m.m., Svensk författningssamling (SFS) 1987:12
06. Jaktlag, Svensk författningssamling (SFS) 1987:259
07. Jaktförordning, Svensk författningssamling (SFS) 1987:905
08. Statens naturvårdsverks kungörelse med föreskrifter om jakt (jaktkungörelse), Statens naturvårdsverks författningssamling (SNFS) 1994:3
09. Lag om åtgärder beträffande djur och växter som tillhör skyddade arter, Svensk författningssamling (SFS) 1994:1818
10. Miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 1998:808, 7 juli 1998
11. Lag om införande av miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 1998:811, 7 juli 1998
12. Lag om ändring i miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 1999:368, 11 juni 1999
13. Lag om ändring i miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 1999:385, 14 juni 1999
14. Naturvårdsverkets föreskrifter om artskydd, NFS 1999:7

**Vereinigtes
Königreich**

Keine Notifizierung notwendig

Mitgliedstaat	<p>Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 zur Änderung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates im Zusammenhang mit einigen in Anhang I festgelegten Anforderungen (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>ABl. L 67 vom 7.3.1998, S. 29-30</p> <p>Umsetzungsfrist: 30.9.1998</p>
Belgien	<p>01. Besluit va de Vlaamse regering van 6 oktober 1998 tot wijziging van het besluit van de Vlaamse regering van 1 juni 1995 houdende algemene en sectorale bepalingen inzake milieuhygiëne ten aanzien van de lozingsnormen voor rioolwaterzuiveringsinstallaties, Belgisch Staatsblad</p> <p>02. Arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 8 octobre 1998 modifiant l'arrêté du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale du 23 mars 1994 relatif au traitement des eaux urbaines résiduaires — Besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering tot wijziging van het besluit van de Brusselse Hoofdstedelijke Regering van 23 maart 1994 betreffende de behandeling van stedelijk afvalwater, <i>Moniteur belge</i> du 27.10.1998, p. 35331</p> <p>03. Arrêté du gouvernement wallon du 25 février 1999 relatif au traitement des eaux urbaines résiduaires, <i>Moniteur belge</i> du 27.3.1999, p. 9936</p>
Dänemark	<p>01. Bekendtgørelse om spildevandstilladelser mv. efter miljøbeskyttelseslovens kapitel 3 og 4. Statstidende nr. 501 af 21. juni 1999</p>
Deutschland	<p>01. Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer und zur Anpassung der Anlage des Abwasserabgabengesetzes vom 21. März 1997, BGBl. I, S. 566</p>
Griechenland	<p>01. Décision ministérielle portant modification de la décision n° 5673/400/1997. Efimerida Tiskyverniseos, 1811, 29.9.99</p>
Spanien	<p>01. Real Decreto, 2116/1998, de 2 de octubre, por el que se modifica el Real Decreto 509/1996, de 15 de marzo, de desarrollo del Real Decreto-ley 11/1995, de 28 de diciembre, por el que se establecen las normas aplicables al tratamiento de las aguas residuales urbanas, <i>Boletín Oficial del Estado</i> número 251 de 20 de octubre de 1998, página 34635 (marginal 24166)</p> <p>02. Corrección de erratas del Real Decreto 2116/1998 de 2 de octubre, por el que se modifica el Real Decreto 509/1996, de 15 de marzo, de desarrollo del Real Decreto-ley 11/1995, de 28 de diciembre, por el que se establecen las normas aplicables al tratamiento de las aguas residuales urbanas, <i>Boletín Oficial del Estado</i> número 286 de 30 de noviembre de 1998, página 39272 (marginal 27496)</p>
Frankreich	<p>01. Arrêté ministériel du 16 novembre 1998, modifiant l'arrêté ministériel du 22 décembre 1994 fixant les prescriptions relatives aux ouvrages de collecte et de traitement des eaux usées mentionnées aux articles L. 372-1-1 et L. 372-3 du code des communes, Journal officiel 282 du 5 décembre 1998, p. 18368</p>
Irland	<p>01. Environmental Protection Agency Act, 1992 (Urban Waste Water Treatment) (Amendment) Regulations, 1999. Official Journal, 208</p>
Italien	<p>01. Decreto legislativo n. 152 dell'11 maggio 1999, disposizioni sulla tutela delle acque dall'inquinamento e recepimento della direttiva 91/271/CEE concernente il trattamento delle acque reflue urbane e della direttiva 91/676/CEE relativa alla protezione delle acque dall'inquinamento provocato da nitrati provenienti da fonti agricole. In GURI n. 101/L, supplemento ordinario alla Gazzetta ufficiale, n. 124, del 29 maggio 1999, serie generale.</p>
Luxemburg	<p>01. Règlement grand-ducal du 5 octobre 1998 modifiant l'annexe I du règlement grand-ducal du 13 mai 1994 relatif au traitement des eaux urbaines résiduaires, <i>Mémorial A</i>, p. 2208</p>
Niederlande	<p>01. Wet van 13 november 1969 houdende regelen omtrent de verontreiniging van oppervlaktewateren (Wet verontreiniging oppervlaktewateren)</p> <p>02. Besluit van 24 februari 1996 houdende regels voor het lozen van stedelijk afvalwater (Lozingenbesluit Wvo stedelijk afvalwater) (Stb. 1996, 140)</p>
Österreich	<p>Keine Notifizierung notwendig</p>
Portugal	<p>01. Decreto-Lei n.º 348/98, de 9 de Novembro de 1998, Diário da República, I, Série A, n.º 259, de 9 de Novembro de 1998, p. 5982</p>

Mitgliedstaat	Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 zur Änderung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates im Zusammenhang mit einigen in Anhang I festgelegten Anforderungen (Text von Bedeutung für den EWR) ABl. L 67 vom 7.3.1998, S. 29-30 Umsetzungsfrist: 30.9.1998
Finnland	01. Valtioneuvoston päätös yleisestä viemäristä ja eräiltä teollisuudenoilta vesiin johdettavien jätevesien sekä teollisuudesta yleiseen viemäriin johdettavien jätevesien käsittelystä annetun valtioneuvoston päätöksen muuttamisesta / Statsrådets beslut om ändring av statsrådets beslut om rening av sådant avloppsvatten från allmänt avlopp och vissa industrisektorer som leds in i vatten samt rening av sådant avloppsvatten från industri som leds in i allmänt avlopp (757/98) 15.10.1998, Suomen säädöskokoelma 02. Landskapsförordning om ändring av vattenförordningen för landskapet Åland (105/98) 22.10.1998, Ålands författningssamling 03. Vattenlag för landskapet Åland (61/96) 12.9.1996, Ålands författningssamling 04. Vattenförordningen för landskapet Åland (77/96) 28.11.1996, Ålands författningssamling
Schweden	01. Statens naturvårdsverks föreskrifter om ändring i kungörelsen (SNFS) 1994:7 med föreskrifter om rening av avloppsvatten från tätbebyggelse, Statens naturvårdsverks författningssamling (SNFS) 1998:7
Vereinigtes Königreich	Keine Notifizierung notwendig

Mitgliedstaat	<p>Richtlinie 97/69/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 zur dreiundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>ABl. L 343 vom 13.12.1997, S. 19-24</p> <p>Umsetzungsfrist: 16.12.1998</p>
Belgien	<p>01. Arrêté royal du 15 janvier 1999 modifiant l'arrêté royal du 11 janvier 1993 réglementant la classification, l'emballage et l'étiquetage des préparations dangereuses en vue de leur mise sur le marché ou de leur emploi — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 11 januari 1993 tot regeling van de indeling, de verpakking en het kenmerken van gevaarlijke preparaten met het oog op het op de markt brengen of het gebruik ervan, <i>Moniteur belge</i> du 24.2.1999, p. 5416</p> <p>02. Arrêté royal du 25 novembre 1999 modifiant l'arrêté royal du 24 mai 1982 réglementant la mise sur le marché de substances pouvant être dangereuses pour l'homme ou son environnement, <i>Moniteur belge</i> du 21.12.1991, p. 48141 — Koninklijk besluit van 25 november 1999 tot wijziging van het koninklijk besluit van 24 mei 1982 houdende reglementering van het in de handel brengen van stoffen die gevaarlijk kunnen zijn voor de mens of voor zijn leefmilieu</p>
Dänemark	<p>01. Bekendtgørelse nr. 11 af 9. januar 1999 om ændring af bekendtgørelse af listen over farlige stoffer</p> <p>02. Bekendtgørelse nr. 801 af 23. oktober 1997 om klassificering, emballering, mærkning, salg og opbevaring af kemiske stoffer og produkter. Miljø- og Energiministeriet, j.nr. M 7014-0004</p>
Deutschland	<p>01. Vierte Verordnung zur Änderung der Gefahrstoffverordnung vom 18. Oktober 1999, BGBl. I, S. 2059</p>
Griechenland	<p>01. Décision ministérielle n° 511/98 du 10 février 1999, FEK B n° 168 du 26 février 1999, p. 2479</p>
Spanien	<p>01. Orden de 11 de septiembre de 1998 por la que se modifican los anexos I y VI del Reglamento sobre notificación de sustancias nuevas y clasificación, envasado y etiqueta de sustancias peligrosas, aprobada por Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo, <i>Boletín Oficial del Estado</i> número 223 de 17 de septiembre de 1998, página 31142 (marginal 21829)</p>
Frankreich	<p>01. Arrêté ministériel du 28 août 1998 modifiant l'arrêté du 20 avril 1994 relatif à la déclaration, la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances et portant transposition de la directive 97/69/CE de la Commission du 5 décembre 1997 portant vingt-troisième adaptation au progrès technique de la directive 67/548/CEE modifiée, Journal officiel du 10 septembre 1998</p>
Irland	<p>01. European Communities (Classification, Packaging, Labelling and Notification of Dangerous Substances) (Amendment) (No 2) Regulations, 1998, Statutory Instruments No 513 of 1998</p>
Italien	<p>01. Decreto ministeriale dell'1 settembre 1998, disposizioni relative alla classificazione, imballaggio ed etichettatura di sostanze pericolose in recepimento della direttiva 97/69/CE, Gazzetta ufficiale, serie generale, del 19 novembre 1998, n. 271, pag. 16.</p>
Luxemburg	<p>01. Règlement grand-ducal du 31 octobre 1998 modifiant et complétant les annexes I et VI de la loi modifiée du 15 juin 1994 — relative à la classification, l'emballage et l'étiquetage des substances dangereuses — modifiant la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses, <i>Mémorial A</i></p>
Niederlande	<p>01. Besluit van 14 oktober 1987 houdende regelen met betrekking tot de verpakking en aanduiding van milieugevaarlijke stoffen en bepaalde gevaarlijke preparaten (Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten) (Stb. 1987, 516)</p> <p>02. Regeling van 27 januari 1988 (...) (Nadere regels verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten)</p>
Österreich	<p>01. Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I, Nr. 53/1997</p>
Portugal	<p>01. Decreto-Lei n.º 209/99, de 11 de Junho, Diário da República, J 134, 11 de Junho de 1999, p. 3312.</p>

Mitgliedstaat	<p>Richtlinie 97/69/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 zur dreiundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)</p> <p>ABl. L 343 vom 13.12.1997, S. 19-24</p> <p>Umsetzungsfrist: 16.12.1998</p>
Finnland	<p>01. Landskapsförordning om ändring av 3 § landskapsförordningen om tillämpning i landskapet Åland av riksförfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (41/98) 23.4.1998, Ålands författningssamling</p> <p>02. Sosiaali- ja terveysministeriön päätös vaarallisten aineiden luettelosta / Social- och hälsovårdsministeriets beslut om en förteckning över farliga ämnen (164/98) 24.2.1998, Suomen säädöskokoelma/Finlands författningssamling 10.3.1998</p>
Schweden	<p>01. Kemikalieinspektionens föreskrifter om ändring i föreskrifterna (KIFS 1994:12) om klassificering och märkning av kemiska produkter, Kemikalieinspektionens författningssamling (KIFS) 1998:7</p>
Vereinigtes Königreich	<p>01. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations 1998, Statutory Instruments No 3106 of 1998</p> <p>02. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations (Northern Ireland) 1998, Statutory Rules of Northern Ireland No 459 of 1998</p>

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen ABl. L 10 vom 14.1.1997, S. 13-33 Umsetzungsfrist: 3.2.1999
Belgien	Bislang keine Notifizierung
Dänemark	Bislang keine Notifizierung
Deutschland	01. Fünftes Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes 02. Gesetz zur Änderung des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes und anderer sicherheitsrechtlicher Vorschriften, Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt, 1999, Nr. 8, S. 130. SG(99)A/10015 03. Gesetz über die Gefahrenabwehr bei Katastrophen, Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin, 20. Februar 1999, Nr. 7, S. 78. SG(99)A/10015 04. Hessisches Gesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, 21. Dezember 1998, Nr. 26, S. 530. SG(99)A/10015 05. Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Brand- und Katastrophenschutzgesetzes vom 7. Januar 1999, Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, 14. Januar 1999, S. 16. SG(99)A/10015 06. Gesetz zur Änderung des Bremischen Katastrophenschutzgesetzes, Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen, 9. August 1999, Nr. 20, S. 87. SG(99)A/12221 07. Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen, 26. Februar 1998, Nr. 8, S. 122 SG(1999)A/14701 08. Gesetz zur Änderung des Landeskatastrophenschutzgesetzes, Gesetzblatt für Baden-Württemberg, 27. Juli 1999, Nr. 13, S. 305. SG(1999)A/14701
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	01. Real Decreto 1254/1999, de 16 de julio, por el que se aprueban medidas de control de los riesgos inherentes a los accidentes graves en los que intervengan sustancias peligrosas
Frankreich	01. Décret n° 99-1220 du 28 décembre 1999 modifiant la nomenclature des installations classées. <i>Journal officiel de la République</i> du 31.12.1999, p. 20146
Irland	Bislang keine Notifizierung
Italien	01. Decreto legislativo n. 334 del 17 agosto 1999. Attuazione della direttiva 96/82/CE relativa al controllo dei pericoli di incidenti rilevanti connessi con determinate sostanze pericolose. In GURI, n. 177/L, Supplemento ordinario alla Gazzetta ufficiale, n. 228, del 28 settembre 1999, serie generale.
Luxemburg	01. Loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés, <i>Mémorial</i> , n° 100, S. 1904
Niederlande	01. Besluit van 8 juli 1999 houdende vaststelling van het tijdstip van inwerkingtreding van de wet van 25 februari 1999 tot wijziging van de wet Milieubeheer, de wet Rampen en zware ongevallen en de Arbeidsomstandighedenwet, van het besluit Risico's zware ongevallen 1999, van het besluit Rampbestrijdingsplannen inrichtingen en van het koninklijk besluit van 8 juni 1999 tot wijziging van het besluit Ongevallen. Staatsblad nr. 305, 15 juli 1999
Österreich	01. Störfallverordnung, BGBl. Nr. 593/1991 02. Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993 03. Störfallinformationsverordnung, BGBl. 391/1994 04. Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 325/1990 05. Raumordnungsgesetz 1976, LBGl. 8000, Niederösterreich 06. Raumordnungsgesetz 1994, Oberösterreich 07. Gemeindeplanungsgesetz 1995, LGBl. Nr. 23, Kärnten 08. Salzburger Katastrophenhilfegesetz, LGBl. Nr. 3/1975, Nr. 39/1975, Salzburg

Mitgliedstaat Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen

ABl. L 10 vom 14.1.1997, S. 13-33

Umsetzungsfrist: 3.2.1999

-
09. Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten über die Bezeichnung gefahrengeneigter Anlagen und über die den Inhaber einer solchen Anlage in bezug auf Störfälle treffenden Verpflichtungen, BGBl. für die Republik Österreich, 28. November 1991, Nr. 216. SG(99)A/10016
 10. Bundesgesetz über den Zugang zu Informationen über die Umwelt, BGBl. für die Republik Österreich, 27. Juli 1993, Nr. 182. SG(99)A/10016
 11. Verordnung der Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie betreffend die Information über die Gefahr von Störfällen, BGBl. für die Republik Österreich, 25. Mai 1994, Nr. 216. SG(99)A/10016
 12. Gesetz vom 16. März 1999 über die Abwehr und Bekämpfung von Katastrophen, Steiermärkisches LGBl., 30. Juni 1999, Nr. 62. SG(99)A/10016
 13. Landesgesetz vom 6. Oktober 1993 über die Raumordnung im Land Oberösterreich, Landesgesetzblatt für Oberösterreich, 23. Dezember 1993, Nr. 52, S. 247. SG(99)A/11176
 14. Verordnung der Oberösterreichischen Landesregierung vom 25. September 1995 betreffend die Umlegung der Osternacher Straße im Gebiet der Gemeinde Ort im Innkreis, Landesgesetzblatt für Oberösterreich, 8. November 1995, Nr. 41, S. 199. SG(99)A/11176
 15. Kundmachung der Oberösterreichischen Landesregierung vom 7. Oktober 1996 über die Berichtigung von Druckfehlern im Landesgesetzblatt, Landesgesetzblatt für Oberösterreich, 11. Oktober 1996, Nr. 41, S. 273. SG(99)A/11176
 16. Kundmachung der Oberösterreichischen Landesregierung und des Landshauptmannes von Oberösterreich vom 13. Oktober 1997 über die Berichtigung von Druckfehlern im Landesgesetzblatt, Landesgesetzblatt für Oberösterreich, 14. November 1997, Nr. 74, S. 559. SG(99)A/11176
 17. Landesgesetz, mit dem das Oberösterreichische Raumordnungsgesetz 1994 geändert wird, Landesgesetzblatt für Oberösterreich, 28. April 1999, Nr. 23, S. 83. SG(99)A/11176
 18. NÖ Raumordnungsgesetz 1976, LGBl. 8000-13. SG(1999)A/13712
 19. Gesetz vom 11. Oktober 1994, mit dem das Steiermärkische Raumordnungsgesetz 1974 geändert wird, LGBl. für die Steiermark, 31. März 1995, Stück 1 Nr. 1 und 2, S. 2
 20. Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen, LGBl. für Wien, Nr. 8, 9. März 1978. SG(2000)A/01365

Portugal Bislang keine Notifizierung

- Finnland**
01. Landskapslag om polisverksamhet
 02. Landskapslag om ändring av landskapslagen om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande explosionsfarliga ämnen, Ålands författninssamling, 12.5.1999, nr 61, SG(99)A/10610
 03. Byggnadsförordning för landskapet Åland, Ålands författninssamling, 12.6.1963, nr 40, SG(99)A/12151
 04. Pelastustoimilaki (561/1999) 30.4.1999, nr 561. SG(99)A/14214
 05. Maankäyttö- ja rakennuslaki (132/1999). SG(99)A/14214
 06. Maankäyttö- ja rakennusasetus (895/1999) 10.9.1999, SG(99)A/14214
 07. Lagen om brand- och räddningsväsendet 14.4.1977/37, SG(1999)A/15554
 08. Laki kemikaalilain muuttamisesta (57/1999)
 09. Laki räjähdysvaarallisista aineista annetun lain muuttamisesta (58/1999)
 10. Asetus vaarallisten kemikaalien teollisesta käsittelystä ja varastoinnista (59/1999)
 11. Asetus maakaasuasetuksen muuttamisesta (128/1999)
-

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen ABl. L 10 vom 14.1.1997, S. 13-33 Umsetzungsfrist: 3.2.1999
	12. Asetus nestekaasuasetuksen muuttamisesta (129/1999) 13. Asetus öljylämmityslaitteistoista annetun asetuksen muuttamisesta (130/1999) 14. Asetus räjähdeseasetuksen muuttamisesta (131/1999)
Schweden	01. Lag om åtgärder för att förebygga och begränsa följderna av allvarliga kemikalieolyckor 1999:381 02. Förordning om åtgärder för att förebygga och begränsa följderna av allvarliga kemikalieolyckor 1999:382 03. Lag om ändring i räddningstjänstlagen 1999:1102 04. Lag om ändring i miljöbalken 1999:385 05. Förordning om ändring i förordningen (1999:900) om tillsyn enligt miljöbalken 1999:386 06. Förordning om ändring i förordningen (1999:899) om miljöfarlig verksamhet och hälsoskydd 1999:567
Vereinigtes Königreich	01. The Control of Major Accident Hazards Regulations 1999. Hansard No 743 02. The Planning (Control of Major Accident Hazards) Regulations, 1999. Hansard No 743

Mitgliedstaat	Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 5-15 Umsetzungsfrist: 14.3.1999
Belgien	01. Ordonnance fixant la liste des installations de classe IA visée à l'article 4 de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement, <i>Moniteur belge</i> du 5.8.1999, p. 29209 02. Loi visant la protection du milieu marin dans les espaces marins sous juridiction de la Belgique. <i>Moniteur belge</i> , n° 50, du 12.03.1999. p. 8033. SG(1999)A/16390 03. Arrêté du 4 mars 1999 du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale fixant la liste des installations de classes IB, II et III en exécution de l'article de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement
Dänemark	01. Bekendtgørelse af lov om planlægning 02. Bekendtgørelse om supplerende regler i medfør af lov om planlægning. Statstidende nr. 428 af 2. juni 1999. SG(99)A/12722 03. Bekendtgørelse om miljømæssig vurdering af anlæg på søterritoriet. Statstidende nr. 128 af 11. marts 1999. SG(99)A/12722 04. Lov om trafikhavne mv. Statstidende nr. 316 af 16. maj 1990. SG(99)A/12722 05. Lov om havne. Statstidende nr. 326 af 28. maj 1990. SG(99)A/12722 06. Bekendtgørelse om ændring af bekendtgørelse om Kystinspektoratets beføjelser. Statstidende nr. 329 af 28. maj 1990. SG(99)A/12722 07. Bekendtgørelse om miljømæssig vurdering i forbindelse med udvidelse af bestående trafikhavne. Statstidende nr. 330 af 28. maj 1999. SG(99)A/12722 08. Bekendtgørelse af lov om råstoffer. Statstidende nr. 569 af 30. juni 1997. SG(99)A/12722 09. Bekendtgørelse om miljømæssig vurdering af råstofindvinding på havbunden. Statstidende nr. 126 af 4. marts 1999. SG(99)A/12722 10. Bekendtgørelse af lov om anvendelse af Danmarks undergrund. Statstidende nr. 552 af 29. juni 1999. SG(99)A/12722 11. Lov om ændring af lov om kontinentalsoklen. Statstidende nr. 187 af 12 marts 1997. SG(99)A/12722
Deutschland	01. Verordnung zur Änderung bergrechtlicher Verordnungen vom 10. August 1998, BGBl. I vom 17. August 1998, S. 2093 02. Bergverordnung für alle bergbaulichen Bereiche (Allgemeine Bundesbergverordnung — ABergV) vom 23. Oktober 1995, BGBl. I vom 3. November 1995, S. 1466 03. Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) vom 13.7.1990, BGBl. I vom 21. Juli 1990, S. 1420 04. Bundesberggesetz (BBergG) vom 13.8.1980, BGBl. I, S. 1310 05. Änderungsgesetz vom 20. Mai 1999 (für das Land Brandenburg), Bundesanzeiger Verlag 12, 26.6.1999
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	Bislang keine Notifizierung
Frankreich	01. Avis aux détenteurs de produits phytopharmaceutiques, Journal officiel du 24 avril 1998, p. 6345
Irland	01. The European Communities (Environmental Impact Assessment) (Amendment) Regulations, 1999. 02. The Local Government (Planning and Development) Regulations, 1999 (S.I. 92 of 1999). 03. European Communities (Environmental Impact Assessment) (Amendment) Regulations, 1999. ref: SI, 1.5.1999, No 93. SG(99)A/12291

Mitgliedstaat	Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 5-15 Umsetzungsfrist: 14.3.1999
Italien	01. DPCM 27 dicembre 1988. Norme tecniche per la redazione degli studi di VIA e la formulazione del giudizio di compatibilità ambientale di cui all'articolo 6 L.349/86, adottate ai sensi dell'articolo 3 DPCM 377/88. GURI del 5 gennaio 1989, n. 4. 02. Decreto del presidente della repubblica DPR 11/2/98. Disposizioni integrative al decreto del presidente del Consiglio dei ministri, DPCM 10 agosto 1988, n. 377, in materia di disciplina delle pronunce di compatibilità ambientale di cui alla legge 8 luglio 1986, n. 349, articolo 6. GURI, serie generale, n. 72, del 27 marzo 1998 03. Decreto del presidente della repubblica DPR 2/9/99. Regolamento recante norme tecniche concernenti gli studi di impatto ambientale per talune categorie di progetti. GURI, serie generale, n. 240, del 12 ottobre 1999. 04. Decreto del presidente della repubblica DPR 12/04/96. Atto di indirizzo e coordinamento per l'attuazione dell'articolo 40, comma 1, della legge 22 febbraio 1994, n. 146, concernente disposizioni in materia di valutazione di impatto ambientale. GURI, serie generale, n. 210, del 7 settembre 1996. 05. Decreto del presidente del Consiglio dei ministri, DPCM 3/9/99. Atto di indirizzo e coordinamento che modifica e integra il precedente atto di indirizzo e coordinamento per l'attuazione dell'articolo 40, comma 1, della legge 22 febbraio 1994, n. 146, concernente disposizioni in materia di valutazione di impatto ambientale. GURI, n. 302, serie generale del 27 dicembre 1999.
Luxemburg	01. Loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés, <i>Mémorial</i> , n° 100, p. 1904
Niederlande	01. Wet van 29 april 1999 tot wijziging van bepalingen in de wet Milieubeheer met betrekking tot milieu-effectrapportage (Stb. 1999, 208) 02. Besluit van 7 mei 1999 houdende wijziging van het besluit Milieu-effectrapportage 1994 alsmede uitvoering van artikel 2, derde lid, van de Tracéwet (Stb. 1999, 224)
Österreich	01. Bundesgesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit und die Bürgerbeteiligung
Portugal	Bislang keine Notifizierung
Finnland	01. Laki ympäristövaikutusten arviointimenettelystä annetun lain muuttamisesta / Lag om ändring av lagen om förfarandet vid miljökonsekvensbedömning (267/99) 5.3.1999 02. Asetus ympäristövaikutusten arviointimenettelystä / Förordning om förfarandet vid miljökonsekvensbedömning (268/99) 5.3.1999
Schweden	01. Miljöbalken, Svensk författningssamling (SFS) 02. Lag om kärnteknisk verksamhet, Svensk författningssamling (SFS) 1984:3 03. Lag om inrättande, utvidgning och avlysning av allmän farled och allmän hamn, Svensk författningssamling (SFS) 1983:293 04. Minerallag, Svensk författningssamling (SFS) 1991:45 05. Lag om Sveriges ekonomiska zon, Svensk författningssamling (SFS) 1992:1140 06. Lag om kontinentalsockeln, Svensk författningssamling (SFS) 1966:314 07. Lag om vissa rörledningar, Svensk författningssamling (SFS) 1978:160 08. Förordning om miljöfarlig verksamhet och hälsoskydd, Svensk författningssamling (SFS) 1998:899 09. Ellag, Svensk författningssamling (SFS) 1997:857 10. Förordning om miljökonsekvensbeskrivningar, Svensk författningssamling (SFS) 1998:905 11. Lag om vissa rörledningar, Svensk författningssamling (SFS) 1978:160 12. Förordning om ändring i förordningen om miljöfarlig verksamhet och hälsoskydd
Vereinigtes Königreich	01. The Town and Country Planning (Environmental Impact Assessment) (England and Wales) Regulations No 293/99 02. The Environmental Impact Assessment (Scotland) Regulations, 1999

Mitgliedstaat **Richtlinie 97/11/EG des Rates vom 3. März 1997 zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten**

ABl. L 73 vom 14.3.1997, S. 5-15

Umsetzungsfrist: 14.3.1999

-
- 03. The Planning (Environmental Impact Assessment) (Northern Ireland) Regulations No 293/99
 - 04. The Harbour Works (Environmental Impact Assessment) Regulations 1999. SI No 3445
 - 05. The Nuclear Reactors (Environmental Impact Assessment for Decommissioning) Regulations 1999, SI No 2892. SG(2000)A/02536
-

Mitgliedstaat	Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24. September 1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung
	ABl. L 257 vom 10.10.1996, S. 26-40
	Umsetzungsfrist: 30.10.1999
Belgien	01. Besluit van de Vlaamse regering van 24 maart 1998 tot wijziging van het besluit van de Vlaamse regering van 1 juni 1995 houdende algemene en sectorale bepalingen inzake milieuhygiëne, Belgisch Staatsblad van 30 april 1995 blz. 13775 02. Arrêté du 4 mars 1999 du gouvernement de la Région de Bruxelles-Capitale fixant la liste des installations de classes IB, II et III en exécution de l'article 4 de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement 03. Ordonnance du 22 avril 1999 fixant la liste des installations de classe IA visée à l'article 4 de l'ordonnance du 5 juin 1997 relative aux permis d'environnement
Dänemark	01. Bekendtgørelse om godkendelse af listevirksomhed 02. Lov om ændring af lov om miljøbeskyttelse. Statstidende nr. 367 af 2. juni 1999. SG(1999)A/15073 03. Bekendtgørelse nr. 807 04. Lov nr. 698 af 22. september 1998
Deutschland	Bislang keine Notifizierung
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	Bislang keine Notifizierung
Frankreich	01. Loi n° 76-663 du 19 juillet 1976 relative aux installations classées pour la protection de l'environnement. 02. Décret n° 77-1133 du 21 septembre 1977 pris pour l'application de la loi n° 76-663
Irland	01. The Waste Management (Licensing) Regulations, 1997, Statutory Instruments No 133 of 1997
Italien	01. Decreto legislativo 4 agosto 1999, n. 372. Attuazione della direttiva 96/61/CE relativa alla prevenzione e riduzione integrate dell'inquinamento. GURI, serie generale, n. 252, del 26 ottobre 1999. 02. Legge, disposizioni per l'ademimento di obblighi derivanti dall'appartenenza dell'Italia alle Comunità europee (legge comunitaria 1995-1997) del 24 aprile 1998 n. 128, Supplemento ordinario n. 88/L alla Gazzetta ufficiale, serie generale, del 7 maggio 1998, n. 104.
Luxemburg	01. Loi du 10 juin 1999 relative aux établissements classés, <i>Mémorial</i> , n° 100, p. 1904
Niederlande	01. Besluit van 15 september 1997 tot wijziging van het Inrichtingen- en vergunningenbesluit milieubeheer, Staatsblad nr. 418 van 1997 02. Wet van 6 november 1997 tot aanpassing van bijzondere wetten aan de derde tranche van de Algemene wet bestuursrecht (Aanpassingswet derde tranche Awb I), Staatsblad nr. 510 van 1997 03. Beschikking van de minister van Justitie van 12 januari 1998 houdende plaatsing in het Staatsblad van de tekst van de Algemene wet bestuursrecht, zoals deze luidt met ingang van 1 januari 1998, Staatsblad nr. 1 van 1998 04. Besluit van 24 augustus 1999 houdende wijziging van het Uitvoeringsbesluit verontreiniging rijkswateren mt betrekking tot de bij een vergunningaanvraag te verstrekken gegevens. Staatsblad 1999, 397.
Österreich	01. Gesetz vom 10. Dezember 1998 über die Vermeidung, Erfassung und Behandlung von Abfällen (Salzburger Abfallwirtschaftsgesetz 1998), Land Salzburg, Landesgesetzblatt, 31. März 1999, Nr. 35, S. 125 02. Gesetz vom 10. Dezember 1998 über die Regelung des Elektrizitätswesens im Burgenland (Burgenländisches Elektrizitätswesengesetz 1999 – EIWG 1999), Landesgesetzblatt für das Burgenland, Nr. 7/1999, ausgegeben und versendet am 18. Februar 1999
Portugal	Bislang keine Notifizierung
Finnland	Bislang keine Notifizierung
Schweden	01. Svensk författningsamling (SFS) 1998:899 — 1998:905 — 1998:1350
Vereinigtes Königreich	Bislang keine Notifizierung

Mitgliedstaat **Richtlinie 98/73/EG der Kommission vom 18. September 1998 zur vierundzwanzigsten Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)**

ABl. L 305 vom 16.11.1998, S. 1-181

Umsetzungsfrist: 31.10.1999

Belgien Bislang keine Notifizierung

Dänemark Bislang keine Notifizierung

Deutschland Bislang keine Notifizierung

Griechenland Bislang keine Notifizierung

Spanien 01. Orden de 16 de julio de 1999 por la que se modifican los anexos I y V del Reglamento sobre notificación de substancias nuevas y clasificación, envasado y etiquetado de sustancias peligrosas, aprobado por el Real Decreto 363/1995, de 10 de marzo

Frankreich 01. Arrêté du 8 octobre 1999 modifiant l'arrêté du 20 avril 1994 relatif à la déclaration, la classification, l'emballage, l'étiquetage des substances et portant transposition de la directive 98/73/CE, Journal officiel du 16 octobre 1999, p. 17260

Irland 01. European Communities (Classification, Packaging, Labelling and Notification of Dangerous Substances) (Amendment) Regulations 1999. ref: SI No 363 of 1999, 17.11.1999. SG(1999)A/15969

Italien 01. Decreto ministeriale 7 luglio 1999, disposizioni relative alla classificazione, imballaggio ed etichettatura di sostanze pericolose in recepimento della direttiva 98/73/CE. GURI, n. 175, Supplemento ordinario alla Gazzetta ufficiale, n. 226, del 25 settembre 1999, serie generale

Luxemburg Bislang keine Notifizierung

Niederlande 01. Besluit van 14 oktober 1987 houdende regelen met betrekking tot de verpakking en aanduiding van milieugevaarlijke stoffen en bepaalde gevaarlijke preparaten (Besluit verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten) (Stb. 1987, 516)

02. Regeling van 27 januari 1988 (Nadere regels verpakking en aanduiding milieugevaarlijke stoffen en preparaten)

Österreich Bislang keine Notifizierung

Portugal Bislang keine Notifizierung

Finnland 01. Sosiaali- ja terveystieteiden tutkimuskeskuksen päätös kemikaalien luokitteluperusteista ja merkintöjen tekemisestä annetun sosiaali- ja terveystieteiden tutkimuskeskuksen päätöksen muuttamisesta (1058/1999)

02. Sosiaali- ja terveystieteiden tutkimuskeskuksen päätös vaarallisten aineiden luettelosta (1059/1999)

Schweden Bislang keine Notifizierung

Vereinigtes Königreich 01. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations (Northern Ireland) 1999.

02. The Chemicals (Hazard Information and Packaging for Supply) (Amendment) Regulations 1999. Ref: SI, 1.3.1999. SG(1999)A/13374

Mitgliedstaat	Richtlinie 98/101/EG der Kommission vom 22. Dezember 1998 zur Anpassung der Richtlinie 91/157/EWG des Rates über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren an den technischen Fortschritt (Text von Bedeutung für den EWR)
	ABl. L 1 vom 5.1.1999, S. 1-2
	Umsetzungsfrist: 31.12.1999
<hr/>	
Belgien	Bislang keine Notifizierung
Dänemark	Bislang keine Notifizierung
Deutschland	Bislang keine Notifizierung
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	Bislang keine Notifizierung
Frankreich	01. Décret n° 99-1171 du 29 décembre 1999 modifiant le décret n° 99-374 du 12 mai 1999 relatif à la mise sur le marché des piles et accumulateurs et à leur élimination, Journal officiel du 31 décembre 1999, p. 19857
Irland	Bislang keine Notifizierung
Italien	Bislang keine Notifizierung
Luxemburg	01. Règlement grand-ducal du 16 juillet 1999 modifiant le règlement grand-ducal modifié du 23 mai 1993: <ul style="list-style-type: none"> — relatif aux piles et accumulateurs contenant certaines matières dangereuses — portant modification de l'annexe 1 de la loi du 11 mars 1981 portant réglementation de la mise sur le marché et de l'emploi de certaines substances et préparations dangereuses
Niederlande	Bislang keine Notifizierung
Österreich	01. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, mit der die Verordnung über die Rücknahme und Schadstoffbegrenzung von Batterien und Akkumulatoren geändert wird, BGBl. 495
Portugal	Bislang keine Notifizierung
Finnland	01. Valtioneuvoston päätös eräitä vaarallisia aineita sisältävistä paristoista ja akuista annetun valtioneuvoston päätöksen 2 ja 3 §:n muuttamisesta / Statsrådets beslut om ändring av 2 och 3 § statsrådets beslut om batterier och ackumulatorer som innehåller vissa farliga ämnen 17/99, 14.1.1999 02. Landskapsförordning om tillämpning i landskapet Åland av riksföfattningar om explosionsfarliga ämnen och kemikalier (5/96) 23.1.1996, Ålands författningssamling
Schweden	01. Förordning om ändring i förordningen (1997:645) om batterier, PIT N° 260 26.5.1999
Vereinigtes Königreich	Bislang keine Notifizierung
<hr/>	

Mitgliedstaat	Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58-68 Umsetzungsfrist: 1.7.1999
Belgien	Bislang keine Notifizierung
Dänemark	01. Bekendtgørelse om kvaliteten af benzin og dieselolie til brug i motorkøretøjer mv. Statstidende nr. 529 af 25. juni 1999
Deutschland	Bislang keine Notifizierung
Griechenland	Bislang keine Notifizierung
Spanien	Bislang keine Notifizierung
Frankreich	01. Arrêté du 25 mai 1999 modifiant l'arrêté du 24 janvier 1994 relatif aux caractéristiques du supercarburant sans plomb, Journal officiel du 28 juin 1999, p. 9376
Irland	Bislang keine Notifizierung
Italien	Bislang keine Notifizierung
Luxemburg	Bislang keine Notifizierung
Niederlande	01. Besluit van 17 december 1999 houdende uitvoering van Richtlijn 98/70/EG (...) (Besluit kwaliteitseisen wegverkeer) (Stb. 1999, 566)
Österreich	Bislang keine Notifizierung
Portugal	Bislang keine Notifizierung
Finnland	01. Statsrådets beslut om kvalitetskraven på motorbensin och dieselolja 02. Landskapslag om tillämpning i landskapet Åland av vissa riksförfattningar rörande åtgärder mot förorening av luften, Ålands författningssamling, 2.4.1991, nr 32, SG(1999)A/13943 03. Ålands landskapsstyrelses beslut om tillämpning i landskapet Åland av vissa statsrådsbeslut rörande åtgärder mot förorening av luften, Ålands författningssamling, 28.11.1996, nr 69, SG(1999)A/13943 04. Ålands landskapsstyrelses beslut om ändring av Ålands landskapsstyrelses beslut om tillämpning i landskapet Åland av vissa statsrådsbeslut rörande åtgärder mot förorening av luften, Ålands författningssamling, 26.8.1999, nr 56, SG(1999)A/13943
Schweden	Bislang keine Notifizierung
Vereinigtes Königreich	Bislang keine Notifizierung

ANHANG 3

Kapitel „Umwelt“ des 16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (KOM (1999) 301 endg.)

2.12. Umwelt

Die Kontrolle der Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft wird von der Kommission gemäß Artikel 155 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft unter Anwendung des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 169 ausgeübt. Sie erstreckt sich auf die Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen und deren Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht, auf die Anwendung der Richtlinien und die Durchführung der Verordnungen. Sie wird entweder von Amts wegen durchgeführt oder aufgrund von Anfragen des Europäischen Parlaments, von Petitionen, die beim Europäischen Parlament eingehen, sowie von Beschwerden, die auf einen möglichen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht aufmerksam machen.

Einige allgemeine statistische Angaben sollen einen Eindruck davon vermitteln, wie gewissenhaft die Kommission die Umsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft überwacht. 1998 erhob die Kommission im Zusammenhang mit Umweltfragen Klage vor dem Gerichtshof wegen 15 Verstößen (eine auf der Grundlage von Artikel 171 - siehe unten) und schickte 118 mit Gründen versehene Stellungnahmen bzw. Zusatzstellungen (davon 4 auf der Grundlage von Artikel 171) an Mitgliedsstaaten.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Kommission auch im Jahre 1998 auf Artikel 171 des Vertrages zurückgriff, um dem Umweltrecht der Gemeinschaft Geltung zu verschaffen. Nach Artikel 171 Absatz 2 Unterabsatz 2 der durch den Vertrag über die Europäische Union geänderten Fassung kann die Kommission, wenn ein Mitgliedstaat einem Urteil des Gerichtshofs, das nach Artikel 169 erlassen wurde und eine Verletzung des Gemeinschaftsrechts durch diesen Staat feststellt, den Gerichtshof ein zweites Mal anrufen und hierbei die Verhängung finanzieller Sanktionen (Geldstrafe oder Zwangsgeld) beantragen. Das auf der Grundlage von Artikel 171 durchgeführte Verfahren hat sich als sehr wirksam erwiesen, und man kann davon ausgehen, dass die Mitgliedstaaten inzwischen begriffen haben, dass die nach der Verhängung des Versäumnisurteils erforderliche Angleichung der einzelstaatlichen Regelungen an das Gemeinschaftsrecht kurzfristig zu erfolgen hat. Im Bereich des Umweltrechts konnten die meisten der eingeleiteten Verfahren eingestellt werden. So sind seit Januar 1997 von den 10 Fällen, in denen die Kommission beschlossen hatte, den Gerichtshof zum zweiten Mal anzurufen und die Verhängung von Zwangsgeldern zu beantragen, inzwischen 7 geklärt.

Im Laufe des Jahres 1998 beschloss die Kommission auf der Grundlage von Artikel 171, in zwei neuen Fällen Klage beim Gerichtshof einzureichen; der eine Fall bezog sich auf die Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten durch Frankreich (Rechtssache C-373/98), der andere auf die Umsetzung der Richtlinie über städtische Abwässer durch Italien (die Einreichung der Klageschrift steht noch aus). Zudem laufen 12 weitere Verfahren im Stadium der schriftlichen Aufforderung zur Äußerung bzw. einer mit Gründen versehenen Stellungnahme wegen nicht erfolgter Mitteilung, mangelnder Übereinstimmung oder mangelhafter Anwendung. Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Fälle folgt in dem zweiten Teil des Berichts, der sich der Lage in den einzelnen Bereichen widmet.

Allerdings beschränkt sich die Kontrollfunktion der Kommission weder auf das gerichtliche Verfahren noch auf die letzte Phase des Vorverfahrens, d. h. die Übersendung von mit Gründen versehenen Stellungnahmen und deren Beantwortung durch die Mitgliedstaaten. Diese Vorgänge stellen bereits das letzte Stadium des Vertragsverletzungsverfahrens dar, doch gerade im Umweltbereich können zahlreiche Fälle schon vorher abgeschlossen werden. Denn oft stellt sich heraus, dass die Fälle, auf die die Kommission durch Beschwerden, parlamentarische Anfragen und Petitionen hingewiesen wird, keine vertragswidrigen Zustände sind, weil entweder keine gemeinschaftsrechtliche Vorschrift existiert oder weil die Behauptungen der Beschwerdeführer/Petitionsunterzeichner de facto bzw. de jure nicht fundiert sind. Die Kommission bemüht sich also auch im Rahmen einer umfangreichen Korrespondenz und über regelmäßige Kontakte ihrer Dienststellen mit den Verwaltungen der Mitgliedstaaten (Paketsitzungen und Ad-hoc-Sitzungen), ihrer Aufgabe als Hüterin des Umweltrechts der Gemeinschaft nachzukommen.

Die Probleme bei der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft, die bereits in früheren Berichten hervorgehoben wurden, bestehen im wesentlichen immer noch: Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Anwendung dieses Rechts, begrenzte Kapazität der Kommission zur Kontrolle der Umsetzung. Um ihre Kontrollfunktion aktiv auszuüben und diesem Mangel abzuhelpfen, hat die Kommission 1998 die internen Vorschriften zur Bearbeitung der Vertragsverletzungsverfahren weiter überarbeitet, damit eine zügigere und wirksamere Abwicklung gewährleistet werden kann.

Parallel dazu setzte die Kommission im Jahre 1998 ihre Arbeit auf der Grundlage ihrer im Oktober 1996 verabschiedeten Mitteilung über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ⁽¹⁹⁾ fort.

Konkret verabschiedete die Kommission am 16. Dezember 1998 den Entwurf einer Empfehlung des Rates, in dem Minimalkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten ⁽²⁰⁾ vorgesehen sind. Dieser Entwurf, der sich auf die Studie des im Bereich der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft tätigen europäischen Netzes IMPEL («Implementation and Enforcement of EU Environmental Law») stützt, legt für diese Inspektionen Leitlinien mit Minimalkriterien für die Organisation, Durchführung, Überwachung und Publizität der Umweltinspektionen fest. Die Empfehlung gilt für Umweltinspektionen im Bereich von Industrie- und sonstigen Anlagen, deren Emissionen genehmigungspflichtig sind; dazu gehören auch kerntechnische Anlagen, einschließlich solcher, die in der Forschung und im medizinischen Bereich arbeiten. Mit ihr soll die Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den einzelstaatlichen Vorschriften verstärkt kontrolliert und die einheitliche Umsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft in allen Mitgliedstaaten sichergestellt werden.

Wie in der Mitteilung über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft vorgesehen, werden die Informationen in dem vorliegenden Kapitel des Jahresberichtes über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch einen Jahresbericht («Annual Survey») mit weiteren Auskünften zum Umweltrecht der Gemeinschaft vervollständigt. Dieser Jahresbericht umfasst den Zeitraum von Oktober 1996 bis Dezember 1997; die nächste Ausgabe soll das folgende Kalenderjahr behandeln.

Der erste Jahresbericht legt in erster Linie die Folgemaßnahmen dar, die sich aus der Mitteilung über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ergeben, und liefert Angaben über die vom IMPEL-Netz durchgeführte Untersuchung zu den Minimalkriterien für Umweltinspektionen, über Arbeiten zum Problem des Zugangs zu den Gerichten

⁽¹⁹⁾ KOM(1996) 500 endg., 22. Oktober 1996.

⁽²⁰⁾ KOM(1998) 772 endg., 16. Dezember 1998.

in den Mitgliedstaaten und zu den Beschwerde- und Untersuchungsverfahren im Bereich des Umweltrechts, über die in mehreren Mitgliedstaaten durchgeführte Aus- und Fortbildung der Rechtsberufe, über ein Pilotprojekt zur Ausbildung in EU-Umweltrecht an mehreren Hochschulen sowie über Vorschläge für Sanktionen in künftigen Umweltrechtsvorschriften. In zweiter Linie beschreibt der «Annual Survey» den Stand der Durchführung bestimmter horizontaler Aktionen, wie z. B. des Projektes eines Grünbuchs über die Umwelthaftung, der Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt und der Forderungen aus der Richtlinie 91/692/EWG zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte über die Durchführung bestimmter Umweltschutzrichtlinien. Weiterhin enthält der «Annual Survey» ein Verzeichnis der Veröffentlichungen der Kommission zur Durchführung des Gemeinschafts- bzw. Völkerrechts (Berichte, Mitteilungen usw.), detaillierte Angaben über die Struktur und das Arbeitsprogramm des IMPEL-Netzes und schließlich einige Informationen zum Stand der Anwendung des EU-Umweltrechts einschließlich einer Übersicht mit Angaben über die einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien, deren Umsetzung im Berichtszeitraum des «Annual Survey» fällig wird.

Die Kommission verfolgt weiterhin aufmerksam die neuen Perspektiven, die sich für die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft aufgrund einiger Entwicklungen ergeben, zu denen sie einen aktiven Beitrag leistet und die Gegenstand von Gemeinschaftsinitiativen sind: Abschluss von Umweltabkommen, zivilrechtliche Haftung im Umweltbereich, Ausweitung der Aktivitäten des im Bereich der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft tätigen informellen IMPEL-Netzes, in dessen Sitzungen die Kommission die Kopräsidenschaft innehat, Einbeziehung der Umweltbelange in die anderen Gemeinschaftspolitiken. Letztgenannter Aspekt ist Gegenstand einer auf dem Gipfel von Cardiff im Juni 1998 ⁽²¹⁾ vorgelegten Mitteilung der Kommission an den Rat über eine Strategie zur Einbeziehung der Umweltbelange in die EU-Politik.

Wie bereits erläutert, werden im Rahmen der von der Kommission ausgeübten Kontrolle der Anwendung des EU-Umweltrechts drei Aspekte untersucht: die Mitteilung der einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen, die Vereinbarkeit dieser einzelstaatlichen Maßnahmen mit den Richtlinien, die damit umgesetzt werden, sowie die praktische Anwendung der Richtlinien und Verordnungen.

Hinsichtlich der Mitteilung der einzelstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen durch die Mitgliedstaaten war keine nennenswerte Veränderung im Vergleich zu dem vorhergehenden Bericht zu verzeichnen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Richtlinie als Rechtsakt für die Mitgliedstaaten nur hinsichtlich des zu erreichenden Ergebnisses verbindlich ist, ihnen aber die Wahl der Form und der Mittel überlässt. Generell wird davon ausgegangen, dass auf nationaler Ebene Maßnahmen erlassen werden, die gewährleisten, dass die gemeinschaftlich festgelegten Verpflichtungen im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsordnung verwirklicht werden. Jede neue Richtlinie sieht eine Frist (meistens zwei Jahre) für die Anpassung des innerstaatlichen Rechts an die Vorschriften der Richtlinie vor. Die Mitgliedstaaten müssen aber vor Ablauf dieser Frist die Richtlinie umgesetzt und außerdem ihre Umsetzungsmaßnahmen der Kommission mitgeteilt haben. Übrigens weist die Kommission bei Annahme einer neuen Richtlinie die Mitgliedstaaten darauf hin, dass diese fristgerecht umzusetzen ist und die entsprechenden Umsetzungsmaßnahmen ihr innerhalb der vorgegebenen Frist mitzuteilen sind.

Wenn der Kommission die Umsetzungsmaßnahmen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist mitgeteilt werden, liegt die Ursache dafür allgemein und logischerweise darin,

⁽²¹⁾ KOM(98) 333 endg.

dass auch die Maßnahmen zur Übernahme der Vorschriften in innerstaatliches Recht nicht fristgemäß angenommen wurden. Bedauerlich ist aber auch, dass bereits erlassene Maßnahmen der Kommission zu häufig mit mehrmonatiger oder noch größerer Verzögerung mitgeteilt werden und daher Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet bzw. fortgeführt werden müssen, obwohl sie eigentlich gegenstandslos sind. In jedem Falle leitet die Kommission systematisch ein Vertragsverletzungsverfahren ein, wenn keine Meldung über Umsetzungsmaßnahmen vorliegt.

Abgesehen davon, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, in der von der Richtlinie vorgegebenen Frist ihre Umsetzungsmaßnahmen unverzüglich mitzuteilen, haben die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten auch die späteren, im Zuge der Anwendung dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen mitzuteilen, solange diese Richtlinie in Kraft ist. Die Kommission muss leider feststellen, dass die Meldung solcher Maßnahmen nur allzu häufig unterbleibt.

Die Ursachen für Verzögerungen bei der Umsetzung und der Meldung von Maßnahmen wurden bereits in vorhergehenden Berichten beschrieben: institutionelle und administrative Strukturen in den Mitgliedstaaten, Umsetzungsverfahren, Schwierigkeiten in sehr technischen Bereichen (Chemie, Biotechnologie), möglicherweise mangelnde Koordination zwischen den Vertretern der Mitgliedstaaten, die an den Verhandlungen über die Richtlinien teilnehmen, und den Organen, die innerhalb der Mitgliedstaaten mit der Umsetzung der Richtlinien betraut sind.

Die Kommission kann immer wieder nur darauf hinweisen, wie wichtig es ist, die Rechts- und Verwaltungsarbeiten frühzeitig einzuleiten, um genau zu bestimmen, was umzusetzen ist (da einige bereits geltende Vorschriften schon ausreichend können), und anschließend die innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu erlassen, die die Umsetzung gewährleisten. Angesichts der Tatsache, dass die Anpassung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinien ziemlich viel Zeit beansprucht, insbesondere wenn sich bei Gesetzesänderungen die Einschaltung des nationalen Parlaments als notwendig erweist, sollte erfahrungsgemäß die Frist für den Umsetzungs- und Anpassungsprozeß von Anfang an genutzt werden, um die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission zu vermeiden.

Hierbei ist die Bedeutung des Urteils des Gerichtshofs vom 18. Dezember 1997 in der Rechtsache C-129/96 (*Inter-Environnement Wallonie ASBL gegen Région Wallonne*) hervorzuheben, das im Anschluss an ein Ersuchen des belgischen Conseil d'État um Vorabentscheidung zur Richtlinie 91/156/EWG erging. Der Gerichtshof erkannte darin für Recht, dass «nach den Artikeln 5 Absatz 2 und 189 Absatz 3 EWG-Vertrag sowie der Richtlinie 91/156 der Mitgliedstaat, an den diese Richtlinie gerichtet ist, während der in dieser festgesetzten Umsetzungsfrist keine Vorschriften erlassen darf, die geeignet sind, die Erreichung des in dieser Richtlinie vorgeschriebenen Zieles ernstlich in Frage zu stellen». Der Gerichtshof weist darauf hin ⁽²²⁾, dass es Sache des nationalen Gerichts ist, zu beurteilen, ob dies bei den nationalen Vorschriften, deren Rechtmäßigkeit es zu prüfen hat, der Fall ist. Bei dieser Beurteilung hat das nationale Gericht insbesondere zu prüfen, ob sich die betreffenden Vorschriften als eine vollständige Umsetzung der Richtlinie darstellen, und es hat die konkreten Folgen der Anwendung dieser mit der Richtlinie nicht übereinstimmenden Vorschriften und ihrer Geltungsdauer zu untersuchen. Stellen sich die betreffenden Vorschriften z. B. als eine endgültige und vollständige Umsetzung der Richtlinie dar, so könnte der Umstand, dass sie mit dieser nicht übereinstimmen, vermuten lassen, dass das in der Richtlinie vorgeschriebene Ziel nicht fristgerecht erreicht werden wird, wenn eine rechtzeitige Änderung der Vorschriften nicht möglich ist.

⁽²²⁾ Randnummer 46 bis 48 des Urteils.

Die Kommission beschloss, Klage beim Gerichtshof im Zusammenhang mit der Umsetzung mehrerer Richtlinien durch das Vereinigte Königreich auf dem Territorium Gibraltars zu erheben. Zwar bestätigte der Mitgliedstaat, dass die Richtlinien auf dieses Gebiet anwendbar sind, teilte der Kommission aber bislang keine Durchführungsmaßnahmen mit. Es handelt sich dabei um die Richtlinien 80/51/EWG, 83/206/EWG, 89/629/EWG und 92/14/EWG zur Begrenzung der Schallemission von zivilen Unterschallstrahlflugzeugen. 1998 teilte das Vereinigte Königreich Durchführungsmaßnahmen für die Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle mit, die zuvor Bestandteil desselben Vertragsverletzungsverfahrens war.

Für mehrere Richtlinien ist die Umsetzungsfrist 1998 abgelaufen:

- Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) ⁽²³⁾
- Richtlinie 96/62/EG des Rates vom 27. September 1996 über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität ⁽²⁴⁾
- für einige Vorschriften der Richtlinie 96/54/EG der Kommission vom 30. Juli 1996 zur 22. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher chemischer Stoffe an den technischen Fortschritt ⁽²⁵⁾
- Richtlinie 96/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. September 1996 zur Änderung der vorerwähnten Richtlinie 67/548/EWG ⁽²⁶⁾
- Richtlinie 97/68/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1997 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung der Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte ⁽²⁷⁾
- Richtlinie 97/49/EG der Kommission vom 29. Juli 1997 zur Änderung der Richtlinie 79/409/EWG des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten ⁽²⁸⁾
- Richtlinie 98/15/EG der Kommission vom 27. Februar 1998 zur Änderung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates im Zusammenhang mit einigen in Anhang I festgelegten Anforderungen ⁽²⁹⁾
- Richtlinie 97/69/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 zur 23. Anpassung der vorerwähnten Richtlinie 67/548/EWG an den technischen Fortschritt ⁽³⁰⁾.

Wie in der Vergangenheit musste die Kommission auch 1998 mehrere Vertragsverletzungsverfahren wegen unterbliebener Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen gegen alle Mitgliedstaaten einleiten; gegen Finnland wurde nur eines, gegen Luxemburg wurden zwei Verfahren eröffnet. Diese Verfahren werden in den nachfolgenden Kapiteln über die einzelnen Bereiche und Richtlinien näher betrachtet.

Wegen der Nichtübereinstimmung der einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung des EU-Rechts laufen in allen Bereichen des Umweltrechts gegen alle Mitgliedstaaten Ver-

⁽²³⁾ ABl. L 243 vom 24.09.1996 S. 31.

⁽²⁴⁾ ABl. L 296 vom 21.11.1996 S. 55.

⁽²⁵⁾ ABl. L 248 vom 30.09.1996 S. 1.

⁽²⁶⁾ ABl. L 236 vom 18.09.1996 S. 35.

⁽²⁷⁾ ABl. L 059 vom 27.02.1998 S. 1.

⁽²⁸⁾ ABl. L 223 vom 13.08.1997 S. 9.

⁽²⁹⁾ ABl. L 067 vom 07.03.1998 S. 29.

⁽³⁰⁾ ABl. L 343 vom 13.12.1997 S. 19.

tragsverletzungsverfahren. Die Mitgliedstaaten müssen ja nicht nur der Verpflichtung nachkommen, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien zu erlassen, sondern die Maßnahmen müssen auch mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen. Das ist nicht immer der Fall.

Einige Ursachen für diese Situation wurden bereits im vorhergehenden Bericht angeführt: Verteilung der Zuständigkeiten auf mehrere Ebenen eines Mitgliedstaats (nationale, regionale oder sonstige Ebene), Auswirkungen der Umsetzung der Umweltrechtsvorschriften auf andere Bereiche, in denen der Mitgliedstaat Maßnahmen ergreift (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie usw.), bereits existierende innerstaatliche Rechtsvorschriften, deren Anforderungen von denen der Richtlinie abweichen und die daher geändert werden müssen.

In jedem Fall achtet die Kommission streng darauf, dass die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten mit den Verpflichtungen aus den Umweltrichtlinien in Einklang gebracht werden; dieser Aspekt ihrer Kontrollfunktion gehört zu ihren Schwerpunkten. Kommission und Mitgliedstaaten haben im Rahmen des Vorverfahrens Gelegenheit, die Probleme zu erörtern, die sich ergeben können, wenn Übereinstimmung zwischen den innerstaatlichen Rechtsvorschriften und dem Gemeinschaftsrecht hergestellt werden soll. Es ist aber nach wie vor bedauerlich, dass nicht alle Mitgliedstaaten dem Beispiel Dänemarks, Deutschlands, Finnlands und Schwedens folgen, die zusammen mit den Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie detaillierte Erläuterungen und Konkordanztabellen übermitteln, aus denen die Entsprechung zwischen den nationalen und gemeinschaftlichen Vorschriften ersichtlich wird. Missverständnisse könnten so begrenzt und Probleme schneller festgestellt werden. Die Kontrolle der Übereinstimmung auf Gemeinschaftsebene könnte ebenfalls leichter durchgeführt werden. Die Mitgliedstaaten hätten auch den Vorteil, dass sich die Anzahl der Vertragsverletzungsverfahren auf ein Mindestmaß begrenzen ließe. Wenn Mitgliedstaaten bestimmte Rechtsetzungstechniken (beispielsweise Verwendung mehrerer Rechtsinstrumente) wählen, kann dies die Kontrolle der Kommission komplizieren; es empfiehlt sich daher eine intensive Mitwirkung der Mitgliedstaaten, die diese Techniken wählen, zwecks Erläuterung der Umsetzungsmodalitäten.

Hingewiesen sei darauf, wie sich die Einbeziehung des Umweltrechts der Gemeinschaft in die innerstaatliche Rechtsordnung der drei neuen Mitgliedstaaten nach ihrem Beitritt zur Gemeinschaft gestaltet hat. Nach ihrem Beitritt durften diese drei Länder gemäß den Vorschriften der Beitrittsakte ⁽³¹⁾ während einer Übergangszeit von vier Jahren einige innerstaatliche Vorschriften in den Bereichen Gesundheitswesen und Umwelt beibehalten. Diese speziellen Vorschriften der Beitrittsakte sind als «Überprüfungsklausel» ausgewiesen. Der Vier-Jahres-Zeitraum endete am 31. Dezember 1998. Während der Übergangszeit wurden von der Union die von ihr auf diesen Gebieten vorgegebenen Vorschriften überprüft. Als Folge der Überprüfung wurden in fast allen Fällen strengere Umweltnormen in der gesamten Europäischen Union vorgelegt bzw. verabschiedet, so z. B. hinsichtlich des Schwefelgehaltes im Benzin ⁽³²⁾ oder der Kennzeichnung gefährlicher Stoffe ⁽³³⁾. In anderen Fällen behalten die neuen Mitgliedstaaten ihre geltenden Vorschriften für einen längeren Zeitraum bei. Diese zusätzliche Frist ist für die weitere

⁽³¹⁾ In den Artikeln 69, 84 und 112 der Beitrittsakte Österreichs, Finnlands und Schwedens sind Übergangsregelungen für einige Umweltstandards vorgesehen.

⁽³²⁾ Vorschlag der Kommission KOM(1997)88 vom 12. März 1997 als Ersatz für die Richtlinie 93/12/EWG des Rates vom 23. März 1993 über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Brennstoffe (ABL L 74 vom 27.3.1993, S.81).

⁽³³⁾ Mehrere technische Anpassungen der Richtlinie 67/548/EWG.

Prüfung und die Suche nach Lösungen auf Gemeinschaftsebene nötig ⁽³⁴⁾. Die Kommission verabschiedete am 11. Dezember 1998 eine Mitteilung zur «Überprüfungsklausel», d. h. zur Stärkung der Umweltschutzvorschriften der Gemeinschaft nach dem Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens zur Europäischen Union ⁽³⁵⁾, in der sie eine Bilanz dieser Verfahrensweise zieht.

Die Kommission ist auch mit der Kontrolle der ordnungsgemäßen Umsetzung des Umweltrechts der Gemeinschaft (Richtlinien und Verordnungen) durch die Mitgliedstaaten betraut. Zum einen muss sie nachprüfen, ob die Mitgliedstaaten bestimmten allgemeinen Verpflichtungen (wie beispielsweise der Ausweisung von Gebieten oder der Aufstellung von Programmen) auch tatsächlich nachkommen. Zum anderen müssen konkrete Fälle untersucht werden, in denen bestimmte Praktiken oder Entscheidungen der Verwaltung als gemeinschaftsrechtswidrig angeprangert werden. Ob es sich nun um allgemeine Probleme oder Einzelfälle handelt, die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts zählt zu den wichtigen Aufgaben der Kommission.

Hier sei auf die wichtige Funktion der Beschwerden von Einzelpersonen und Nichtregierungsorganisationen wie auch der schriftlichen und mündlichen Anfragen und Petitionen an das Europäische Parlament hingewiesen, die der Kommission Aufschluss darüber liefern, inwieweit die Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen aus den Richtlinien und Verordnungen nachkommen. Diese Informationsquelle liefert der Kommission wertvolle Zusatzangaben für die Berichte, die anhand der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Auskünfte und der Antworten, die ihr die Mitgliedstaaten auf ihre Informationsersuchen erteilen, regelmäßig erarbeitet werden.

Die Zahl der Beschwerden ist nach einem Rückgang in den beiden letzten Jahren 1998 wieder gestiegen. Spanien, Frankreich und Deutschland waren am häufigsten Gegenstand von Beschwerden. Von Beschwerden am wenigsten betroffen waren dagegen Luxemburg, Finnland und Schweden. Die im Jahr 1998 registrierten Beschwerden entfallen im großen und ganzen auf folgende Bereiche: Natur (fast jede zweite Beschwerde), Umweltverträglichkeitsprüfung (jede vierte Beschwerde), Abfälle (jede zehnte Beschwerde), Luftverschmutzung (jede zehnte Beschwerde) und Gewässerverschmutzung (jede zehnte Beschwerde), wobei zuweilen in einer Beschwerde mehrere Probleme angesprochen werden.

Wie bereits im vorhergehenden Bericht erwähnt, muss sich die Kommission bei der Untersuchung von Einzelfällen mit sehr konkreten und bürgernahen Sachverhalten beschäftigen. Diese Tätigkeit bringt natürlich einige praktische Schwierigkeiten mit sich. Die Kommission sieht sich nicht nur mit dem Problem der räumlichen Entfernung konfrontiert, sie verfügt auch nicht über die notwendigen Mittel und Instrumente, um im Umweltbereich Überprüfungen vorzunehmen. Diese Überprüfungen sind aber notwendig, und die Kommission bemüht sich nach Kräften, diese Aufgabe optimal zu bewältigen, vor allem weil das Risiko besteht, dass das Umweltrecht zwar formell umgesetzt wird, sich aber die Verhaltensweisen in der Praxis nicht so ändern, wie dies nach dem Umweltrecht der Gemeinschaft gefordert ist. Für die Bürger zählt letztlich nur die tatsächliche Anwendung des Umweltrechts im täglichen Leben.

⁽³⁴⁾ Die weitere Überprüfung betrifft mehrere Vorschriften aus der Richtlinie 67/548/EWG sowie die Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gewisser gefährlicher Stoffe und Zubereitungen in der geänderten Fassung.

⁽³⁵⁾ Die Mitteilung vom 11. Dezember 1998 trägt den Titel: "Die Überprüfungsklausel. Umwelt- und Gesundheitsnormen vier Jahre nach dem Beitritt von Österreich, Finnland und Schweden zur Europäischen Union"; KOM(1998) 745 endg.

In den Beschwerden, parlamentarischen Anfragen und Petitionen werden meistens ganz konkrete Fälle aufgezeigt, von denen die Beschwerdeführer bzw. Petitionsunterzeichner direkt betroffen sind. Dies gilt für Beschwerden zur Umweltverträglichkeitsprüfung (Richtlinie 85/337/EWG) und zu Beeinträchtigungen von Gebieten, die gemäß der Richtlinie 79/409/EWG (wildlebende Vogelarten) als besondere Schutzgebiete eingestuft oder einzustufen sind. Die aufgezeigten Einzelfälle spiegeln zuweilen einen allgemeinen Zustand auf dem Gebiet eines oder auch mehrerer Mitgliedstaaten wider. Viele Probleme, die im Rahmen von Beschwerden angesprochen werden, sind auf eine nicht vollständige oder nicht ordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinien zurückzuführen. Deshalb bemüht sich die Kommission in erster Linie um die Lösung der Probleme, die aufgrund mangelnder Übereinstimmung bestehen, ohne jedoch die Fälle mangelnder Anwendung, die Grundsatzfragen, Probleme horizontaler Art oder mit den Richtlinien nicht zu vereinbarende Verwaltungspraktiken aufzeigen, zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass fundiertere Kenntnisse des Gemeinschaftsrechts, insbesondere bei den Beamten der Mitgliedstaaten, in einigen Fällen die Anwendung des Gemeinschaftsrechts erleichtern könnten.

2.12.1. Freier Zugang zu Informationen

Die Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt ist eine besonders wichtige Rechtsvorschrift für den gesamten Umweltbereich; denn über die Verbreitung von umweltbezogenen Informationen kann das Bewusstsein der Bürger für alle Umweltprobleme geschärft werden, wodurch eine aufgeklärte und wirksame Teilnahme an kollektiven Entscheidungen und eine demokratische Kontrolle möglich wird. Nach Auffassung der Kommission können die Bürger über dieses Rechtsinstrument einen sinnvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass selbst dann, wenn alle Mitgliedstaaten die innerstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie mitgeteilt haben, die Herstellung der Übereinstimmung zwischen innerstaatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht nicht zwangsläufig verwirklicht ist. Ein Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-217/97 Kommission gegen Deutschland, in der es um die Definition des Begriffs «Behörde» im Sinne der Richtlinie, um den Ausschluss eines Anspruchs auf Zugang zu Informationen, um die auszugsweise Übermittlung von Informationen und um angemessene Kosten für die Übermittlung von Informationen geht, steht bislang noch aus. Die Kommission übermittelte diesem Mitgliedstaat ebenfalls eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu einigen Aspekten der Umsetzung der Richtlinie im Bundesland Schleswig-Holstein.

Im übrigen beschloss die Kommission, gegen Spanien Klage beim Gerichtshof wegen der Unvereinbarkeit der Umsetzung mehrerer Bestimmungen der Richtlinie (angemessene Kosten, Ausschluss eines Anspruchs auf Zugang zu Informationen) zu erheben. Sie reichte auch Klage gegen Portugal ein, weil zum einen dieser Mitgliedstaat der Kommission den in Artikel 8 der Richtlinie vorgesehenen Bericht nicht vorgelegt hat und zum anderen die innerstaatlichen Umsetzungsmaßnahmen der Richtlinie zuwiderlaufen, was die Definition des Begriffs «Behörde» im Sinne der Richtlinie, die Personen, die Anspruch auf Zugang zu den Informationen haben, den Informationsgehalt und den Ausschluss eines Anspruchs auf Zugang zu Informationen betrifft.

Wegen mehrerer Aspekte mangelnder Übereinstimmung der Umsetzung sowohl durch die gesamtstaatliche Ebene als auch die Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien wurde Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Das Vereinigte Königreich hat dagegen aufgrund eines von der Kommission eingeleiteten Verfahrens seine früheren Rechtsvorschriften geändert. Verfahren gegen andere Mitgliedstaaten laufen weiter. Dagegen konnten die Verfahren gegen Italien und Irland aufgrund der Übermittlung neuer Rechtsvorschriften und gegen die Niederlande nach Mitteilung des Gesetzes vom 12. März 1998 eingestellt werden.

In den Beschwerden, die der Kommission zugehen, wird meistens darauf hingewiesen, dass sich die nationalen Behörden weigern, den Informationsersuchen nachzukommen, dass die Antwortfristen nicht eingehalten werden, dass die Ausnahmeregelungen von dem Grundsatz der Mitteilung zu großzügig ausgelegt oder unverhältnismäßig hohe Gebühren verlangt werden.

Auf der Grundlage des nach Artikel 8 der Richtlinie vorgesehenen Berichts erstellt die Kommission einen Bericht an das Europäische Parlament und fügt ihm gegebenenfalls Änderungsvorschläge bei. Am 25. Juni 1998 unterzeichneten die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten die Konvention der UN-Wirtschaftskommission für Europa über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Zugang zur Justiz im Umweltbereich. Dieses Übereinkommen kann als wichtiger Fortschritt und als ein Beitrag gewertet werden, der den Anspruch der Allgemeinheit auf ein Leben in einer der Gesundheit und dem Wohlbefinden förderlichen Umwelt besser schützen hilft. Die Unterzeichnung der Konvention durch die Gemeinschaft ist insofern bedeutsam, als es das erste verbindliche Rechtsinstrument ist, dass die Gemeinschaftsinstitutionen ausdrücklich bindet. Die Kommission hat seiner Ratifizierung oberste Priorität eingeräumt.

Zu erwähnen ist schließlich, dass der Gerichtshof in einem Urteil vom 17. Juni 1998 (Rechtssache C-321/96, *Wilhelm Mecklenburg gegen Kreis Pinneberg - Der Landrat*) auf ein Ersuchen eines deutschen Gerichts um Vorabentscheidung eine Auslegung bestimmter Begriffe der Richtlinie gegeben hat. Der Gerichtshof erkannte für Recht, dass der Begriff «Informationen über die Umwelt» (Artikel 2 Buchstabe a) der Richtlinie so auszulegen ist, dass er auf eine Stellungnahme einer Landschaftspflegebehörde im Rahmen ihrer Beteiligung an einem Planfeststellungsverfahren Anwendung findet, wenn diese Stellungnahme geeignet ist, die Entscheidung über die Planfeststellung hinsichtlich der Belange des Umweltschutzes zu beeinflussen. Damit erkannte der Gerichtshof an, dass der Gemeinschaftsgesetzgeber dem Begriff „Informationen über die Umwelt“ eine weite Bedeutung beilegen wollte, die sowohl die Angaben als auch die Tätigkeiten umfasst, die den Zustand dieser Bereiche betreffen, aber keinesfalls geeignet sein soll, zum Ausschluss irgendeiner Behördentätigkeit zu führen. Der Gerichtshof wies darauf hin, dass der Begriff „Maßnahmen“ dabei nur klarstellen soll, dass zu den Handlungen, die unter die Richtlinie fallen, sämtliche Formen der Verwaltungstätigkeit zu zählen sind. Von einer «Information über die Umwelt» kann daher bereits dann gesprochen werden, wenn eine Stellungnahme der Verwaltung eine Handlung darstellt, die den Zustand eines der von der Richtlinie erfassten Umweltbereiche beeinträchtigen oder schützen kann.

In derselben Rechtssache erkannte der Gerichtshof für Recht, dass der Begriff «Vorverfahren» in Artikel 3 Absatz 2 dritter Gedankenstrich der Richtlinie so auszulegen ist, dass er ein Verwaltungsverfahren, das lediglich eine Maßnahme der Verwaltung vorbereitet, nur dann umfasst, wenn es einem gerichtlichen oder quasigerichtlichen Verfahren unmittelbar vorausgeht und durchgeführt wird, um Beweise zu beschaffen oder ein Ermittlungsverfahren durchzuführen, bevor das eigentliche Verfahren eröffnet wird. In diesem Zusammenhang ist «Vorverfahren» daher als der Verfahrensabschnitt zu verstehen, der dem gerichtlichen Verfahren oder dem Ermittlungsverfahren unmittelbar vorausgeht. Da Artikel 3 Absatz 2 dritter Gedankenstrich somit eine Ausnahme von der allgemeinen Regelung der Richtlinie ermöglicht, kann er nicht so ausgelegt werden, dass seine Wirkung über das hinausgeht, was zum Schutz der von ihm gewährleisteten Interessen erforderlich ist.

2.12.2. Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten ist das optimale Rechtsinstrument für den gesamten Umweltbereich. Gemäß dieser Richtlinie müssen in zahlreichen Entscheidungen, die sich auf das Gemeinwohl auswirken, die Konsequenzen für die Umwelt berücksichtigt werden.

So hat Belgien aufgrund eines von der Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens und des daraufhin ergangenen Urteils vom 2. Mai 1996 (Rechtssache C-133/94) die nicht ordnungsgemäße Umsetzung des Anhangs I der Richtlinie ⁽³⁶⁾ korrigiert und die unvollständige Umsetzung der Vorschriften über grenzüberschreitende Konsultationsverfahren ⁽³⁷⁾ sowie des Anhangs II der Richtlinie ⁽³⁸⁾ nachgebessert, so dass die Kommission das Verfahren einstellte.

Es sei darauf hingewiesen, dass die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 97/11/EG zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG am 14. März 1999 abläuft und dass eine vorzeitige Umsetzung natürlich immer möglich ist.

Im übrigen gab das Europäische Parlament am 20. Oktober 1998 in erster Lesung seine Stellungnahme zu dem von der Kommission im Dezember verabschiedeten Richtlinienentwurf über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten Plänen und Programmen ⁽³⁹⁾ ab. Dieser Vorschlag soll es ermöglichen, dass umweltbezogene Erwägungen im Stadium der Vorbereitung und Verabschiedung von Rechtsakten, die den Rahmen für künftige Projekte abstecken, Berücksichtigung finden.

In zahlreichen Beschwerden, die bei der Kommission eingehen, und in vielen an das Parlament gerichteten Petitionen wird zumindest ansatzweise die mangelhafte Anwendung der Richtlinie 85/337/EWG durch die nationalen Behörden hervorgehoben. So wird vor allem bemängelt, dass die Qualität der Umweltverträglichkeitsprüfungen (vor allem die Bewertung der indirekten Auswirkungen eines Projekts) zu wünschen übrig lässt und dass die Empfehlungen, die aufgrund der Umweltverträglichkeitsprüfungen abgegeben werden (vor allem im Anschluss an die Konsultation der betroffenen Öffentlichkeit), in der endgültigen Entscheidung keine gebührende Berücksichtigung finden. Wie bereits in der Vergangenheit erwähnt, ist es für die Kommissionsdienststellen sehr schwierig, die Fälle zu untersuchen, in denen die mangelnde Qualität der Umweltverträglichkeitsprüfungen sowie die unzulängliche Berücksichtigung der Ergebnisse beanstandet werden. Die Richtlinie enthält zwar Vorschriften zum Inhalt der Umweltverträglichkeitsprüfungen ⁽⁴⁰⁾, dennoch ist es nicht immer leicht, die Einhaltung dieser Vorschriften durch die nationalen Behörden zu kontrollieren. Außerdem ist es aufgrund des verfahrensrechtlichen Charakters der Richtlinie nicht möglich, die letztinstanzlichen Entscheidungen der zuständigen nationalen Behörden anzufechten, sofern die von nach der Richtlinie vorgeschriebene Verfahrensweise eingehalten wurde. Dabei ist zu betonen, dass die Fälle mangelhafter Anwendung, welche der Kommission im Zusammenhang mit dieser Richtlinie vorgelegt werden, sich häufig auf konkrete Tatbestände (Existenz und Qualifikation) beziehen; eine Kontrolle möglicher Verstöße könnte daher höchstwahrscheinlich auf dezentraler Ebene, also insbesondere auf der Ebene nationaler Gerichte wirksamer ausgeübt werden.

Im Laufe des Jahres 1998 hatte der Gerichtshof Gelegenheit, sich mit der Richtlinie zu befassen; er fällte zwei Urteile und klärte dabei den Geltungsbereich einiger Bestimmungen der Richtlinie.

In seinem Urteil vom 18. Juni 1998 in der Rechtssache C-81/96 («Burgemeester en wethouders van Haarlemmerliede en Spaarnwoude u.a. gegen Gedeputeerde Staten van

⁽³⁶⁾ Königlicher Erlass vom 23. Dezember 1993 (Schutz der Bevölkerung und der Arbeitnehmer vor der Gefahr ionisierender Strahlungen); Verordnungen der Regierung Flanderns vom 4. Februar 1998 (Bewertung der Umwelteinwirkungen bestimmter störender Gewerbe; Arbeiten und Handlungen in anderen Bereichen als störender Gewerbeeinrichtungen).

⁽³⁷⁾ Verordnung der Regierung der Region Brüssel-Hauptstadt; vgl. auch vorerwähnte Verordnungen der Regierung Flanderns vom 4. Februar 1998.

⁽³⁸⁾ Verordnungen der Regierung Flanderns vom 10. März 1998.

⁽³⁹⁾ KOM(96) 511 endg.

⁽⁴⁰⁾ Vgl. insbesondere die Artikel 3, 5 und Anhang III der Richtlinie.

Noord-Holland») beantwortete der Gerichtshof eine Frage zur Anwendung der in der Richtlinie 85/337 für die erneute Genehmigung eines Flächennutzungsplans vorgesehenen Umweltverträglichkeitsprüfung, die ihm der Nederlandse Raad van State zur Vorabentscheidung vorgelegt hatte. Es sollte geklärt werden, ob es nach der Richtlinie zulässig ist, dass für ein in Anhang I der Richtlinie (unter allen Umständen obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung) aufgeführtes Projekt eine Genehmigung erteilt wird, ohne dass bei der Vorbereitung dieser Genehmigung ein Umweltverträglichkeitsbericht im Sinne der Richtlinie erstellt wurde, wenn sich diese Genehmigung auf ein Projekt bezieht, für das schon vor Inkrafttreten der Richtlinie eine Genehmigung erteilt worden war, von der jedoch kein Gebrauch gemacht wurde und bei deren Vorbereitung kein Umweltverträglichkeitsbericht erstellt wurde, der den Anforderungen der Richtlinie genügt.

Der Gerichtshof gelangte zu dem Schluss, dass die Richtlinie 85/337/EWG es einem Mitgliedstaat nicht gestattet, für in ihrem Anhang I aufgeführte Projekte von den Verpflichtungen betreffend die Umweltverträglichkeitsprüfung zu befreien, wenn für diese Projekte bereits vor dem 3. Juli 1988, dem Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Umsetzung der Richtlinie, eine Genehmigung erteilt worden war, bei der Vorbereitung dieser Genehmigung kein den Anforderungen der Richtlinie entsprechender Umweltverträglichkeitsbericht erstellt worden war und von der Genehmigung kein Gebrauch gemacht worden ist, und nach dem 3. Juli 1988 ein neues Genehmigungsverfahren förmlich eingeleitet worden ist.

Das zweite Urteil des Gerichtshofs wurde am 22. Oktober 1998 aufgrund einer Klage der Kommission gegen Deutschland (Rechtssache C-301/95) gesprochen. Hier stellte der Gerichtshof erstens fest, dass die Bundesrepublik Deutschland nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist die erforderlichen Maßnahmen getroffen hat, um der Richtlinie nachzukommen, insofern als sie nicht alle zur Umsetzung der Richtlinie dienenden, insbesondere von den Bundesländern ergriffenen Maßnahmen übermittelte. Zur fehlenden Anwendung der Richtlinie auf alle nach dem 3. Juli 1988 genehmigten Vorhaben stellte der Gerichtshof fest, dass die Bundesrepublik Deutschland ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, indem sie die Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung nicht für alle Projekte vorgesehen hat, die nach der Richtlinie einer solchen Prüfung zu unterziehen sind und für die das Genehmigungsverfahren nach dem 3. Juli 1988 eingeleitet worden ist. Zur unvollständigen Umsetzung des Artikels 2 der Richtlinie in Bezug auf die in deren Anhang II aufgezählten Projekte stellte der Gerichtshof fest, dass die Bundesrepublik Deutschland gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie verstoßen hat, indem sie von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung ganze Klassen der in Anhang II der Richtlinie aufgezählten Projekte von vornherein ausgenommen hat. Zur unvollständigen Umsetzung von Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie erklärte der Gerichtshof, dass diese Vorschrift der Richtlinie bestimmt, welchen Mindestinhalt die vom Projektträger vorzulegenden Angaben haben müssen. Der Gerichtshof gelangte hier zu der Auffassung, dass, falls aus Gründen, die etwa mit der föderalen Struktur Deutschlands zu tun haben, andere fachrechtliche Vorschriften des Bundes oder der Länder besondere Anforderungen vorsehen, die gegebenenfalls spezifischen Bedürfnissen auf den verschiedenen unter die Richtlinie fallenden Tätigkeitsgebieten entsprechen, Artikel 13 der Richtlinie den Mitgliedstaaten ausdrücklich vorbehalten, strengere Regeln als in der Richtlinie vorgesehen festzulegen. Dieser Klagepunkt wurde vom Gerichtshof daher zurückgewiesen.

Die Verfahren gegen Irland (Rechtssache C-392/96) und Portugal (Rechtssache C-150/97) laufen weiter; sie betreffen ebenfalls Fragen mangelnder Übereinstimmung.

In dem Verfahren gegen Irland trug der Generalanwalt Tesauro am 17. Dezember 1998 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-392/96 vor und empfahl dem Gericht, zu beschließen, dass Irland seinen Verpflichtungen laut Artikel 12 der Richtlinie nicht nachgekommen ist, da es für die in Punkt 1(b), (d) und (e) sowie 2(a) des Anhangs II der Richtlinie 85/337 aufgeführten Projekte nicht alle Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Umsetzung

von Artikel 4 Absatz 2 ergriffen und die Bestimmungen aus Artikel 2 Absatz 3, 5 und 7 der Richtlinie nur teilweise in innerstaatliches Recht umgesetzt hat. Es geht in dem Verfahren vor allem darum, dass Irland speziell für Projektarten wie die Vergabe von Ödland oder halbnatürlichen Flächen an Projekte zur landwirtschaftlichen Intensivnutzung, zur Aufforstung, wenn sie negative ökologische Veränderungen bewirken können, und zur Rodung von Flächen, wenn sie den Boden einem anderen Verwendungszweck wie Geflügelzucht oder Torfabbau zuführen, die Schwellenwerte so hoch angesetzt werden, dass in der Praxis für zahlreiche Projekte, die erhebliche Umweltauswirkungen mit sich bringen, die in der Richtlinie vorgesehene Umweltverträglichkeitsprüfung entfällt. Die fehlende Umsetzung von Artikel 2 Absatz 3, 5 und 7 der Richtlinie wird von Irland nicht bestritten.

Am 13. Oktober 1998 stellte Generalanwalt Mischo seine Schlussanträge in der Rechtsache C-150/97 (Kommission gegen Portugal), in denen er dem Gerichtshof empfahl, zu erklären, dass Portugal seinen Verpflichtungen aus Artikel 12 Absatz 1 der Richtlinie 85/337 nicht nachgekommen ist, indem es die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften nicht verabschiedet hat, um die Bestimmungen besagter Richtlinie in vollem Umfang und ordnungsgemäß umzusetzen. Mit der Klage soll festgestellt werden, dass zum einen die Umsetzungsfrist nicht eingehalten wurde und dass zum anderen die portugiesischen Rechtsvorschriften, mit denen die Richtlinie ⁽⁴¹⁾ verspätet umgesetzt wurde, nicht für die Projekte gelten, deren Genehmigungsverfahren zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, d. h. am 7. Juni 1990, bereits lief. Der Generalanwalt bezieht sich hierbei auf die Rechtsprechung des Gerichtshofs, wonach keine Bestimmung dieser Richtlinie dahingehend ausgelegt werden darf, dass sie den Mitgliedstaaten erlaubt, solche Projekte von der Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung auszunehmen, deren Genehmigungsverfahren nach dem 3. Juli 1988, dem Zeitpunkt des Ablaufs der Frist zur Umsetzung der Richtlinie, bereits eingeleitet war.

Die Kommission beschloss, Klage beim Gerichtshof gegen Deutschland wegen der Gesetzgebung über den Autobahnbau einzureichen. Des weiteren sandte sie eine mit Gründen versehene Zusatzstellungnahme an Italien sowie eine mit Gründen versehene Stellungnahme an das Vereinigte Königreich. Allerdings wurden von diesem Mitgliedstaat im Laufe des Jahres 1998 neue Umsetzungsmaßnahmen für England, Wales und Schottland verabschiedet. Gegen Irland wurden Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit der unzureichenden Anwendung eingeleitet. Schließlich beschloss die Kommission die Übermittlung einer mit Gründen versehene Zusatzstellungnahme an Spanien wegen der fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfung bei den meisten Projekten des Anhangs II.

2.12.3. *Luft*

In diesem Bereich wurde eine Reihe von Verfahren eingestellt, nachdem die Rechtslage, die zur Einleitung dieser Verfahren geführt hatte, bereinigt war. Dennoch sind einige Probleme immer noch nicht gelöst, vor allem die Anwendung der Richtlinien über die Abfallverbrennung und der Richtlinien, deren Umsetzungsfrist in Kürze abläuft.

Hinsichtlich der Umsetzung der Richtlinie 92/72/EWG über die Luftverschmutzung durch Ozon hat sich die Lage deutlich verbessert, so dass die eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren eingestellt werden konnten. 1998 beschloss die Kommission, den Gerichtshof wegen der unzureichenden Anwendung der Richtlinie durch Frankreich anzufragen; dabei geht es vor allem um die Meldung der Standorte der Messstellen und die Überschreitungen der in Anhang I der Richtlinie angegebenen Ozonkonzentrationen

⁽⁴¹⁾ Gesetzesverordnung 278/97 vom 8. Oktober 1997.

(180 µg/m³ bzw. 360 µg/m³), bei denen die Öffentlichkeit zu unterrichten bzw. zu warnen ist. Dieser Mitgliedstaat hat inzwischen Maßnahmen zur besseren Anwendung der Richtlinie ergriffen. Ebenso konnte das gegen Schweden eingeleitete Verfahren wegen unterlassener Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen eingestellt werden, da dieser Mitgliedstaat mittlerweile die entsprechenden Maßnahmen verabschiedet hat.

Deutschland ist mit Verspätung seiner Verpflichtung zur Mitteilung einzelstaatlicher Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 94/63/EG zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen nachgekommen, so dass die Kommission das deshalb eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren einstellen konnte.

Ersuchen zur Vorabentscheidung über die Auslegung und Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr. 3093/94 des Rates vom 15. Dezember 1994 über die Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen, wurden von italienischen Gerichten dem Gerichtshof vorgelegt. Die Fragen betreffen die Beschränkungen in der Produktion und Verwendung von Halonen und FCKW, die beide als umweltschädlich gelten. In seinen Urteilen vom 14. Juli 1998 (Rechtsachen C-284/95 und C-341/95) erkannte der Gerichtshof für Recht, dass Artikel 5 der Verordnung dahingehend ausgelegt werden muss, dass er die Verwendung und somit auch die Vermarktung von FCKW, die zur Brandbekämpfung eingesetzt werden, völlig untersagt und dass sich aus der Prüfung der aufgeworfenen Fragen kein Hinweis ergeben hat, der geeignet ist, die Gültigkeit von Artikel 5 der Verordnung in Frage zu stellen.

Für die Richtlinie 96/62/EG über die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität lief die Umsetzungsfrist am 21. Mai 1998 ab. Sie wird mehreren Rechtsakten, deren Annahme noch aussteht, als Grundlage dienen. Es sollen neue Grenzwerte für die Luftschadstoffe, auch für die in den geltenden Richtlinien bereits aufgeführten Luftschadstoffe festgelegt, die Alarmschwellen für die Unterrichtung der Öffentlichkeit bestimmt und die Methoden für die Beurteilung der Luftqualität vereinheitlicht werden, ferner sollen verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität vorgesehen werden, damit ein wirksamer Schutz der menschlichen Gesundheit und der Ökosysteme gewährleistet wird. Die Kommission beschloss, Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Italien, Schweden und dem Vereinigten Königreich mit Gründen versehene Stellungnahmen zuzuleiten, weil die Umsetzungsmaßnahmen dieser Mitgliedstaaten bei Ablauf der in der Richtlinie vorgesehenen Umsetzungsfrist fehlten oder nur teilweise ergriffen worden waren.

Für die Richtlinie 97/68/EG über die Emission von gasförmigen Schadstoffen und luftverunreinigenden Partikeln aus Verbrennungsmotoren für mobile Maschinen und Geräte waren Umsetzungsmaßnahmen bis spätestens 30. Juni zu ergreifen. Die Kommission beschloss, Belgien, Griechenland, Frankreich, Portugal, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich und dem Vereinigten Königreich mit Gründen versehene Stellungnahmen zuzuleiten, weil die Umsetzungsmaßnahmen dieser Mitgliedstaaten bei Ablauf der in der Richtlinie vorgesehenen Umsetzungsfrist fehlten oder nur teilweise ergriffen worden waren.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass 1998 die Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotoren und zur Änderung der in Kürze umzusetzenden Richtlinie 93/12/EWG des Rates ⁽⁴²⁾ verabschiedet wurde.

2.12.4. Wasser

Die Kommission setzt ihre Tätigkeiten zur Kontrolle der Durchführung der geltenden Richtlinien fort. Mit einem Viertel aller Vertragsverletzungsverfahren im Umweltbereich,

⁽⁴²⁾ Amtsblatt L 350 vom 28.12.1998 S. 58.

den vielen Beschwerden zur Qualität der Gewässer und den Petitionen, die beim Europäischen Parlament eingehen und von der Kommission bearbeitet werden, machen die Gemeinschaftsrechtsvorschriften über die Gewässerqualität einen erheblichen Teil der Arbeitsbelastung der Kommission aus. Diese Situation erklärt sich aus den zahlreichen und umfangreichen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsrecht, aber auch daraus, dass die Bürger dem Schutz der Gewässerqualität immer größere Bedeutung beimessen.

Hinsichtlich der Richtlinie 75/440/EWG über die Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung sind mehrere Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Sie beziehen sich vor allem auf die Festlegung von systematischen Aktionsplänen (Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie), die als wichtiges Instrument für den Schutz der Gewässer (Pestizide, Nitrate usw.) gelten, und auf die Voraussetzungen für die Ausnahmen nach Artikel 4 Absatz 3. Die Kommission konnte das nach Artikel 171 gegen Deutschland eingeleitete Verfahren aufgrund des Urteilspruchs vom 17. Oktober 1991 (Rechtssache C-58/89) einstellen, nachdem ein systematisches Aktionsprogramm für das gesamte Hoheitsgebiet übermittelt worden war. Die Kommission zog daher die beim Gerichtshof eingereichte Klage in der Rechtssache C-122/97 zurück.

Im übrigen bestätigte der Gerichtshof zwei Vertragsverletzungen durch Portugal. Die erste ist Gegenstand des Urteils vom 17. Juni 1998 (Rechtssache C-214/97) und betrifft das Fehlen eines systematischen Aktionsprogramms für sein gesamtes Hoheitsgebiet. Der Gerichtshof stellte fest, dass die von den Behörden übermittelten Unterlagen trotz ihres Titels und der darin beschriebenen Projekte keinen systematischen Aktionsplan darstellen, da kein Zeitplan für die Verbesserung der Gewässerqualität vorgegeben wird, nicht alle Wasserläufe einbezogen wurden und ein geeigneter Rahmen für die Verbesserung der Gewässerqualität fehlt. Es sei darauf verwiesen, dass später ein systematisches Aktionsprogramm an die Kommission übermittelt wurde.

Die zweite wird in dem Urteil vom 15. Oktober 1998 (Rechtssache C-229/97) behandelt und betrifft die nicht ordnungsgemäßen und nicht vollständigen Probenahmemethoden, die somit gegen die auf der Grundlage der Richtlinie 75/440/EWG verabschiedeten Richtlinie 79/869/EWG verstoßen. Im Zusammenhang mit der letztgenannten Klage wurde der Kommission das am 1. August 1998 verabschiedete Gesetzesdekret zugestellt, welches das innerstaatliche Recht mit der Richtlinie in Übereinstimmung bringen soll.

Die Kommission beschloss ebenfalls, ein Vertragsverletzungsverfahren beim Gerichtshof gegen Frankreich einzuleiten, da in der Bretagne durch Nitrat verunreinigtes Wasser zur Trinkwassergewinnung verwendet wird und Frankreich es versäumt hat, einen Verwaltungsplan für die Wasservorräte aufzustellen, der auf Dauer die Wiederherstellung der Qualität ermöglicht.

Eine mit Gründen versehene Zusatzstellungnahme wurde wegen des Fehlens eines systematischen Aktionsprogramms für das gesamte Hoheitsgebiet an Italien übermittelt. Das Vereinigte Königreich dagegen übermittelte im Laufe des Jahres 1998 seine innerstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie sowie die Aktionsprogramme.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 76/160/EWG über die Qualität der Badegewässer ist festzustellen, dass die Badegewässer zunehmend überwacht werden und dass sich die Qualität dieser Gewässer allmählich verbessert. Trotz dieser Fortschritte werden gegen etwa die Hälfte der Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren fortgesetzt, da diese den Anforderungen der Richtlinie nicht vollständig gerecht werden.

Zwar konnte das Vertragsverletzungsverfahren gegen Finnland wegen nicht fristgerechter Übermittlung der Umsetzungsmaßnahmen für die Provinz Åland eingestellt werden, dagegen läuft das Verfahren gegen Österreich weiter, und die Kommission musste vor dem Gerichtshof Klage einreichen. Außerdem sandte die Kommission in demselben Zusam-

menhang eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Deutschland, die die neuen Bundesländer betrifft. Es sei aber vermerkt, dass aufgrund des eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahrens Umsetzungsmaßnahmen für 5 der 6 neuen Bundesländer mitgeteilt worden sind.

Die Kommission musste ein Verfahren auf der Grundlage von Artikel 171 EGV gegen das Vereinigte Königreich im Blackpool-Fall einleiten, da das Urteil des Gerichtshofs vom 14. Juli 1993 (Rechtssache C-56/90) nur unvollständig vollzogen wurde. Die Rechtssache C-198/97 bezüglich der Gewässerqualität und der Häufigkeit der Probenahmen in Deutschland ist noch anhängig.

In der Rechtssache C-92/96, Kommission gegen das Königreich Spanien, sprach der Gerichtshof am 12. Februar 1998 sein Urteil und bestätigte, dass dieser Mitgliedstaat es verabsäumt hat, die notwendigen Maßnahmen zur Angleichung der Qualität der Binnenbadegewässerqualität auf dem spanischen Hoheitsgebiet an die in Artikel 3 der Richtlinie 76/160/EWG des Rates vom 8. Dezember festgelegten Grenzwerte zu ergreifen. Dieser Fall ist der erste, in dem ein Mitgliedstaat dafür verurteilt wird, dass er seine Verpflichtung zur landesweiten Angleichung der Badegewässerqualität an die Richtlinienvorgaben nicht erfüllt hat.

Die Kommission reichte beim Gerichtshof auch Klage gegen Belgien (Rechtssache C-307/98) ein, weil einige Badegewässer unzureichend überwacht sind und den Anforderungen nicht genügen. Des weiteren übermittelte die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Frankreich und die Niederlande wegen der Gewässerqualität und der Häufigkeit der Probenahmen und beschloss, Verfahren gegen Portugal anzuwenden. Weiterhin läuft ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien wegen der Anwendung der Richtlinie. Eine mit Gründen versehene Stellungnahme ging auch an Dänemark und Finnland, weil die laut Richtlinie obligatorischen Maßnahmen in Bezug auf den Parameter «Gesamtcoliforme Bakterien» fehlten.

Schließlich bleibt hinsichtlich der Badegewässer festzustellen, dass bei der Kommission zahlreiche Beschwerden wegen der Verleihung der «Blauen Fahne» eingingen. Diese Initiative, die für die Information von Badenden durchaus von Bedeutung ist, fällt keineswegs in die Zuständigkeit der Kommission oder unter die Richtlinie 76/160/EWG, so dass die Kommission diesen Beschwerden nicht nachgehen kann.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 76/464/EWG betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft sowie der Richtlinien, die spezifische Normen pro Stoff festlegen, sind Vertragsverletzungsverfahren gegen die meisten Mitgliedstaaten eingeleitet worden.

Da die Programme zur Verringerung der Gewässerverschmutzung durch gefährliche Substanzen der Liste II des Anhangs der Richtlinie 76/464/EWG nicht mitgeteilt wurden oder die mitgeteilten Programme unzulänglich sind, hat der Gerichtshof in seinem Urteil vom 11. Juni 1998 die Vertragsverletzung durch Luxemburg (Rechtssache C-206/96) bestätigt. Dieses Urteil ist das erste, das einen entsprechenden generellen Verstoß eines Mitgliedstaats behandelte. Konkret stellte der Gerichtshof das Fehlen von Programmen zum Abbau von 99 Substanzen der Liste II fest. Bei den betroffenen Gewässern liegt eine Verschmutzung im Sinne von Artikel 1 der Richtlinie vor. Luxemburg übermittelte inzwischen einen Plan, mit dessen Hilfe die Übereinstimmung mit Artikel 7 der Richtlinie hergestellt werden soll.

Der Gerichtshof fällte am 1. Oktober 1998 ein Urteil gegen Italien (Rechtssache C-285/96), in welchem es wie beim vorherigen Urteil gegen Luxemburg ein Pflichtverhältnis des Mitgliedstaats im Zusammenhang mit den 99 vorerwähnten Substanzen feststellt und erneut auf die Verpflichtung aller von der Verschmutzung durch die in der Richtlinie 76/464/EWG genannten Substanzen betroffenen Mitgliedstaaten hinwies, spe-

zifische Programme zur Reduzierung der Verschmutzung durch die Stoffe der Liste II aufzustellen. Desgleichen bestätigte der Gerichtshof am 25. November 1998 in seinem Urteil (Rechtssache C-214/96 Kommission/Spanien) die gleiche Vertragsverletzung des Mitgliedstaats, wobei es in diesem Verfahren nicht nur um die obengenannten 99 Substanzen, sondern um alle Stoffe der Liste ging.

Es laufen im Zusammenhang mit dem gleichen Verstoß seit 1996 bzw. 1997 Verfahren vor dem Gerichtshof gegen Deutschland (Rechtssache C-184/97), Belgien (Rechtssache C-207/97) und Griechenland (Rechtssache C-384/97). 1998 reichte die Kommission Klage beim Gerichtshof gegen Portugal (Rechtssache C-261/98) und die Niederlande (Rechtssache C-152/98) ein. Ein Verfahren ist gegen Frankreich anhängig. Gegen Irland läuft ein Verfahren, obwohl augenblicklich gewisse Fortschritte zu verzeichnen sind. Dagegen konnte die Kommission das gegen Dänemark eingeleitete Verfahren einstellen, nachdem das Land mit Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG übereinstimmende Programme verabschiedet und umgesetzt hatte. Außerdem gab es bemerkenswerte Fortschritte im Vereinigten Königreich zu vermelden, denn für Schottland und Nordirland, für die bislang kein Programm existierte, wurden Dokumente übermittelt ⁽⁴³⁾. Diese Entwicklungen bestärken die Kommission in ihrer Auffassung, dass die in Artikel 7 der Richtlinie 76/464/EWG vorgesehenen Programme zur Verringerung der Gewässerverschmutzung durch gefährliche Substanzen ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Gewässerqualität darstellen. Die Kommission ist entschlossen, diese Programme in allen Mitgliedstaaten durchzusetzen.

Ebenfalls ist darauf hinzuweisen, dass der Gerichtshof in zwei Fällen, die mit der Einleitung gefährlicher Substanzen in Gewässer zusammenhängen, eine Vertragsverletzung Portugals anerkannt hat. Zum einen bestätigte das Gericht in einem Urteil vom 18. Juni 1998 (Rechtssache C-208/97) einen Verstoß des Mitgliedsstaats, da dieser keine spezifischen Programme zur Unterbindung von Quecksilberableitungen, wie sie in der Richtlinie 84/156/EWG vorgesehen sind, umgesetzt hat. Zum anderen stellte der Gerichtshof in seinem Urteil vom 28. Mai 1998 (Rechtssache C-213/97) die Nichtübereinstimmung der Umsetzung der nach Artikel 6 der Richtlinie 76/464/EWG erlassenen geänderten Richtlinie 86/280/EWG, in der Grenzwerte und Qualitätsziele für bestimmte Stoffe vorgegeben sind, fest. In beiden Fällen beschloss die Kommission die Einleitung eines Verfahrens nach Artikel 171 EGV.

Die Kommission stellt nach wie vor fest, dass die Unzulänglichkeit der Programme zur Verringerung der Gewässer in zahlreichen Einzelfällen dazu führt, dass die Richtlinie mangelhaft angewandt wird (Verschmutzung von Wasserläufen durch landwirtschaftliche und industrielle Einleitungen). Diese punktuellen Schwierigkeiten können nur geregelt werden, wenn dem Problem in seiner Gesamtheit Rechnung getragen wird. In mehreren Mitgliedstaaten bleiben noch einige Fragen zu lösen, da die Einleitungen keiner vorherigen Genehmigung bedürfen. So hat der Gerichtshof in seinem Urteil vom 11. Juni 1998 (verbundene Rechtssachen C-232/95 und C-233/95) festgestellt, dass Griechenland keine Programme zur Verringerung der Gewässerverschmutzung durch Substanzen der Liste II der Richtlinie 76/464/EWG für den Vegoritis-See, den Fluss Soulos und den Golf von Pagasitikos umgesetzt hat. Der Gerichtshof weist auch darauf hin, dass wegen des Fehlens von Programmen im Sinne von Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie 76/464/EWG keine Genehmigungen zur Einleitung gemäß Artikel 7 Absatz 2 erteilt worden sein können, denn die fraglichen Genehmigungen enthalten für die einzeln zu genehmigenden Ableitungen Emissionsnormen, die in Abhängigkeit von den zuvor im Programm nach Absatz 1 festgelegten Qualitätszielen zu ermitteln sind.

⁽⁴³⁾ The Surface Waters (Dangerous Substances)(Classification) Regulations (Northern Ireland) 1998 (SR.1998 No. 397); The Surface Waters (Dangerous Substances)(Classification)(Scotland)(No.2) Regulations 1998 (SI 1998 No. 1344).

Die Kommission beschloss im übrigen, das Verfahren nach Artikel 171 EGV einzuleiten.

Außerdem übermittelte sie Portugal wegen der Ableitungen aus einem Nahrungsmittelwerk in Santo Tirso eine mit Gründen versehene Stellungnahme; allerdings kündigten die portugiesischen Behörden in ihrer Antwort Maßnahmen zur Lösung dieses Problems an.

Dem Gerichtshof wurden vom niederländischen Raad van State zwei Ersuchen um Vorabentscheidung (Rechtssachen C-231/97 und C-232/97) vorgelegt, zu denen er sich aber noch nicht geäußert hat. Es geht dabei um die Auslegung der Richtlinie 76/464/EWG und speziell des Begriffs «Ableitung» im Zusammenhang mit verschmutzten Dämpfen, die direkt oder indirekt auf Oberflächengewässern kondensieren, sowie mit dem Auslaugen von Holz, das mit Kreosot (einem als Holzschutzmittel verwendeten Teerderivat) imprägniert ist, in Oberflächengewässern. Das zweite Ersuchen betrifft den Begriff «Verschmutzung aus signifikanten Quellen» in der Richtlinie 86/280/EWG betreffend Grenzwerte für die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe im Sinne der Liste I des Anhangs der Richtlinie 76/464/EWG.

Im Zusammenhang mit den Richtlinien 78/659/EWG über die Qualität von Süßwasser und 79/923/EWG über die Qualitätsforderungen an Muschelgewässer konnten Fortschritte verzeichnet werden. Das nach Artikel 171 wegen der Richtlinie 78/659/EWG gegen Deutschland eingeleitete Verfahren konnte nach dem Urteilsspruch vom 12. Dezember 1996 (Rechtssache C-298/95) aufgrund der Umsetzung geeigneter Maßnahmen eingestellt werden. Nach dem Vollzug des Urteils vom 9. März 1994 (Rechtssache C-291/93) durch Italien im Zusammenhang mit derselben Richtlinie konnten erhebliche Fortschritte erreicht werden, da die Ausweisung der meisten betroffenen Gewässer erfolgt ist und Programme zum Abbau der Verschmutzung verabschiedet worden sind. Nach dem Urteil des Gerichtshofs vom 4. Dezember 1997 (Rechtssache C-225/96), in dem ein Pflichtversäumnis Italiens im Zusammenhang mit der Festlegung von verbindlichen Werten und Richtwerten für eine Reihe gefährlicher Substanzen und der Ausweisung aller Gewässer, die die objektiven Merkmale der Muschelgewässer gemäß der Richtlinie 79/923/EWG aufweisen, festgestellt wurde, läuft das Vertragsverletzungsverfahren weiter. Das Vereinigte Königreich teilte im Laufe des Jahres 1998 neue Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien 78/659/EWG und 79/923/EWG mit.

Im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinie 80/68/EWG über den Schutz des Grundwassers gegen Verschmutzung durch bestimmte gefährliche Stoffe sind mehrere Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet worden. Der Gerichtshof stellte am 18. Juni 1998 eine Vertragsverletzung Portugals wegen mangelnder Übereinstimmung der portugiesischen Rechtsvorschriften fest (Rechtssache C-183/97); inzwischen hat der Mitgliedstaat jedoch das vorerwähnte, zur Umsetzung der Richtlinie erlassene Gesetzesdekret vom 1. August 1998 übermittelt. Die Kommission beschloss, Klage beim Gerichtshof gegen das Vereinigte Königreich in einem Fall einzuleiten, der die Grundwasserverschmutzung durch Stoffe betrifft, die in der Schafzucht Verwendung finden; allerdings könnte die Angelegenheit vor der Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens abgeschlossen werden, da mehrere Regelungen übermittelt wurden, die geeignet sind, das Problem zu lösen. Schließlich erhob die Kommission Klage vor dem Gerichtshof gegen Irland (Rechtssache C-331/98), weil dessen Rechtsvorschriften in Bezug auf bestimmte Aspekte der Ableitungen durch Gesundheitsbehörden mit der Richtlinie 80/68/EWG unvereinbar sind.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 80/778/EWG über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch läuft vor dem Gerichtshof (Rechtssache C-340/96) immer noch das Verfahren betreffend die britischen Verpflichtungserklärungen («undertakings»), in dem die Kommission die Auffassung vertritt, dass diese unverbindlichen Verpflichtungen formell und substantiell unzulänglich sind. Das Verfahren gegen Portugal

wegen der Unvereinbarkeit der zur Umsetzung der Richtlinie erlassenen Rechtsvorschriften läuft weiter; inzwischen hat der Mitgliedstaat jedoch das speziell zur Umsetzung der Richtlinie erlassene Gesetzesdekret vom 1. August 1998 übermittelt.

Des weiteren übermittelte die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der von diesem Mitgliedstaat gewählten Umsetzungsmodalitäten. Dagegen konnte sie das gegen Frankreich aufgrund einer beim Europäischen Parlament eingegangenen Petition eingeleitete Verfahren wegen der Wasserversorgung in dem Departement Eure (Nitratnachweis im Wasser) einstellen, nachdem aus den zuletzt übermittelten Daten hervorgeht, dass mit den von den Behörden ergriffenen signifikanten Maßnahmen die Richtlinie eingehalten werden konnte.

Bei der Kommission gehen nach wie vor zahlreiche Beschwerden über die mangelhafte Anwendung der Richtlinie ein; diese führen aber nicht zwangsläufig zu Vertragsverletzungsverfahren, denn die Beweislast liegt bei der Kommission, und für die Beschwerdeführer ist es manchmal schwierig, Beweiselemente zu erhalten.

Es sei auch darauf verwiesen, dass am 3. November 1998 die Richtlinie 98/83/EG des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch verabschiedet wurde, die ab 2003 die Richtlinie 80/778/EWG ⁽⁴⁴⁾ ersetzen soll.

Das Gemeinschaftsrecht enthält zwei Instrumente zur Bekämpfung des spezifischen Problems der Verunreinigung durch Phosphate und Nitrate und der daraus resultierenden Eutrophierung.

Das erste dieser beiden Instrumente ist die Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser. Danach müssen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass alle Gemeinden je nach ihrer Größe ab 1998, 2000 bzw. 2005 mit einem Abwasserkanalisations- und -aufbereitungssystem ausgestattet sind. Bisher musste die Kommission also nur kontrollieren, ob die Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt wurden und mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen. Die Kommission legt besonderen Wert auf die fristgerechte Umsetzung der Richtlinie, da sie von grundsätzlicher Bedeutung für die Verbesserung der Gewässerqualität und die Bekämpfung der Eutrophierung ist. Die Gemeinschaft unterstützt übrigens die Bemühungen der Mitgliedstaaten, sich mit den notwendigen Anlagen auszustatten, auch im Rahmen des Kohäsionsfonds und der Regionalpolitik.

Nachdem die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen ergriffen haben, konnte die Kommission das Verfahren nach Artikel 171 gegen Deutschland aufgrund des Urteils vom 12. Dezember 1996 (Rechtssache C-297/95) sowie das Verfahren nach Artikel 169 gegen Portugal einstellen. Dagegen beschloss sie, ein zweites Mal (Verfahren nach Artikel 171) Klage vor dem Gerichtshof gegen Italien wegen fehlender innerstaatlicher Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinie einzureichen. Außerdem führt sie die Verfahren gegen Griechenland, Belgien und Spanien wegen nicht ordnungsgemäßer Umsetzung bzw. mangelhafter Anwendung der Richtlinie weiter.

Schließlich wurde von der Kommission am 27. Februar 1998 die Richtlinie 98/15/EG zur Änderung der Richtlinie 91/271/EWG des Rates im Hinblick auf einige Vorschriften aus Anhang I ⁽⁴⁵⁾ verabschiedet.

Als zweites Instrument zur Bekämpfung der Eutrophierung ist die Richtlinie 91/676/EWG zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen zu nennen. Die Kommission misst den eingeleiteten Verfahren für die Durchsetzung der Richtlinie nach wie vor große Bedeutung bei. Zahlreiche Vertrags-

⁽⁴⁴⁾ Amtsblatt L 330 vom 05.12.1998 S. 32.

⁽⁴⁵⁾ Amtsblatt L 067 vom 07.03.1998 S. 29.

verletzungsverfahren laufen gegen die meisten Mitgliedstaaten, damit diese ihren Verpflichtungen aus der Richtlinie 91/676/EWG nachkommen: Umsetzung des Gemeinschaftsrecht, Ausweisung der gefährdeten Gebiete, Aufstellung von Regeln der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft, Aufstellung von Aktionsprogrammen, Überwachung der Nitratkonzentration in den Gewässern und Übermittlung der Berichte über die Durchführung der Richtlinie. Der Verlauf der Verfahren zeigt, dass einige Probleme auf dem Weg zu einer Lösung sind (Übermittlung der Umsetzungsmaßnahmen, Ausweisung der Gebiete), dass aber auch neue Schwierigkeiten (vor allem Erarbeitung und inhaltliche Gestaltung der Aktionsprogramme) auftauchen.

So erließ der Gerichtshof am 1. Oktober 1998 ein Urteil in der Rechtssache C-71/97, in dem er anerkannte, dass Spanien es verabsäumt hat, Regeln der guten fachlichen Praxis aufzustellen und die gefährdeten Gebiete auszuweisen. Es ist das erste Urteil, das die Umsetzung praktischer Vorschriften der Richtlinien behandelt. Inzwischen bereitet Spanien die Verabschiedung von Maßnahmen vor, um die Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht herzustellen.

Ein weiteres Verfahren (Rechtssache C-274/98) wurde gegen Spanien wegen des Fehlens von Aktionsprogrammen eingeleitet. Das gegen Italien aus ähnlichen Gründen eingeleitete Verfahren läuft immer noch vor dem Gerichtshof (Rechtssache C-195/97). Dagegen konnte die Kommission die Verfahren gegen Griechenland (Rechtssache C-173/97) und Portugal (Rechtssache C-227/97) einstellen, nachdem die Mitteilung nationaler Umsetzungsmaßnahmen bzw. die Ausweisung gefährdeter Gebiete erfolgt war.

Die Kommission beschloss, Klage beim Gerichtshof gegen Italien im Zusammenhang mit der Aufstellung der Aktionsprogramme und der Übermittlung der Berichte zu erheben. Desgleichen sandte sie an Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen der Übermittlung einzelstaatlicher Umsetzungsmaßnahmen, der Aufstellung von Regeln der guten fachlichen Praxis und der Ausweisung der gefährdeten Gebiete, an das Vereinigte Königreich wegen der Ausweisung der gefährdeten Gebiete und der Erarbeitung der Programme sowie an Luxemburg wegen der Aufstellung von Regeln der guten fachlichen Praxis, der Erarbeitung der Programme und der Übermittlung der Berichte. Dagegen konnte die Kommission die Verfahren gegen Finnland und Portugal wegen der fehlenden Überwachung und Aktionsprogramme einstellen. Auch Frankreich, dem die Kommission eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt hatte, verabschiedete schließlich Aktionsprogramme für alle gefährdeten Gebiete seines Hoheitsgebiets.

Schließlich sandte die Kommission an Portugal und an Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen bestimmter Umsetzungsmaßnahmen bzw. wegen der Unvereinbarkeit der umgesetzten Aktionsprogramme. Sie beschloss außerdem, Griechenland im Zusammenhang mit den Aktionsprogrammen eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten.

Der Gerichtshof hat bislang noch kein Urteil zu dem von einem britischen Gericht vorgelegten Ersuchen um Vorabentscheidung (Rechtssache C-293/97) gefällt, bei dem es um die Kriterien für «Gewässer, die von Verunreinigung betroffen sind» geht. Laut Artikel 3 der Richtlinie 91/676/EWG sind alle bekannten Flächen, die in solche Gewässer entwässern, als gefährdete Gebiete auszuweisen. Der Generalanwalt hat seine Schlussanträge in diesem Verfahren am 8. Oktober 1998 vorgetragen.

Schließlich leitete die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Richtlinie 91/692/EWG zur Vereinheitlichung und zweckmäßigen Gestaltung der Berichte im Gewässerbereich ein. Von diesen waren die über die Umsetzung bestimmter Richtlinien zu erarbeitenden Berichte nicht, nur unvollständig oder verspätet übermittelt worden. Somit ist die Kommission ihrerseits nicht in der Lage, die von ihr der Gemeinschaft vorzulegenden Berichte ordnungsgemäß zu erar-

beiten. Die Kommission hat daher eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Irland gesandt und beschlossen, in gleicher Weise gegen Luxemburg, Belgien, Portugal und Italien zu verfahren.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über Gewässer zur Zeit geändert werden; die Rechtsinstrumente sollen den Neuentwicklungen angepasst werden, die seit 20 Jahren, also seit Beginn dieser Politik, eingetreten sind. Die Anforderungen sollen künftig strenger werden, gleichzeitig soll die Verwaltung pro Wassereinzugsgebiet eingeführt werden. Im Februar 1997 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Rahmenrichtlinie vorgelegt, damit die Parameter für die Qualität der Gewässer harmonisiert und alle Gewässerarten geschützt werden. Der Prozess ihrer Verabschiedung läuft zur Zeit. Diese Rahmenrichtlinie wird, sobald sie angenommen und durchgeführt ist, einige geltende Richtlinien ablösen: die Richtlinie über Grundwasser (80/68/EWG) und die Richtlinien über Oberflächengewässer (Richtlinie 75/440/EWG über Trinkwassergewinnung, Richtlinie 78/659/EWG über die Lebensmöglichkeiten für Fische, Richtlinie 79/923/EWG über die Lebensmöglichkeiten für Krebstiere und Muscheln). Die Vorschriften der Richtlinie 76/464/EWG (Ableitungen in Gewässer) und ihrer abgeleiteten Richtlinien sollten ebenfalls im Geltungsbereich dieser Rahmenrichtlinie erfasst werden.

Hinsichtlich der Richtlinie 76/160/EWG (Badegewässer) läuft der Änderungsprozess noch immer (geänderter Revisionsvorschlag, der im November von der Kommission angenommen wurde). Die Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung enthält ebenfalls Vorschriften über die Verunreinigung der Gewässer.

2.12.5. Natur

Die Gemeinschaft verfügt über zwei wichtige Rechtsinstrumente zum Schutz der Natur: die Richtlinie 79/409/EWG über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten und die Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Bei der Umsetzung der Richtlinie 79/409/EWG zeichnet sich kein einheitliches Bild ab. Einige Fortschritte konnten verzeichnet werden, insbesondere was die Regelungen über den Artenschutz (Artikel 5) und die Bedingungen für Ausnahmen von der Schutzpflicht (Artikel 9) betrifft. So konnte das Verfahren nach Artikel 171 gegen Belgien (Umsetzung von Artikel 5 und 9) nach dem Vollzug eines Urteils durch die Region Flandern eingestellt werden. Ebenso verabschiedete Spanien am 5. November 1997 ein Gesetz, das in Übereinstimmung mit Artikel 9 der Richtlinie die Möglichkeiten zur Gewährung von Ausnahmeregelungen übernimmt, und Finnland erließ am 27. November 1998 eine Verordnung über die Jagd, mit der die Übereinstimmung mit der Richtlinie 79/409/EWG hergestellt wird.

Allerdings sind einige Probleme der mangelnden Übereinstimmung noch nicht gelöst. So musste im Verfahren nach Artikel 171 gegen Frankreich (Umsetzung von Artikel 5 bei mehreren Vogelarten) der Gerichtshof ein zweites Mal angerufen werden (Rechtssache C-373/98), weil 17 Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie und 10 Jahre nach dem Erlass des Urteils immer noch Maßnahmen zur vollständigen und ordnungsgemäßen Umsetzung fehlen. Die Kommission hat dem Gerichtshof bei der zweiten Anrufung empfohlen, Frankreich ab dem Datum des zweiten Urteilsspruchs ein tägliches Zwangsgeld in Höhe von 105.500 ECU aufzuerlegen. Auch sind in mehreren Mitgliedstaaten bestimmte Aktivitäten (Jagd, Regulierung der Arten, Handel) noch immer nicht in Übereinstimmung mit Artikel 9 geregelt. Die Kommission hat daher beschlossen, Klage beim Gerichtshof gegen

Italien und Frankreich wegen Verstößen bei der Umsetzung von Artikel 9 und gegen Belgien wegen Verstoßes bei der Umsetzung von Artikel 6 einzureichen.

Die Kommission musste ebenfalls den Gerichtshof im Zusammenhang mit den Terminen für die Eröffnung und Beendigung der Jagdsaison für Zugvögel in Frankreich anrufen, die den Vorschriften aus Artikel 7 Absatz 4 zuwiderlaufen. In dieser Angelegenheit gingen bei der Kommission viele Beschwerden und beim Europäischen Parlament zahlreiche Petitionen ein, die sich teils für, teils gegen die von der Kommission im Vertragsverletzungsverfahren angefochtene französische Jagdsaisonregelung aussprachen.

Die Frist für die Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG war im Juni 1994 abgelaufen. Dennoch haben mehrere Mitgliedstaaten die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Richtlinienvorschriften noch nicht oder nur teilweise mitgeteilt. Die Richtlinie und insbesondere ihr Artikel 6 (Maßnahmen zur Erhaltung der in die künftigen besonderen Schutzgebiete einbezogenen Lebensräume) sowie ihre Artikel 12 bis 16 (Maßnahmen zum Schutz der Arten) müssen noch umgesetzt werden.

Nach dem Urteilsspruch des Gerichtshofs, in dem eine Vertragsverletzung Griechenlands festgestellt wird, da Griechenland die Umsetzungsmaßnahmen nicht mitgeteilt hat ⁽⁴⁶⁾, setzt die Kommission das Verfahren nach Artikel 171 EGV zum Zwecke des Vollzugs des Urteils fort und hat diesbezüglich den griechischen Behörden eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt. Die Kommission reichte Klage beim Gerichtshof gegen Frankreich wegen Nichtumsetzung von Artikel 6 der Richtlinie ⁽⁴⁷⁾ ein. Zu demselben Schritt entschied sie sich im Falle Finnlands (konkret für die Ålandinseln), da mit den kürzlich erlassenen Rechtsvorschriften eine vollständige Umsetzung der Richtlinie nicht sichergestellt werden kann. Inzwischen hat Finnland aufgrund dieser Entscheidung Umsetzungsmaßnahmen für diese Provinz mitgeteilt.

Im Falle Deutschlands konnte dagegen das Verfahren, in dessen Verlauf per Gerichtsurteil die Vertragsverletzung durch diesen Mitgliedstaat bestätigt wurde ⁽⁴⁸⁾, nach der Verabschiedung eines Gesetzes im Jahre 1988 eingestellt werden. Ebenso erließ Spanien im Juni 1998 eine königliche Verordnung, mit der die Übereinstimmung seiner Rechtsvorschriften mit Artikel 16 der Richtlinie (Bedingungen für Ausnahmen von der Pflicht zum Artenschutz) hergestellt wird. Finnland verabschiedete am 27. November 1998 die oben erwähnte Verordnung, mit der nach Ansicht der Behörden die Vereinbarkeit der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit den Richtlinien 92/43/EWG und 79/409/EWG gewährleistet sein soll.

Bei der Anwendung der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG liegen die wesentlichen Probleme nach wie vor im Schutz der Gebiete und der Habitate, ganz gleich ob es um die Ausweisung als besondere Schutzgebiete für Vögel oder um die Einbeziehung in das Netz Natura 2000 und den Schutz der natürlichen Lebensräume geht.

Ein Problem, das die anhaltenden Schwierigkeiten mit einigen Mitgliedstaaten verdeutlicht, ist die Einstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete für wildlebende Vogelarten (gemäß Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG), wenn die objektiven ornithologischen Kriterien für eine solche Einstufung erfüllt sind. Obwohl die besonderen Schutzgebiete für wildlebende Vogelarten in das Netz Natura 2000 einbezogen werden sollen, ist die Verpflichtung aus Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG rechtlich unabhängig von der Verpflichtung aus der Richtlinie 92/43/EWG zur schrittweisen Errich-

⁽⁴⁶⁾ Urteil vom 26. Juni 1997, Rechtssache C-329/96.

⁽⁴⁷⁾ Rechtssache C-256/98.

⁽⁴⁸⁾ Urteil vom 11. Dezember 1997, Rechtssache C-83/97.

tung von «Natura 2000», eines kohärenten Netzes, das aus Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung für alle in der Richtlinie 92/43/EWG genannten Arten und Lebensräume bestehen soll.

Betroffen sind diejenigen Gebiete, die von den in Anhang I der Richtlinie aufgeführten Arten und von Zugvogelarten aufgesucht werden, wobei dem Schutz der Feuchtgebiete, vor allem den international wichtigen Feuchtgebieten besondere Bedeutung beigemessen wird. Nach dem Urteil des Gerichtshofs vom 11. Juli 1996 in der Rechtssache C-44/95 (Gebiet Lappel Bank im Medway-Mündungsgebiet in der Nähe des Hafens Sheerness in der Grafschaft Kent des Vereinigten Königreichs) ist Artikel 4 der Richtlinie 79/409/EWG dahingehend auszulegen, dass ausschließlich ornithologische und ökologische Kriterien für die Auswahl und Abgrenzung eines besonderen Schutzgebietes berücksichtigt werden dürfen, keinesfalls aber wirtschaftliche oder soziale Kriterien.

In mehreren Einzelfällen, die von nicht unerheblicher Bedeutung sind, verfolgt die Kommission Vertragsverletzungsverfahren. Sie verfolgt ein Verfahren gemäß Artikel 171 EG-Vertrag, dem das Urteil des Gerichtshofs von 1993 über die «Marismas de Santoña» in Spanien vorangegangen ist, um den vollständigen Vollzug des Urteils durchzusetzen. Das Verfahren gegen Frankreich wegen des Mündungsgebiets der Seine (Rechtssache C-166/97) läuft weiter. Hier hat der Generalanwalt am 10. Dezember 1998 seine Schlussanträge vorgetragen. Aus dem gleichen Grund hat die Kommission Klage beim Gerichtshof gegen Frankreich wegen des Marais Poitevin (Rechtssache C-096/98) und der Basses Corbières/Vingrau (Rechtssache C-374/98) eingereicht. Verfahren gegen Frankreich laufen auch wegen der Baie de Canche, des Platier d'Oye, der Plaine des Maures und des Basse Vallée de l'Aude. In demselben Zusammenhang erhob die Kommission Klage beim Gerichtshof gegen die Niederlande wegen des Waddenzee-Gebiets (Rechtssache C-63/98). Eingestellt werden konnte dagegen das Verfahren gegen Spanien betreffend die Insel Fuerteventura der Kanaren.

Es bleibt außerdem zu bemerken, dass die besonderen Schutzgebiete bereits seit Inkrafttreten der Richtlinie im Jahre 1981 als solche eingestuft werden müssen. Es ist jedoch in mehreren Mitgliedstaaten festzustellen, dass die als besondere Schutzgebiete eingestuften Bereiche – global betrachtet – zahlen- und flächenmäßig unzureichend sind.

Der Gerichtshof sprach am 19. Mai 1998 in der Rechtssache C-3/96 ein wichtiges Urteil, in welchem er eine Vertragsverletzung der Niederlande in diesem Punkte feststellte. Wie im Urteil vom 2. August 1993 (Rechtssache C-355/90 Kommission/Spanien) bestätigt der Gerichtshof darin, dass die Mitgliedstaaten bei der Auswahl der besonderen Schutzgebiete zwar über einen Ermessensspielraum verfügen, dass die Ausweisung dieser Gebiete aber bestimmten, in der Richtlinie festgelegten ornithologischen Kriterien folgt. Daraus folgt, dass der Ermessensspielraum der Mitgliedstaaten bei der Auswahl der Gebiete, die für die Ausweisung als besondere Schutzgebiete am geeignetsten sind, sich nicht darauf bezieht, diejenigen Gebiete zu besonderen Schutzgebieten zu erklären, die nach ornithologischen Kriterien am geeignetsten erscheinen, sondern nur auf die Anwendung dieser Kriterien für die Bestimmung der Gebiete, die für die Erhaltung der in Anhang I der Richtlinie aufgeführten Arten am geeignetsten sind. Folglich sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, alle Gegenden zu besonderen Schutzgebieten zu erklären, die nach ornithologischen Kriterien am geeignetsten für die Erhaltung der betreffenden Arten erscheinen. Hat somit ein Mitgliedstaat Gegenden zu besonderen Schutzgebieten erklärt, deren Zahl und Gesamtfläche offensichtlich unter der Zahl und Gesamtfläche der Gegenden liegen, die für die Erhaltung der betreffenden Arten als die geeignetsten angesehen werden, so kann festgestellt werden, dass dieser Mitgliedstaat gegen seine Verpflichtung aus Artikel 4 Absatz 1 der Richtlinie verstoßen hat. Der Gerichtshof folgt somit nicht der Auffassung des Königreichs der Niederlande, dass die Kommission spezifische Verstöße gegen diese Vorschrift für das jeweilige Gebiet feststellen müsse.

In der gleichen Rechtssache betrachtete es der Gerichtshof als erheblich, dass die Kommission ein Gesamtverzeichnis der Gebiete vorlegte, die für die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten in der Gemeinschaft von großer Bedeutung sind. Dieses Verzeichnis ist von der Europäischen Gruppe für die Erhaltung der Vögel und der Lebensräume gemeinsam mit dem Internationalen Rat für Vogelschutz in Zusammenarbeit mit Sachverständigen der Kommission für die zuständige Generaldirektion der Kommission erarbeitet worden. Dieses Verzeichnis kann daher, obwohl es für die betreffenden Mitgliedstaaten rechtlich nicht verbindlich ist, vorwiegend aufgrund seines in diesem Fall anerkannten wissenschaftlichen Wertes vom Gerichtshof als Bezugsgrundlage verwendet werden, um zu beurteilen, inwieweit das Königreich der Niederlande seiner Verpflichtung zur Ausweisung von besonderen Schutzgebieten nachgekommen ist. Unter den Umständen des vorliegenden Falles ist das Verzeichnis das einzige Dokument, das die wissenschaftlichen Beweismittel für die Beurteilung der Frage enthält, ob der beklagte Staat seiner Verpflichtung nachgekommen ist, diejenigen Gebiete zu besonderen Schutzgebieten zu erklären, die zahlen- und flächenmäßig am geeignetsten für die Erhaltung der geschützten Arten sind. Etwas anderes würde gelten, wenn das Königreich der Niederlande wissenschaftliche Beweismittel vorgelegt hätte, insbesondere um zu belegen, dass die genannte Verpflichtung dadurch erfüllt werden kann, dass nach Zahl und Gesamtfläche weniger Gebiete als nach dem Verzeichnis zu besonderen Schutzgebieten erklärt werden.

Die Kommission verfolgt auf der Grundlage von Artikel 171 EGV den Vollzug dieses Urteils gegen die Niederlande weiter.

In demselben Zusammenhang verfolgt die Kommission weitere Verfahren gegen andere Mitgliedstaaten. So entschloss sie sich, Deutschland und Finnland eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzuleiten, und übersandte Italien und Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme. Dieses Verfahren wurde außerdem gegen weitere Mitgliedstaaten angewandt. Dagegen nahm die Kommission ihre Entscheidung zurück, Klage vor dem Gerichtshof gegen Luxemburg zu erheben, nachdem der Mitgliedstaat im Oktober 1998 mehrere besondere Schutzgebiete ausgewiesen hatte.

Die Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG und der Aufbau des Netzes Natura 2000 machen eindeutige Fortschritte. Damit zeigt sich, dass die innovatorischen Ziele der Richtlinie immer besser verstanden werden: schrittweise Errichtung des Netzes, breite Konzentrierung zwischen Kommission und Mitgliedstaaten, rechtlicher Rahmen für die besonderen Schutzgebiete, der die Möglichkeit für Regulierungspläne und Schutzmaßnahmen, eventuell auf Vertragsbasis, vorsieht und der Ausnahmen von dem Verbot, diese Gebiete zu beeinträchtigen und zu stören, zulässt, wenn dies aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig ist.

Die positive Entwicklung hält an, denn die Mitgliedstaaten haben weitere Vorschläge für Gebiete, die nach der Richtlinie 92/43/EWG auszuweisen sind, übermittelt. Bis Juni 1995 hatte kein Mitgliedstaat die vollständige Liste der im Rahmen dieser Richtlinie zu schützenden Gebiete vorgelegt. Die Verfahren gegen Portugal und Griechenland wegen des Fehlens oder der Unvollständigkeit der Liste der Schutzgebietsvorschläge konnten eingestellt werden. Nachdem von Spanien, Luxemburg, Schweden, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Italien, Österreich und Dänemark umfangreiche Listen eingingen, die zur Zeit geprüft werden, sind die Vertragsverletzungsverfahren gegen diese Mitgliedstaaten bis Ende 1998 ausgesetzt worden. Finnland hatte bis Ende 1998 eine umfangreiche Liste von Schutzgebieten, allerdings mit bestimmten Vorbehalten, übermittelt. Die bedeutendsten Verzögerungen gibt es bislang bei Irland, Deutschland und Frankreich zu verzeichnen; hier hat die Kommission beschlossen, den Gerichtshof wegen der Vertragsverletzung dieser drei Länder anzurufen.

Dem Gerichtshof ging ein Ersuchen um Vorabentscheidung nach Artikel 177 von einem britischen Gericht zu; es betrifft den Geltungsbereich der Verpflichtung zur Auswahl von Gebieten für die Errichtung des Netzes Natura 2000 (Rechtssache C-371/98).

Es ist auch festzustellen, dass die Informationen zu den Gebieten und ihren Arten häufig nicht vollständig oder nicht in angemessener Weise von den Mitgliedstaaten übermittelt werden. Unter diesen Bedingungen ist es nicht leicht, die weiteren in der Richtlinie 92/43/EWG vorgesehenen Phasen einzuleiten. Dennoch trifft die Kommission die erforderlichen Maßnahmen, damit sich diese Verzögerungen nicht negativ auf die Errichtung des Netzes Natura 2000 auswirken.

Die Kommission betreibt weiterhin eine strikte Politik, wenn es darum geht, die im Rahmen der LIFE-Verordnung zur Erhaltung der Gebiete bestimmten gemeinschaftlichen Finanzmittel für die in das Netz einbezogenen oder einzubeziehenden Gebiete bereitzustellen. Ferner prüft sie sehr gewissenhaft, ob die Umweltvorschriften eingehalten werden, wenn bei ihr Anträge auf eine gemeinsame Finanzierung im Rahmen der Strukturfonds (Ziele 2 und 5b) eingehen.

Die Zahl der Beschwerden, die bei der Kommission zur mangelhaften Anwendung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften im Bereich Natur eingehen, sowie die Zahl der entsprechenden Vertragsverletzungsverfahren ist immer noch hoch. Das unterstreicht die praktischen Schwierigkeiten, da der Schutz der Lebensräume und Arten sich manchmal nur schwer mit bestimmten ökonomischen und sozialen Anforderungen vereinbaren lässt. Eine andere Erklärung liegt darin, dass die Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG zu den Instrumenten des gemeinschaftlichen Umweltrechts gehören, die den Bürgern am besten bekannt sind und ihr konkreter Beitrag zu einem wirksamen Schutz der Natur auf breiten Konsens stößt. Die vielen Beschwerden zur Anwendung dieser Richtlinien sind sowohl als Zeichen ihres Erfolgs wie auch als Hinweis zu deuten, dass von den Mitgliedstaaten noch viele Fortschritte erwartet werden.

In den Beschwerden werden überwiegend zwei Arten von Problemen aufgeworfen. Zum einen geht es um die Gebiete, die die objektiven ornithologischen Kriterien für eine Einstufung erfüllen, aber nicht als besondere Schutzgebiete eingestuft werden, zum anderen um die Durchführung von Vorhaben, die solche Gebiete beeinträchtigen können. Die Kommission bearbeitet weiterhin gewissenhaft die Beschwerden zu den Gebieten, die nicht als besondere Schutzgebiete ausgewiesen wurden; sie tendiert allerdings dazu, diese Beschwerden im Rahmen des vorgenannten Verfahrens – global unzureichende Einstufung von Gebieten als besondere Schutzgebiete – zu behandeln. Die in den Beschwerden angesprochenen Probleme können meistens im Rahmen des informellen Verfahrens gelöst werden, also bevor eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung übermittelt werden muss. Dennoch wurden 1998 Verfahren gegen mehrere Mitgliedstaaten eingeleitet. Belgien erhielt eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen eines besonderen Schutzgebiets in Flandern (Zwarte-Beek-Tal).

Im Zusammenhang mit der Durchführung von Vorhaben, die ein Gebiet, das als besonderes Schutzgebiet eingestuft ist oder eingestuft werden könnte, beeinträchtigen können, ist auf Artikel 6 der Richtlinie 92/43/EWG zu verweisen, demzufolge erhebliche Verschlechterungen und Störungen verboten sind, wobei aber von diesem Verbot unter bestimmten Bedingungen abgewichen werden darf: vorherige Verträglichkeitsstudie; Suche nach Alternativlösungen; bei Fehlen von Alternativlösungen und Vorliegen zwingender Gründe von überwiegenden öffentlichen Interesse, auch wirtschaftlicher Gründe, Durchführung des Vorhabens nach Ergreifen von Ausgleichsmaßnahmen und Unterrichtung der Kommission. In zahlreichen Beschwerden wird darauf hingewiesen, dass diese Bedingungen nicht eingehalten werden.

Es sei hier angemerkt, dass bei der Anwendung der Richtlinie 92/43/EWG auch bestimmte Probleme auftreten können, die nicht mit dem Schutz der Lebensräume, sondern der Arten zusammenhängen. Aus diesem Grund sah sich die Kommission veranlasst, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland wegen der Bedrohung der Schildkrötenart *Caretta caretta* auf der Insel Zakynthos einzuleiten.

Nach Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die Kommission übermittelte Griechenland das Gesetz Nr. 2637 vom 27. August 1998, das für bestimmte Tierarten die ordnungsgemäße Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 338/97 zur Durchführung des Übereinkommens von Washington aus dem Jahr 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen in der Gemeinschaft (sogenanntes «CITES»-Abkommen) ermöglichen soll.

Die Kommission konnte das Verfahren gegen Frankreich wegen der Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 über Bügelfallen einstellen, nachdem am 28. November 1997 ein Erlass verabschiedet wurde, der die Übereinstimmung mit der Verordnung herstellt.

2.12.6. *Lärm*

Nach wie vor bringt die Durchführung der Richtlinien in diesem Bereich weniger Probleme mit sich als in anderen Bereichen. Denn die Richtlinien legen Normen für die neu auf den Markt zu bringenden Produkte fest. Sie gelten also nicht für den Umweltgeräuschpegel, der sich beim Zusammentreffen mehrerer Lärmquellen ergibt (beispielsweise Lärm in einer Stadt aufgrund von Verkehrsstaus oder aufgrund von industriellen Tätigkeiten in der Nähe von Wohngebieten). Die bei der Kommission eingehenden Beschwerden beziehen sich aber auf solche Umweltgeräusche und können somit nicht auf Gemeinschaftsebene bearbeitet werden, denn es fehlt ein globales Konzept der Gemeinschaft mit speziellen diesbezüglichen Rechtsvorschriften.

Gegen Belgien läuft weiterhin ein Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit dem Einsatz veralteter und lauter Luftfahrzeuge auf den Flughäfen Brüssel-Zaventem und Ostende, der einen Verstoß gegen die Richtlinie zur Einschränkung des Betriebs von bestimmten Flugzeugkategorien darstellt. Allerdings wurden von den zuständigen Behörden Maßnahmen eingeleitet, und möglicherweise können im Rahmen der Richtlinie 98/20/EG zur Änderung der Richtlinie 92/14/EWG Ausnahmegenehmigungen für einige betroffene Flugzeugtypen erteilt werden.

Der Gerichtshof sprach am 14. Juli 1998 ein Urteil in der Rechtssache C-389/96 (Aher-Waggon GmbH gegen Bundesrepublik Deutschland), nachdem ihm ein Ersuchen um Vorabentscheidung vom Bundesverwaltungsgericht zugeleitet worden war. Es geht dabei um deutsche Vorschriften, denen zufolge den Luftfahrzeugen, welche in anderen Mitgliedstaaten zugelassen sind und die in den deutschen Vorschriften festgesetzten Lärmgrenzwerte überschreiten, keine Verkehrszulassung erteilt wird, wohingegen die Luftfahrzeuge, die bereits vor dem Erlass der fraglichen Vorschriften die Verkehrszulassung in Deutschland erlangt haben, weiterhin eingesetzt werden dürfen. Der Gerichtshof erkannte für Recht, dass Artikel 30 EG-Vertrag einer nationalen Regelung nicht entgegensteht, die die inländische Erstzulassung von zuvor in einem anderen Mitgliedstaat zugelassenen Flugzeugen von der Einhaltung von Lärmgrenzwerten abhängig macht, die strenger als die in der Richtlinie 80/51/EWG zur Verringerung der Schallemissionen von Unterschallluftfahrzeugen vorgesehenen Werte sind, aber Flugzeuge, die vor der Umsetzung der Richtlinie im Inland zugelassen wurden, hiervon freistellt.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 95/27/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 1995 zur Änderung der Richtlinie 86/662/EWG zur Begrenzung des

Geräuschemissionspegels von Hydraulikbaggern, Seilbaggern, Planiermaschinen, Ladern und Baggerladern fällte der Gerichtshof am 15. Oktober 1998 zwei Urteile, in denen er Vertragsverletzungen Italiens (Rechtssache C-324/97) und Belgiens (Rechtssache C-326/97) feststellte. Nachdem Italien Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatte (Erlass vom 26. Juni), konnte das Verfahren gegen den Mitgliedstaat eingestellt werden; dagegen läuft das Verfahren gegen Belgien weiter.

2.12.7. *Chemie und Biotechnologie*

Zu den in den Bereichen Chemie und Biotechnologie geltenden gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften gehören mehrere Gruppen von Rechtsakten über Stoffe und Tätigkeiten, denen einige Merkmale wie technische Komplexität, häufige Anpassungen an den neuesten Stand der Forschung und Technik, Geltungsbereich für Wissenschaft und Technik, umweltspezifische Risiken gemeinsam sind. Ein umsichtiges Vorgehen ist in diesem Bereich besonders geboten. Dennoch wünschen die Mitgliedstaaten die Beibehaltung der Richtlinie als wichtigstes Instrument in diesem Bereich, wodurch sie allerdings häufiger gezwungen sind, Maßnahmen zur Umsetzung zu ergreifen. Außerdem müssen diese Maßnahmen mit den Richtlinien übereinstimmen, was nicht immer der Fall ist. Dann muss die Kommission Vertragsverletzungsverfahren einleiten, um einerseits zu verhindern, dass das Inverkehrbringen von durch Richtlinien der Gemeinschaft genehmigten Stoffen verboten wird, oder dass umgekehrt nicht genehmigte Stoffe in den Verkehr kommen.

Die *Richtlinie 67/548/EWG über die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher chemischer Stoffe* muss aufgrund des raschen wissenschaftlichen und technischen Fortschritts oft geändert werden. So lief 1998 die Frist zur Umsetzung mehrerer Richtlinien zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG ab:

- Richtlinie 96/54/EG der Kommission vom 30. Juli 1996 zur 22. Anpassung an den technischen Fortschritt der Richtlinie 67/548/EWG;
- Richtlinie 96/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. September 1996 zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG ⁽⁴⁹⁾;
- Richtlinie 97/69/EG der Kommission vom 5. Dezember 1997 zur 23. Anpassung an den technischen Fortschritt der vorstehend genannten Richtlinie 67/548/EWG ⁽⁵⁰⁾.

Außerdem hat die Kommission die Richtlinien 98/73/EG vom 18. September 1998 ⁽⁵¹⁾ und 98/98/EG vom 15. Dezember 1998 ⁽⁵²⁾ zur 24. beziehungsweise 25. Anpassung der Richtlinie 67/548/EWG an den technischen Fortschritt verabschiedet.

Angesichts der raschen Entwicklung der gemeinschaftlichen Vorschriften ist es bedauerlich, dass bei der Umsetzung sehr häufig Verzögerungen zu verzeichnen sind. Die Kommission leitet systematisch die entsprechenden Verfahren ein und zögert nicht, gegebenenfalls den Gerichtshof anzurufen.

Mit dem am 26. März 1998 veröffentlichten königlichen Erlass vom 13. November 1997 hat Belgien aus mehreren Vertragsverletzungsverfahren, die die Kommission im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinien 92/32/EWG, 92/69/EWG, 93/67/EWG, 93/105, 93/21/EWG, 91/410/EWG, 93/90/EWG, 93/72/EG und 93/101/EG eingeleitet

⁽⁴⁹⁾ Amtsblatt L 236 vom 18.09.1996 S.35.

⁽⁵⁰⁾ Amtsblatt L 343 vom 13.12.1997 S.19.

⁽⁵¹⁾ Amtsblatt L 305 vom 16.11.1998 S.1.

⁽⁵²⁾ Amtsblatt L 355 vom 30.12.1998 S.1.

hatte, die Konsequenzen gezogen. Diese Verfahren hatten zum Erlass der Urteile des Gerichtshofes vom 12. Dezember 1996, vom 29. Mai 1997 und vom 11. Dezember 1997 geführt. Wegen Nichtumsetzung der Richtlinie 94/69/EG wurde gegen Belgien beim Gerichtshof Klage eingereicht (Rechtssache C-79/98). Das gleiche Vorgehen wurde gegen Portugal beschlossen. Von Irland hingegen wurden Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 94/69/EG mitgeteilt, woraufhin das Verfahren eingestellt werden konnte.

Gemäß Richtlinie 96/56/EG war bei der Kennzeichnung gefährlicher Stoffe spätestens bis 1. Juni 1998 die Abkürzung „EWG“ durch die Abkürzung „EG“ zu ersetzen. Wegen Nichtumsetzung hat die Kommission beschlossen, Portugal, Deutschland, Griechenland und Belgien eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

Weiterhin wurde die Richtlinie 98/8/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 1998 über das Inverkehrbringen von bioziden Stoffen ⁽⁵³⁾ verabschiedet, zu der demnächst Umsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten vorliegen sollen.

Im Zusammenhang mit der *Richtlinie 86/609/EWG zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere* hat der Gerichtshof am 15. Oktober 1998 im von der Kommission gegen Belgien eingeleiteten Verfahren zur Rechtssache C-268/97 ein Urteil gefällt und Versäumnisse dieses Staates bei der Umsetzung der Artikel 14 (Ausbildung der Versuchsdurchführenden) und 22 (gegenseitige Anerkennung) festgestellt. Das Verfahren gegen Portugal (C-299/97) im Zusammenhang mit Untersuchungen in den Einrichtungen, in denen die Tiere verwendet werden, ist noch nicht abgeschlossen. Die Kommission hat beschlossen, gegen Luxemburg beim Gerichtshof Klage einzureichen, Irland eine zusätzliche mit Gründen versehene Stellungnahme und Frankreich eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln, da die Umsetzung nicht korrekt erfolgt ist. Schweden hat schließlich nach Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie mitgeteilt, insbesondere die Änderung des Tierschutzgesetzes und der Tierschutzverordnung sowie Leitlinien zum Umgang mit Versuchstieren. Das Verfahren gegen das Vereinigte Königreich konnte ebenfalls eingestellt werden, nachdem im August 1998 das Gesetz von 1986 über Tierversuche für wissenschaftliche Zwecke geändert wurde.

Bei der Kommission gehen immer wieder Beschwerden zur Anwendung dieser Richtlinie ein (Verwendung von streunenden Hunden für wissenschaftliche Zwecke, Unterbringung und Pflege der für wissenschaftliche Zwecke bestimmten Tiere usw.), um so mehr achtet sie auf die strikte Einhaltung der Vorschriften dieser Richtlinie.

Im Zusammenhang mit den *genetisch veränderten Organismen (GVO)* deckt die Richtlinie 90/219/EWG ihre Anwendung in geschlossenen Systemen und die Richtlinie 90/220/EWG ihre Freisetzung ab. Diese Richtlinien wurden 1994 geändert und dem technischen Fortschritt angepasst, die erste mit der Richtlinie 94/51/EG und die zweite mit der Richtlinie 94/15/EG. Mit der Richtlinie 97/35/EG wurde vor kurzem der Anhang III der Richtlinie 90/220/EWG geändert.

Des weiteren wurde die Richtlinie 90/219/EWG mit der Richtlinie 98/81/EG des Rates vom 26. Oktober 1998 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen ⁽⁵⁴⁾ in geschlossenen Systemen geändert. Diese Richtlinie, die spätestens bis zum 5. Juni 2000 umzusetzen ist, bezieht sich vor allem auf die Anpassung der Verwaltungsverfahren an das tatsächliche Risiko, das mit den Arbeitsgängen, welche die Anwendung von GVO implizieren, verbunden ist. Diese GVO werden künftig in vier, anstatt in zwei Risikogruppen zusammengefasst; für jede Risikogruppe werden Mindesteinschließungs- und

⁽⁵³⁾ Amtsblatt L 123 vom 24.04.1998 S.1.

⁽⁵⁴⁾ Amtsblatt L 330 vom 05.12.1998 S.13.

Kontrollmaßnahmen definiert, wodurch es einfacher möglich sein wird, die Richtlinie an den technischen Fortschritt anzupassen.

Mit dem Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 90/220/EWG, der Ende 1997 ⁽⁵⁵⁾ von der Kommission angenommen wurde, sollen das Genehmigungsverfahren für das Inverkehrbringen der GVO transparenter gestaltet, die Kennzeichnung der Produkte, in denen diese Organismen angewandt werden, systematisiert, die gemeinsamen Grundsätze für die Gefahrenbewertung festgelegt und die Verwaltungsverfahren an die Risiken, einschließlich der indirekten Risiken, angepasst werden.

Der Gerichtshof hat in seinem Urteil vom 29. Mai 1997 (Rechtssache C-357/96) eine Vertragsverletzung Belgiens festgestellt, da dieser Mitgliedstaat die Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 94/15/EG nicht mitgeteilt hat. Da Belgien dem Urteil nicht nachgekommen ist, verfolgt die Kommission ein Verfahren auf der Grundlage von Artikel 171 EG-Vertrag und hat beschlossen, diesem Mitgliedstaat eine mit Gründen versehene Stellungnahme zuzustellen. Außerdem hat der Gerichtshof am 16. Juli 1998 ein Versäumnis Belgiens (Rechtssache C-343/97) im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinien 90/219/EWG, 90/220/EWG und 94/51/EG festgestellt, und die Kommission hat wie im vorstehenden Fall ein Verfahren auf der Grundlage von Artikel 171 EG-Vertrag eingeleitet. Schließlich sah sich die Kommission veranlasst, den Gerichtshof anzurufen, da Belgien die Richtlinie 97/35/EG nicht umgesetzt hat.

In einem weiteren Urteil vom 16. Juli 1998 (Rechtssache C-339/97) hat der Gerichtshof eine Vertragsverletzung Luxemburgs festgestellt, weil keine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien 94/15/EG und 94/51/EG mitgeteilt worden sind. Während aus Luxemburg Maßnahmen zur Richtlinie 94/15/EG ⁽⁵⁶⁾ mitgeteilt wurden, trifft dies auf die andere Richtlinie nicht zu, so dass die Kommission sich veranlasst sah, auf der Grundlage von Artikel 171 des EG-Vertrages diesbezüglich ein Verfahren einzuleiten.

Ebenfalls am 16. Juli 1998 hat der Gerichtshof eine Vertragsverletzung Portugals (Rechtssache C-285/97) festgestellt, weil dieser Mitgliedstaat keine Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien 94/51/EG mitgeteilt hat. Nach dem Erlass des Gesetzesdekrets vom 7. Mai 1998 über die Umsetzung der Richtlinie konnte die Kommission das Verfahren einstellen. Mit einem weiteren Gesetzesdekret vom 25. Juni 1998 wird die Umsetzung der Richtlinie 97/35/EG gewährleistet. Allerdings bestehen trotzdem immer noch bestimmte Schwierigkeiten, und die Kommission hat beschlossen, den Gerichtshof zu mehreren Punkten anzurufen, in denen die portugiesische Gesetzgebung nicht mit den Richtlinien 90/219/EWG und 90/220/EWG übereinstimmt.

Das Verfahren, in dem die Kommission beschlossen hatte, den Gerichtshof anzurufen, da die von Deutschland erlassenen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie 90/219/EWG hinsichtlich der Artikel 14 (Notfallpläne), 15 (Unterrichtung der Behörden durch den Anwender im Falle eines Unfalls) und 16 (Anhörung der Kommission und der Mitgliedstaaten über die Notfallpläne bei Unfall) nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen, konnte von der Kommission ebenfalls eingestellt werden, da aus Deutschland eine Mitteilung über Rechtsvorschriften ⁽⁵⁷⁾ zur Umsetzung dieser Richtlinie einging.

Ferner hat die Kommission beschlossen, den Gerichtshof anzurufen, da die Umsetzung der Richtlinie 97/35/EG in Griechenland noch aussteht.

⁽⁵⁵⁾ Amtsblatt C 139 vom 04.05.1998 S. 1.

⁽⁵⁶⁾ Großherzogliche Verordnung vom 17. April 1998 zur Festlegung von Informationen, die in Genehmigungsanträgen bei Vorhaben der bewussten Freisetzung von GVO sowie Vorhaben zum Inverkehrbringen von GVO enthalten sein müssen. (Gesetzblatt A vom 28. April 1998, S. 458).

⁽⁵⁷⁾ Gentechnik-Notfallverordnung, veröffentlicht am 16. Dezember 1997.

2.12.8. Abfälle

Vertragsverletzungsverfahren im Bereich der Abfallwirtschaft, bei denen es sowohl um die formale Umsetzung als auch um die praktische Anwendung geht, kommen immer noch häufig vor. Die Schwierigkeiten, das Gemeinschaftsrecht in diesem Bereich anzuwenden, erklären sich vermutlich damit, dass dies Verhaltensänderungen von Seiten der Bürger, der Verwaltungen und der Wirtschaftsbeteiligten erfordert, die zudem noch Kosten verursachen. Die Kommission achtet jedoch sorgfältig auf die Einhaltung der Gemeinschaftsgesetzgebung im Bereich der Abfallwirtschaft.

Die im Zusammenhang mit der *Rahmenrichtlinie über Abfälle (Richtlinie 75/442/EWG, geändert durch die Richtlinie 91/156/EWG)* gegen Spanien und Frankreich nach Artikel 171 eingeleiteten Verfahren konnten nach den Urteilen vom 5. Juni 1997, in denen Vertragsverletzungen dieser beiden Staaten festgestellt wurden (Rechtssachen C-107/96 beziehungsweise C-223/96), eingestellt werden, da Spanien die Verabschiedung des Gesetzes vom 21. April 1998 und Frankreich eine Verordnung vom 30. Juli sowie zwei Erlasse vom 12. August bzw. 9. September mitteilte. Italien hat ebenfalls Rechtsvorschriften mitgeteilt, so den Gesetzeserlass vom 8. November 1997 sowie zwei Verordnungen vom 5. Februar und vom 1. April 1998, die jedoch für eine vollständige Umsetzung in das italienische Recht in voller Übereinstimmung mit der Richtlinie noch nicht ausreichen.

Die meisten Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Rahmenrichtlinie entstehen, beziehen sich auf deren Anwendung und insbesondere das Problem der Abfalldeponien, zu denen zahlreiche Beschwerden über wilde Deponien, strittige Standorte, mangelhaften Betrieb von Deponien oder Verschmutzung der Gewässer durch letztere usw. eingehen. In der Richtlinie wird eine Genehmigung vorgeschrieben, die vor Inbetriebnahme von Abfallbeseitigungs- und Abfallverwertungsanlagen erteilt werden muss; im Falle der Abfallbeseitigung muss aus der Genehmigung hervorgehen, welche Vorkehrungen zu treffen sind, um beim Betrieb der Anlagen die umweltschädlichen Auswirkungen zu beschränken. Allerdings ist der Handlungsspielraum der Kommission im Bereich der Abfallwirtschaft äußerst beschränkt, da in diesem Bereich noch keine detaillierten spezifischen Vorschriften auf Gemeinschaftsebene bestehen. Im Grundsatz werden Deponien als solche von der Gemeinschaftsgesetzgebung nicht in Frage gestellt. Das Gemeinschaftsrecht soll sich in diesem Bereich jedoch bald weiterentwickeln; zum Vorschlag einer Richtlinie des Rates über Abfalldeponien ⁽⁵⁸⁾ wurde ein gemeinsamer Standpunkt des Rates erzielt ⁽⁵⁹⁾.

Vor dem Hintergrund dieser Art von Einzelfällen – eine illegale Deponie kann Hinweis darauf sein, dass die Abfallbewirtschaftung dem Bedarf nur unzureichend entspricht – untersucht die Kommission, ob es möglicherweise allgemeine Probleme gibt, so insbesondere das Fehlen von Abfallbewirtschaftungsplänen oder deren Unzulänglichkeit. In diesem Sinne hat die Kommission auf der Grundlage von Artikel 171 des EG-Vertrages den Gerichtshof ein zweites Mal gegen Griechenland angerufen (Rechtssache C-387/97), da Griechenland dem Urteil des Gerichtshofes vom 7. April 1992 (Rechtssache C-45/91) hinsichtlich der Abfallbeseitigung im Mündungsgebiet des Kouroupitos (Kreta), nicht nachgekommen ist. In diesem konkreten Fall wurde den Umweltgegebenheiten nicht Rechnung getragen, und es fehlte ein geeigneter Abfallbewirtschaftungsplan. In einem teilweise ähnlichen Fall, einer wilden Deponie im Tal von San Rocco, in dem die Kommission beschlossen hat, den Gerichtshof gegen Italien anzurufen (Rechtssache C-365/97), ist das Verfahren noch anhängig.

⁽⁵⁸⁾ Amtsblatt C 156 vom 24.05.1997, S.10.

⁽⁵⁹⁾ Amtsblatt C 333 vom 30.10.1998, S. 15.

Die vorstehend aufgeführten Beispiele zeigen, wie wichtig die Erstellung der Abfallbewirtschaftungspläne ist. Daher hat die Kommission im Oktober 1997 beschlossen, gegen alle Mitgliedstaaten, die – mit Ausnahme Österreichs – nicht systematisch Abfallbewirtschaftungspläne erstellt haben, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Diese Verfahren beziehen sich auf Mängel in Verbindung mit den Abfallbewirtschaftungsplänen nach Artikel 7 der Rahmenrichtlinie bzw. auf die Pläne zur Bewirtschaftung der gefährlichen Abfälle gemäß Artikel 6 der Richtlinie 91/689/EWG, ferner auf Verpackungsabfälle, für die nach Artikel 14 der Richtlinie 94/62/EG eine besondere Planung gefordert wird. Die Kommission hat beschlossen, den Gerichtshof gegen Irland im Zusammenhang mit allen drei Arten von Abfallbewirtschaftungsplänen und gegen Belgien wegen der Pläne für Verpackungsabfälle anzurufen. Frankreich, Luxemburg, Spanien, Italien, den Niederlanden und Griechenland wurden mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt; des weiteren hat die Kommission beschlossen, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und Schweden ebenfalls solche Stellungnahmen zu übermitteln. Außerdem setzte die Kommission 1998 auf der Grundlage von Artikel 171 EG-Vertrag das Verfahren fort, das gegen Deutschland eingeleitet wurde, da Deutschland dem Urteil vom 10. Mai 1995 in der Rechtssache C-422/92 teilweise nicht nachgekommen ist, da für einige Bundesländer keine Pläne zur Beseitigung gefährlicher Abfälle erstellt wurden. Allerdings wurden der Kommission Ende des Jahres diesbezügliche Pläne mitgeteilt.

Nach dem Gemeinschaftsrecht müssen die Abfallbewirtschaftungspläne alle von diesen Richtlinien erfassten Abfälle abdecken. Sie müssen folgende Angaben enthalten: Art, Menge und Ursprung der zu verwertenden oder zu beseitigenden Abfälle, allgemeine technische Vorschriften, besondere Vorkehrungen für bestimmte Abfälle sowie geeignete Flächen für Deponien und sonstige Beseitigungsanlagen. Die Pläne müssen zur Verwirklichung folgender Ziele beitragen: Verringerung des Anfalls von Abfällen, Abfallbehandlung vorzugsweise über Verwertung, Abfallbeseitigung bei Reduzierung der umweltschädlichen Auswirkungen auf ein Mindestmaß, Errichtung eines integrierten und angemessenen Netzes von Beseitigungsanlagen. Um diese ehrgeizigen Ziele verwirklichen zu können, müssen die Mitgliedstaaten unbedingt Pläne erstellen, die für ihr gesamtes Hoheitsgebiet gelten und regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden.

Die Richtlinie 75/442/EWG wird durch die *Richtlinie 91/689/EWG* über gefährliche Abfälle ergänzt. Das Vereinigte Königreich als der letzte Mitgliedstaat, der noch keine Umsetzungsmaßnahmen für sein gesamtes Hoheitsgebiet mitgeteilt und dem die Kommission 1998 diesbezüglich eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt hatte, teilte schließlich Umsetzungsmaßnahmen für Nordirland mit, die am 14. August 1998 verabschiedet worden sind, so dass das Verfahren eingestellt werden konnte. Andere Mitgliedstaaten hingegen haben der Kommission bestimmte angeforderte Informationen über Anlagen und Betriebe zur Beseitigung und Verwertung gefährlicher Abfälle noch nicht übermittelt. Daher hat die Kommission beschlossen, Belgien, Griechenland, Italien und Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln.

Hinsichtlich der Umsetzung der *Richtlinien über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren (91/157/EWG und 93/86/EWG)* konnten im Lauf des Jahres 1998 wesentliche Fortschritte erzielt werden. Verzögerungen im Zusammenhang mit der Annahme von Umsetzungsmaßnahmen in Italien, Deutschland und Frankreich, zu denen der Gerichtshof Vertragsverletzung durch diese Staaten festgestellt und Urteile erlassen hatte, wurden inzwischen aufgeholt. Die Kommission hat ihre Klage gegen Italien in der Rechtssache C-286/96 zur Richtlinie 93/86/EWG zurückgezogen, denn dieser Mitgliedstaat hat nach dem Urteil vom 11. Juli 1996 (Rechtssache C-303/95), demzufolge er die Richtlinie 91/157/EWG nicht umgesetzt hat, und nachdem die Kommission auf der Grundlage von Artikel 171 des EG-Vertrages ein Verfahren eingeleitet hatte, weil Italien dem Urteil nicht nachgekommen war, am 20. November 1997 eine Verordnung zur Um-

setzung der beiden Richtlinien verabschiedet und damit das Problem bereinigt. Frankreich hat ebenfalls seine Pflicht erfüllt, nachdem auf der Grundlage von Artikel 171 des EG-Vertrages ein Verfahren eingeleitet worden war, weil Frankreich dem Urteil vom 29. Mai 1997 wegen nicht erfolgter Umsetzung der Richtlinien 91/157/EWG und 93/86/EWG nicht nachgekommen war (verbundene Rechtssachen C-282/96 und C-283/96). Am 30. Dezember 1997 hat dieser Mitgliedstaat eine Verordnung zur Umsetzung dieser beiden Richtlinien verabschiedet. Mit dem Urteil vom 13. November 1997 (Rechtssache C-236/96) schließlich wurde festgestellt, dass Deutschland die beiden Richtlinien nicht umgesetzt hat, jedoch hat dieser Mitgliedstaat inzwischen Umsetzungsmaßnahmen ⁽⁶⁰⁾ mitgeteilt, woraufhin das Verfahren eingestellt werden konnte.

An zweiter Stelle verfolgt die Kommission Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten, welche noch keine Programme gemäß Artikel 6 der Richtlinie aufgestellt haben. In diesem Zusammenhang hat der Gerichtshof am 28. Mai 1998 sein erstes Urteil in der Rechtssache C-298/97 gefällt, in dem eine Vertragsverletzung Spaniens festgestellt wird. Die erwähnten Programme enthalten mehrere Punkte: Verminderung des Schwermetallgehalts in Batterien und Akkumulatoren, Förderung des Inverkehrbringens von Batterien mit geringerem Schadstoffgehalt, Senkung des Aufkommens von Batterien im Haushaltsmüll, Förderung der Forschung, Mülltrennung. Diese Ziele, so versicherte Spanien, seien mit verschiedenen Maßnahmen erreicht worden, beispielsweise durch Investitionen in die Infrastruktur zur Erfassung von Batterien und Akkumulatoren. Es wurde jedoch kein umfassendes Programm aufgestellt, um den spezifischen Zielen der Richtlinie gerecht zu werden, was gemäß Gerichtshof eine Vertragsverletzung seitens des Mitgliedstaats darstellt. Aufgrund dieses Urteils hat die Kommission ein Verfahren nach Artikel 171 eingeleitet.

Im Gerichtshof gehen die Untersuchungen im Verfahren C-347/97 weiter, das aus dem gleichen Grunde von der Kommission gegen Belgien eingeleitet wurde. Im gleichen Zusammenhang hat die Kommission den Gerichtshof gegen Frankreich (Rechtssache C-178/98) und Griechenland (Rechtssache C-215/98) angerufen. Das Verfahren gegen Italien hingegen konnte nach der Annahme entsprechender Maßnahmen durch diesen Mitgliedstaat eingestellt werden. Aus dem gleichen Grunde wurde eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Portugal übermittelt.

Zum Thema Batterien und Akkumulatoren sei abschließend gesagt, dass 1998 die *Richtlinie 98/101/EG der Kommission vom 22. Dezember 1998 zur Anpassung an den technischen Fortschritt der Richtlinie 91/157/EWG des Rates über gefährliche Stoffe enthaltende Batterien und Akkumulatoren* ⁽⁶¹⁾ verabschiedet wurde, deren Umsetzung demnächst fällig ist.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der *Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle*, die bis zum 30. Juni 1996 umzusetzen war, hat die Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. So hat sie beschlossen, diesbezüglich den Gerichtshof gegen Finnland, Irland, Luxemburg, Griechenland und Belgien anzurufen. Inzwischen sind die drei erstgenannten Mitgliedstaaten ihrer Pflicht nachgekommen: Finnland hat die Verabschiedung von Maßnahmen in der Provinz Åland, Irland die Verabschiedung der Verordnung vom 8. Oktober 1998 und Luxemburg die großherzogliche Verordnung vom 31. Oktober 1998 mitgeteilt. Die Kommission hat auch dem Vereinigten Königreich und Portugal eine mit Gründen versehene Stellungnahme zugestellt. Frankreich hat eine Verordnung vom 20. Juli 1998 bekanntgegeben, mit der die Umsetzung ei-

⁽⁶⁰⁾ Batterieverordnung, veröffentlicht am 2. April 1998.

⁽⁶¹⁾ Amtsblatt L 001 vom 05.01.1999, S. 1.

niger Vorschriften der Richtlinie gewährleistet werden soll; das Vertragsverletzungsverfahren läuft allerdings noch weiter. Ferner hat Deutschland die Neufassung (28. August 1998) der Verpackungsordnung mitgeteilt, in der weiterhin Maßnahmen zur Förderung der Wiederverwertung von Verpackungen enthalten sind. Im Zusammenhang mit dieser Gesetzesänderung hat die Kommission Deutschland eine zusätzliche Aufforderung zur Äußerung übermittelt, in der bestimmte Fragen zu diesen Wiederverwertungsmaßnahmen gestellt werden.

Neben der formellen Umsetzung der Richtlinie 94/62/EG müssen die Umsetzungsmaßnahmen auch gemeinschaftsrechtskonform sein. In Dänemark scheint dies nicht der Fall zu sein, daher übermittelte die Kommission Dänemark eine mit Gründen versehene Stellungnahme wegen des Verbots von Getränkebüchsen aus Metall und anderer nicht wiederverwendbarer Verpackungen in diesem Staat.

Es sei daran erinnert, dass die Richtlinie 94/62/EG eine neuartige Vorschrift zur Umsetzung von Richtlinien enthält. Artikel 16 schreibt vor, dass Entwürfe von einzelstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie vor deren Verabschiedung der Kommission und den anderen Mitgliedstaaten gemäß dem Verfahren nach der Richtlinie 83/189/EWG ⁽⁶²⁾ zwecks Überprüfung mitgeteilt werden müssen. Dieses Mitteilungsverfahren sieht eine dreimonatige Sperrfrist vor, während der die mitgeteilten Entwürfe von dem betreffenden Mitgliedstaat nicht in Kraft gesetzt werden dürfen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten verfügen also über eine ausreichend lange Frist, um zu überprüfen, inwieweit die mitgeteilten Entwürfe mit den im Bereich des freien Warenverkehrs geltenden Gemeinschaftsvorschriften und mit der Richtlinie selbst übereinstimmen, und um den betreffenden Mitgliedstaat auf die Probleme hinzuweisen, die sich hinsichtlich der Übereinstimmung ergeben könnten, wenn die fraglichen Maßnahmen durchgeführt werden. Diese Vorschrift, mit der im Bereich der Umsetzung der Richtlinie ein vorheriger Dialog zwischen Kommission und Mitgliedstaaten gefordert wird, trägt somit dazu bei, Probleme der Übereinstimmung und Anwendung, die später eventuell auftreten könnten, zu vermeiden. Diese Vorschrift gilt nicht nur für Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinie, sondern betrifft auch alle geplanten Maßnahmen, mit denen bestehende Umsetzungs Vorschriften verändert werden sollen.

Im Zusammenhang mit der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft verfolgt die Kommission immer noch zwei Verfahren gegen Deutschland und Frankreich, da die Verbringung bestimmter Abfälle auf missbräuchliche Weise behindert wurde. Die Anwendung dieser Verordnung bringt regelmäßig Schwierigkeiten mit sich, wenn die Art der Abfälle bestimmt werden soll, da entsprechend dem Gefährlichkeitsgrad der Abfälle unterschiedliche Vorschriften gelten. Auch die Einstufung des Abfallbehandlungsverfahrens, zwecks dessen ein Wirtschaftsbeteiligter den Abfall transportieren will, wirft Probleme auf, da die einzuhaltenden Verfahren sowie die Möglichkeiten der staatlichen Behörden, sich einer Verbringung von Abfällen zu widersetzen, sich danach richten, ob es sich um einen Verwertungs- oder Beseitigungsvorgang handelt.

Nachdem der niederländische Raad van State in zwei Rechtssachen Vorabentscheidungsersuchen vorgelegt hat, musste sich der Gerichtshof am 25. Juni 1998 zu der Auslegung der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 äußern.

⁽⁶²⁾ Diese Richtlinie wurde von der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 abgelöst, in der ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften vorgesehen ist. Amtsblatt L 204 vom 21.07.1998, S. 37.

So hat der Gerichtshof in einem Vorabentscheidungsverfahren im Zusammenhang mit der Einfuhr deutscher Abfälle in die Niederlande, über die keine Benachrichtigung an die Behörden dieses Mitgliedstaates erfolgt war, in seinem Urteil zu mehreren Punkten Stellung genommen (Rechtssache C-192/96, *Beside BV und I.M. Besselsen*). Zunächst hat der Gerichtshof für Recht erkannt, dass der Begriff „Siedlungsmüll/Haushaltsmüll“ (Gelbe Liste, Anhang III der Verordnung (EWG) Nr. 259/93) einerseits Abfälle umfasst, die hauptsächlich aus Abfällen im Sinne der Grünen Liste im Anhang II der genannten Verordnung bestehen und mit anderen in dieser Liste aufgeführten Abfallarten vermischt sind, und andererseits in der Grünen Liste aufgeführte Abfälle, die mit einer geringen Menge dort nicht genannter Abfälle vermischt sind. Zweitens stellt der Gerichtshof fest, dass die Bezugnahme auf die Ansammlung von Stoffen (Anhang II B der geänderten Richtlinie 75/442/EWG) nicht nur den Fall einer Lagerung in dem Betrieb, in dem die anderen in diesem Anhang beschriebenen Verfahren angewandt werden sollen, erfasst, sondern auch eine Lagerung vor der Beförderung zu einem solchen Betrieb, ungeachtet dessen, ob sich dieser Betrieb innerhalb oder außerhalb der Gemeinschaft befindet. Drittens stellt der Gerichtshof fest, dass die in Artikel 11 Absatz 1 der Verordnung Nr. 259/93 aufgeführten Angaben Mindestnachweiskriterien sind, die von der zuständigen Behörde im Falle der nicht erfolgten Benachrichtigung zur Bestätigung dessen verlangt werden können, dass die Abfälle der Grünen Liste zur Verwertung bestimmt sind. Schließlich stellt der Gerichtshof fest, dass die Verordnung Nr. 259/93 dahingehend auszulegen ist, dass der Empfängermitgliedstaat die Rückführung der Abfälle in den Versandmitgliedstaat nicht einseitig vornehmen kann, ohne dies dem Versandmitgliedstaat zuvor zu notifizieren; der Versandmitgliedstaat kann gegen ihre Rückführung keine Einwände erheben, wenn der Empfängermitgliedstaat insoweit einen ordnungsgemäß begründeten Antrag stellt. Somit ist die Verantwortung eines jeden Staates für die auf seinem Hoheitsgebiet anfallenden Abfälle eindeutig klargestellt.

Im Vorabentscheidungsverfahren C-203/96 (*Chemische Afvalstoffen Dusseldorp BV e.a./Minister van Volkshuisvesting, Ruimtelijke Ordening en Milieubeheer*) hat der Gerichtshof für Recht erkannt, dass die veränderte Richtlinie 75/442/EWG und die Verordnung (EWG) Nr. 259/93 nicht dahingehend ausgelegt werden können, dass die Grundsätze der Entsorgungsautarkie und der Nähe auf die Verbringung von zur Verwertung bestimmten Abfällen anwendbar sind. Artikel 130 t des EG-Vertrages erlaubt den Mitgliedstaaten nicht, die genannten Grundsätze auf zur Verwertung bestimmte Abfälle zu erstrecken, wenn sich diese Grundsätze als Ausfuhrbeschränkung erweisen, die weder durch eine zwingende Maßnahme des Umweltschutzes noch durch eine der in Artikel 36 des Vertrages vorgesehenen Ausnahmen gerechtfertigt ist. Diese Feststellung bestätigt, dass die zur Verwertung bestimmten Abfälle (Rückführung, Kompostierung, Verbrennung mit Energierückgewinnung) bei einem Transport weniger Beschränkungen zu unterwerfen sind als die zur Beseitigung bestimmten Abfälle (Verbrennung ohne Energierückgewinnung, Deponien) und dass die Mitgliedstaaten nicht auf beide Abfallgruppen ein und dasselbe restriktivere System anwenden können.

Im Zusammenhang mit der Verbringung von Abfällen wurde die *Verordnung (EG) Nr. 2408/98 der Kommission vom 6. November 1998 zur Änderung des Anhangs V der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 des Rates zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung von Abfällen in der, in die und aus der Europäischen Gemeinschaft* ⁽⁶³⁾ verabschiedet.

In diesem Bereich könnten noch weitere spezifische Richtlinien genannt werden, die Vertragsverletzungsverfahren ausgelöst haben oder immer noch auslösen.

⁽⁶³⁾ Amtsblatt L 298 vom 07.11.1998, S.19.

So hat Frankreich im Zusammenhang mit der *Richtlinie 86/278/EWG über den Schutz der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft* eine Verordnung vom 8. Dezember 1997 sowie Erlasse vom 8. Januar und 2. Februar 1998 mitgeteilt.

Im Zusammenhang mit der ersten im Bereich Abfälle angenommenen Gemeinschaftsrichtlinie, der *Richtlinie 75/439/EWG über die Altölbeseitigung*, hat die Kommission beschlossen, den Gerichtshof wegen mangelnder Übereinstimmung der Umsetzung der Richtlinie in Portugal anzurufen, denn in den portugiesischen Rechtsvorschriften fehlt die Forderung, in den Anlagen zur Altölregenerierung die beste verfügbare Technologie einzusetzen, sofern dies keine zu hohen Kosten verursacht. Außerdem wird die Verwendung von Altöl mit einem Gehalt von über 50 ppm PCB als Brennstoff für Ausrüstungen, die vor dem Inkrafttreten o.g. Richtlinie verwendet wurden, nicht untersagt, und es sind keine Bestimmungen zur regelmäßigen Kontrolle der Anlagen vorgesehen. Das vor dem Gerichtshof laufende Verfahren gegen Deutschland (Rechtssache C-102/97) wird fortgesetzt. Es handelt sich dabei um Probleme der mangelhaften Anwendung der Richtlinie bei der Altölregenerierung.

Was schließlich die Beseitigung der beiden besonders gefährlichen Produkte polychlorierte Biphenyle (PCB) und polychlorierte Terphenyle (PCT) anbelangt, ist darauf zu verweisen, dass die *Richtlinie 96/59/EG*, welche die vorher geltende Richtlinie 76/403/EWG ablöst, spätestens bis 16. März 1998 umgesetzt sein muss. Die Kommission hat beschlossen, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und dem Vereinigten Königreich mit Gründen versehene Stellungnahmen zu übermitteln, weil keine Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt wurden.

2.12.9. Umwelt und Industrie

Ein Bereich, der gewisse Ähnlichkeiten mit dem der gefährlichen Stoffe aufweist, sind die Gefahren schwerer Unfälle bei bestimmten Industrietätigkeiten, die Gegenstand der *Richtlinie 82/501/EWG*, der sogenannten „Seveso“-Richtlinie, sind. Hier konnte die Kommission das Verfahren gegen Deutschland einstellen, das im Zusammenhang mit dem restriktiven Charakter der deutschen Rechtsvorschriften bezüglich der Anlagen und der Stoffe, die von ihnen abgedeckt werden und die nicht mit der Richtlinie übereinstimmen, eine Klage beim Gerichtshof ausgelöst hatte (Rechtssache C-192/97). Am 20. April 1998 hat dieser Mitgliedstaat eine Verordnung zur Regelung dieses Problems verabschiedet. Was hingegen das Verfahren gegen Italien wegen mangelhafter Anwendung der Richtlinie im Zusammenhang mit den Alarmplänen, Untersuchungen und Kontrollmaßnahmen anbelangt, so ist dieser Fall weiter beim Gerichtshof anhängig (Rechtssache C-336/97).

Die *Richtlinie 96/82/EG*, die spätestens bis 3. Februar 1999 umzusetzen ist, wird ab 3. Februar 2001 die Richtlinie 82/501/EWG ablösen. In dieser Richtlinie geht es insbesondere um die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Richtlinie auf einen größeren Kreis von Betrieben, die für das Zustandekommen gefährlicher Unfälle in Frage kommen könnten, und um die Verbesserung des Erfahrungsaustausches zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Kommission hat beschlossen, im Zusammenhang mit der Umsetzung der *Richtlinie 84/360/EWG* (Luftverschmutzung durch Industrieanlagen) den Gerichtshof gegen Portugal anzurufen, da dessen Genehmigungssystem nicht alle in der Richtlinie erfassten Anlagen abdeckt.

Im Zusammenhang mit der *Richtlinie 87/217/EWG zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest* läuft ein Verfahren wegen mangelnder Übereinstimmung gegen Belgien, nachdem die Kommission diesem Mitgliedstaat 1998 eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt hatte.

Im Zusammenhang mit den beiden Richtlinien über die Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Verbrennungsanlagen für Siedlungsmüll 89/369/EWG (neue Verbrennungsanlagen) und 89/429/EWG (bestehende Verbrennungsanlagen) sind einige Probleme immer noch nicht gelöst. Die Kommission konnte das Vertragsverletzungsverfahren gegen Italien, das auf der Grundlage von Artikel 171 (Urteil vom 26. Juni 1996 in der Rechtsache C-237/95) wegen nicht erfolgter Mitteilung von Maßnahmen zur Umsetzung dieser beiden Richtlinien eingeleitet worden war, einstellen, da Italien am 19. November 1997 eine Verordnung verabschiedet und veröffentlicht hat. Hingegen hat die Kommission beschlossen, den Gerichtshof gegen Belgien anzurufen, da die Rechtsvorschriften zur Umsetzung der beiden Richtlinien mit dem Gemeinschaftsrecht nicht übereinstimmen, obwohl ein Erlass der Region Brüssel (28. Mai 1998) sowie ein Erlass der Region Flandern (24. März 1998) zur Regelung bestimmter Umsetzungsprobleme verabschiedet worden war. Außerdem hat die Kommission Spanien eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt, da dieser Mitgliedstaat auf den Kanaren den Betrieb von Verbrennungsanlagen genehmigt hat, die nicht mit den Anforderungen der Richtlinie 89/369/EWG übereinstimmen.

Was die Müllverbrennung anbelangt, sollte die *Richtlinie 94/67/EG über die Verbrennung gefährlicher Abfälle* bis zum 31. Dezember 1996 umgesetzt werden. Die Vertragsverletzungsverfahren gegen Dänemark, Irland, die Niederlande, Portugal, Finnland und Schweden konnten eingestellt werden, nachdem diese Staaten Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt hatten, während andere Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Die Kommission hat wegen einer Vertragsverletzung Griechenlands (Rechtssache C-388/98) den Gerichtshof angerufen und beschlossen, in der gleichen Weise gegen Österreich vorzugehen. Außerdem hat sie dem Vereinigten Königreich, Italien und Belgien mit Gründen versehene Stellungnahmen übermittelt.

Es sei daran erinnert, dass die Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (die sogenannte „IPPC“-Richtlinie) vom 24. September 1996 spätestens bis zum 30. Oktober 1999 umzusetzen ist. Diese Richtlinie, die einer neuen Generation von Gemeinschaftsinitiativen im Bereich des Umweltschutzes angehört, geht von einem neuen ganzheitlichen, subsidiären Ansatz aus, der die Einbeziehung aller betroffenen Wirtschaftsteilnehmer und die Nutzung der Synergien Industrie/Umwelt fördern soll. Die Kommission stellt fest, dass nicht alle Mitgliedstaaten über Umsetzungsinstrumente verfügen und dass in diesem Falle von den Mitgliedstaaten unverzüglich Maßnahmen zur Umsetzung der Richtlinien in die Wege zu leiten sind. Im übrigen hat die Kommission eine informelle Expertengruppe ins Leben gerufen, die 1998 zusammengetreten ist und die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung dieser Richtlinie unterstützen soll. Ferner hat auf der Grundlage von Artikel 16 Absatz 2 der Richtlinie im Jahre 1998 regelmäßig ein Gremium zur Förderung des Informationsaustauschs zwischen den Mitgliedstaaten und der Industrie über die beste verfügbare Technik getagt. Schließlich hat sich auf der Grundlage der Artikel 15 und 19 der Richtlinie 1998 ein Ausschuss formiert, um die wesentlichsten Emissionen und Verschmutzungsquellen zu erfassen.

Darüber hinaus hat die Kommission beschlossen, den Gerichtshof im Zusammenhang mit der *Verordnung (EWG) Nr. 880/92 betreffend ein gemeinschaftliches System zur Vergabe eines Umweltzeichens („Ökolabel“)* gegen Belgien anzurufen, da dort keine innerstaatlichen Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (Benennung einer Instanz, praktische Maßnahmen zur Prüfung der Anträge) getroffen worden sind.

Im Zusammenhang mit der Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung hat die Kommission Griechenland und Portugal wegen fehlender innerstaatlicher Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung eine mit Gründen versehene Stellungnahme übermittelt.

1998 hat die Kommission beschlossen, Belgien im Zusammenhang mit einer prinzipiellen Frage eine mit Gründen versehene Stellungnahme zu übermitteln. Es geht darum, ob das Prinzip der stillschweigenden Genehmigung mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar ist, d.h. dass die Genehmigung als erteilt gilt, wenn die zuständige Behörde innerhalb einer vereinbarten Frist keine Einwände erhebt. Der Gerichtshof hat jedoch im Zusammenhang mit der Richtlinie 80/68/EWG (Grundwasser) entschieden, dass in dem Falle, dass die Ablehnung, die Erteilung oder der Widerruf von Genehmigungen gemäß einer Richtlinie auf einem ausdrücklichen Rechtsakt beruhen muss, der sich nach genau festgelegten Verfahrensregeln richtet, bei denen eine Reihe von Voraussetzungen zu beachten sind, nach denen sich die Rechte und die Pflichten der einzelnen bestimmen, eine stillschweigende Genehmigung folglich nicht mit den Erfordernissen der Richtlinie vereinbar ist⁽⁶⁴⁾. Somit stimmen bestimmte Punkte der belgischen Rechtsvorschriften zur veränderten Richtlinie 75/442/EWG (Abfälle) und zu den Richtlinien 76/464/EWG (Ableitung gefährlicher Stoffe in Gewässer), 80/68/EWG (Grundwasser), 85/337/EWG (Umweltverträglichkeitsprüfung) und 84/360/EWG (Luftverschmutzung durch Industrieanlagen) mit dieser Forderung des Gemeinschaftsrechts nicht überein.

2.12.10. Strahlenschutz

Obwohl die Rechtsvorschriften über den Strahlenschutz auf Artikel 2 Buchst. b und Kapitel III des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft beruhen, sind sie nicht auf die Atomenergie beschränkt, sondern gelten auch für alle Fälle, in denen die Bevölkerung oder Arbeitskräfte ionisierenden Strahlen ausgesetzt sind, auch wenn es um deren Einsatz zu medizinischen Zwecken geht. Artikel 33 des Euratom-Vertrags schreibt eine Mitteilung an die Kommission im Zusammenhang mit der Erarbeitung innerstaatlicher Gesetzesvorhaben als Pflicht vor. Dies ist ein wirksames Verfahren, mit dem die Kommission verhindern kann, dass innerstaatliche Rechtsvorschriften verabschiedet werden, die nicht mit dem Gemeinschaftsrecht übereinstimmen. Zusätzlich zu diesem Verfahren einer Vorabkontrolle wird auf der Grundlage von Artikel 141 des Euratom-Vertrags, der Artikel 169 des EG-Vertrags entspricht, die Anwendung des Gemeinschaftsrechts im Bereich Strahlenschutz kontrolliert.

Die im Zusammenhang mit der Richtlinie 80/836/EURATOM über Grundnormen im Strahlenschutz wegen nicht erfolgter Mitteilung gegen Österreich, Finnland und Schweden eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren konnten eingestellt werden. Folglich haben nun alle Mitgliedstaaten Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt. Allerdings soll die Richtlinie 80/836/EURATOM durch die *Richtlinie 96/29/EURATOM* abgelöst werden, die spätestens bis zum 13. Mai 2000 umzusetzen ist. Mit ihr werden auf der Grundlage der Empfehlung Nr. 60 der Internationalen Kommission für Strahlenschutz insbesondere die Dosisgrenzwerte für Arbeitskräfte und die Öffentlichkeit gesenkt. Angesichts der bevorstehenden Ablösung der alten durch neue Grundnormen beschränkt sich die Kommission in den gegen Luxemburg und die Niederlande wegen mangelnder Übereinstimmung eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren auf die Anforderungen, die sowohl der alten als auch der neuen Richtlinie gemeinsam sind.

Bei der Umsetzung der *Richtlinie 84/466/EURATOM über den Strahlenschutz bei ärztlichen Untersuchungen und Behandlungen* sind Verbesserungen zu verzeichnen. Irland und Italien haben Rechtstexte vorgelegt, mit denen bestimmte Teile der Richtlinie umgesetzt werden, die bisher noch nicht übereinstimmten. Daraufhin hat die Kommission die

⁽⁶⁴⁾ Urteil vom 28. Februar 1991, Kommission gegen Italien, Rechtssache C-360/87, Slg. 1991, S. I-791, Randnummern 30 und 31.

entsprechenden Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. Spanien hat als Antwort auf das Urteil des Gerichtshofes vom 9.10.1997 (Rechtssache C-96/21) ebenfalls Fortschritte bei der Umsetzung dieser Richtlinie gemacht und mehrere in dem Vertragsverletzungsverfahren, das wegen mangelnder Übereinstimmung eingeleitet worden war, erhobene Klagegründe ausgeräumt. Die belgischen Rechtsvorschriften hingegen, die mitgeteilt worden sind, entsprechen den Anforderungen der Richtlinie noch immer nicht, daher wird das Verfahren wegen mangelnder Übereinstimmung gegen diesen Mitgliedstaat fortgesetzt.

Die Richtlinie 84/466/EURATOM wird von der *Richtlinie 97/43/EURATOM* über medizinische Expositionen abgelöst, wobei letztere bis spätestens zum 20. Mai 2000 umzusetzen ist. Folglich beschränkt sich die Kommission ebenfalls auf Verfahren gegen Punkte, die in der alten und der neuen Richtlinie übereinstimmen.

Finnland hat Umsetzungsmaßnahmen zur Richtlinie 89/618/EURATOM über die Unterrichtung der Bevölkerung in einer radiologischen Notsituation mitgeteilt. Daher hat die Kommission das Verfahren wegen mangelnder Übereinstimmung eingestellt. Das Verfahren wegen mangelnder Übereinstimmung gegen Deutschland wird fortgesetzt.

Das gegen Frankreich wegen mangelnder Übereinstimmung eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren im Zusammenhang mit der *Richtlinie 90/641/EURATOM* über den Schutz externer Arbeitskräfte beim Einsatz im Kontrollbereich ist noch anhängig.

Im Zusammenhang mit der Richtlinie 92/3/EURATOM zur Überwachung und Kontrolle der Verbringung radioaktiver Abfälle hat die Kommission ihre vor dem Gerichtshof wegen fehlender Mitteilung von Umsetzungsmaßnahmen gegen Deutschland und Belgien laufenden Klagen zurückgezogen (Rechtssache C-97/220 und C-97/277), nachdem diese beiden Mitgliedstaaten Umsetzungsmaßnahmen mitgeteilt haben. Nunmehr liegen von allen Mitgliedstaaten Umsetzungsmaßnahmen zu dieser Richtlinie vor.

Europäische Kommission

**Zweiter Jahresbericht über die Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts
der Gemeinschaft – Januar 1998 bis Dezember 1999**

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

2000 – 110 S. – 21 x 29,7 cm

ISBN 92-828-9323-5



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg

I SBN 92-828-9323-5



9 789282 893234